1/2 2011

# **Exercise**Sektuelle ostinformationen



Emre/Myra: Werbung auf "Türkisch"

### **Impressum**

### Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende Heft der "aktuellen ostinformationen" steht ganz im Zeichen unseres Nachbarlandes Polen. Das hängt damit zusammen, dass sich das epochale Vertragswerk zwischen beiden Ländern im Jahre 2011 zum 20. Mal jährt. In diesem Zusammenhang ist es besonders erfreulich, dass wir hinsichtlich der Beurteilung der in den letzten zehn Jahren nicht immer unproblematischen deutsch-polnischen Verhältnisse mit Dr. Theo Mechtenberg einen deutschen Autor der älteren Generation und mit Dr. Kamila Mazurek eine polnische Autorin der jüngeren Generation gewinnen konnten. Allerdings ist bezeichnend und erfreulich zugleich, dass beide in ihren Ausführungen zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommen.

Die beiden – inzwischen habilitierten – polnischen Wirtschaftswissenschaftler Marek Szczepański und Katarzyna Witczyńska beschäftigen sich zudem mit polnischen und europäischen sozioökonomischen Entwicklungen und Tendenzen, die auch für die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik von prominenter Bedeutung sind.

In unseren Berichten geht es neben Studienfahrten nach Tschechien und der Türkei um ein weiteres Jubiläum, denn schließlich arbeitet das GESW seit nunmehr 30 Jahren mit der Deutschen Polizeigewerkschaft aus Hamburg zusammen, was anlässlich eines Europaseminars im Mai 2011 gebührend gefeiert wurde.

Es schließt sich – wie immer – ein ausführlicher und differenzierter Rezensionsblock an, in dem sowohl über die belletristischen Neuerscheinungen in Ostmitteuropa als auch über die aktuelle Sachliteratur berichtet wird. Viel Spaß beim Lesen

Zbigniew Wilkiewicz

Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

### 3

### Inhalt

### Beiträge

Theo Mechtenberg  Zwanzig Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag4
Kamila Mazurek
Herausforderungen in den deutsch-polnischen Beziehungen. Empfehlungen für die Zukunft18
Marek Szczepański
Das Agenturdilemma am Beispiel der Arbeitnehmerrentenprogramme in Polen31
Katarzyna Witczyńska       40         Delokalisierung der Produktion und europäische Integration       40
Berichte
Zbigniew Wilkiewcz
30 Jahre Kooperation mit der Deutschen Polizeigewerkschaft im deutschen Beamtenbund52
Janis Vögele
EU, Visegrad oder Václav Klaus? –Die geopolitische Orientierung der tschechischen Jugend im Europawahljahr 200956
Zbigniew Wilkiewicz
Studienfahrt in die Türkei (November 2010)66
Buchreport
Gerhard Schüsselbauer
Literatur aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa 201174
Buchreport
Martin Dabrowski, Judith Wolf, Karlies Abmeier (Hg.): Die EU-Erweiterung gerecht gestalten
Györgi Dalos: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa 86
Ralf Elm, Ingo Juchler, Jürgen Lackmann, Siegbert Peetz (Hg.): Grenzlinien. Interkulturalität und Globalisierung: Fragen an die Sozial- und Geisteswissenschaften90
Theo Mechtenberg: Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne. Neisse Verlag. Dresden 2011, 265 S94
Ismail Ermagan (Hg.): Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. Positionen türkischer Parteien und der Parteien im Europäischen Parlament 97

### **Beiträge**

### Theo Mechtenberg

### Zwanzig Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutsch-polnischer Beziehungen -

Am 17. Juni 1991 unterzeichneten in Bonn Premier Jan Bielecki und Bundeskanzler Helmut Kohl sowie die Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski den deutsch-polnischen Vertrag über "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit". Die insgesamt 38 Artikel umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen, die fortan auf der Basis von Konsultation und Kooperation geregelt werden sollen und die Grundlage für eine Fülle von Einzelverträgen bilden. Die Laufzeit des Vertrages ist auf zehn Jahre festgelegt, verlängert sich aber automatisch um jeweils weitere fünf Jahre. Dass der Vertrag nunmehr 20 Jahre Bestand hat, kann als Beweis dafür gelten, dass er in den zwei Jahrzehnten angesichts des nicht immer konfliktfreien Wechselspiels der Beziehungen seine Bewährungsprobe bestanden hat.

In der Präambel bekunden beide Seiten, "die leidvollen Kapitel der Vergangenheit abzuschließen" und an die "guten Traditionen" im geschichtlichen Zusammenleben beider Völker anzuknüpfen. Dabei stellen sie die bilateralen Beziehungen betont in einen übergreifenden europäischen Rahmen und erteilen damit allen nationalen Alleingängen und nationalistischen Bestrebungen, die in der Vergangenheit das beiderseitige Verhältnis so tragisch belastet haben, eine Absage.

### Der Vertrag – eine Frucht des europäischen Umbruchs

Der deutsch-polnische Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag ist eine Konsequenz des 1989 von Polen ausgehenden europäischen Umbruchs. Mit dem Ende des kommunistischen Systems und dem Übergang zu einem demokratischen Rechtsstaat unter der vom einstigen Dissidenten Tadeusz Mazowiecki angeführten Regierung verband sich die Hoffnung auf eine Neuordnung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die Aussicht auf eine "Rückkehr nach Europa", um so die Jahrzehnte lange Hegemonie der Sowjetunion zu beenden.

Auch auf deutscher Seite verlangten die Ereignisse der Jahre 1989/90 eine Neuregelung des Verhältnisses zu Polen. Nach dem von den Bürgern erzwungenen Ende der SED-Herrschaft und dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich der Bundesrepublik erforderten die deutsch-polnischen Beziehungen anstelle des Warschauer Vertrages von 1970 eine neue Rechtsgrundlage. Der von Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz am 7. Dezember 1970 unterzeichnete Vertrag "über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen" war im Rahmen der Entspannungspolitik sowie der auf einen "Wandel durch Annäherung" zielenden "neuen Ostpolitik" der Bundesregierung damals von hoher Bedeutung und entsprach mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze (Art. I) sowie aufgrund der

5

Perspektive einer engeren Zusammenarbeit, zumal auf wirtschaftlichem Gebiet, polnischem Interesse. Allerdings ließ der Vertrag wegen des unüberbrückbaren Systemgegensatzes wenig Raum, die gegenseitigen Beziehungen im Sinne freundschaftlicher Nachbarschaft weiter auszubauen. Zudem stand der Vertrag nach Rechtsauffassung der Bundesregierung unter dem Vorbehalt einer künftigen Friedensregelung für Gesamtdeutschland, was konkret bedeutete, dass nach vollzogener Wiedervereinigung ein neuer Grenzvertrag abgeschlossen werden musste. Diese vertragliche Grenzbestätigung nach vollzogener deutscher Einheit erfolgte am 14. November 1990 und machte den Weg frei für den Vertrag über "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit".

### Politische Verständigung basiert auf Versöhnung

Während der deutsch-polnische Grundlagenvertrag nach zwei Jahrzehnten durch den Nachbarschaftsvertrag von 1991 abgelöst wurde, ist ein anderes Ereignis, nämlich der Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Warschauer Ghettodenkmal, von bleibender Bedeutung. Diese spontane, außerprotokollarische Demutsgeste am Tag des Vertragsabschlusses bildet die eigentliche Grundlage einer Normalisierung der deutschpolnischen Beziehungen. Sie ist gleichsam die politische Antwort auf den Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe von 1965 sowie eine notwendige Ergänzung der damaligen Entgegnung der deutschen Bischöfe. Denn mit seinem Kniefall hat Willy Brandt deutlich gemacht, dass eingedenk der belasteten deutsch-polnischen Vergangenheit eine politische Verständigung der moralischen Grundlage einer Versöhnung bedarf, um auf Dauer Bestand zu haben. An diesen unlöslichen Zusammenhang erinnert die Würdigung, welche die Präsidenten beider Länder, Bronisław Komorowski und Christian Wulff, in Warschau am 7. Dezember 2010, 40 Jahre nach Brandts Kniefall, diesem Ereignis zuteil werden ließen. Und auf der am gleichen Tag von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Warschauer Königsschloss veranstalteten Konferenz "Europa - Kontinent der Versöhnung?" war es denn auch weniger der Vertrag als solcher als vielmehr jener Kniefall als Symbol der Versöhnung, der in seiner Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis sowie für eine dauerhafte europäische Friedensordnung hervorgehoben wurde. Jener Akt ist zwar in seiner Einzigartigkeit nicht wiederholbar, jedoch ein mahnender Wegweiser, dass Versöhnung die bleibende Grundlage der politischen Beziehungen unserer beiden Völker ist. Dieser Zusammenhang fand denn auch am 12. November 1989 zeitgleich zum Fall der Berliner Mauer während der Kreisauer Versöhnungsmesse im Austausch des liturgischen Friedenswunsches zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Premier Tadeusz Mazowiecki seinen Ausdruck. Auch in den Folgejahren fehlte es nicht an symbolischen Gesten guter Nachbarschaft. So wurde der damalige Außenminister Władysław Bartoszewski eingeladen, am 28. April 1995 aus Anlass des 50.Jahrestages des Kriegsendes vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Angesichts dessen, dass dieses jährliche Gedenken für die deutsche Gedächtniskultur einen hohen Stellenwert besitzt, war es von großer Bedeutung, dass erstmals ein Pole, der den Zweiten Weltkrieg erlebt hatte und im KZ Auschwitz inhaftiert war, eine viel beachtete Rede hielt. Ein Jahr zuvor hatte Bundespräsident Roman Herzog auf Einladung seines polnischen Amtskollegen

Lech Wałęsa am 1. August 1994, am 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes, vor Ort die Gedenkrede halten dürfen. Immer wieder bot in den 1990er Jahren die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg Gelegenheit zu einem deutsch-polnischen Gedenken auf höchster politischer Ebene. Am 1. September 1999 waren es die Präsidenten Johannes Rau und Aleksander Kwaśniewski, die gemeinsam auf der Danziger Westerplatte des Kriegsausbruchs vor 60 Jahren gedachten. Fast zur gleichen Zeit besuchten Bundeskanzler Gerhard Schröder und Premier Jerzy Buzek den bei Warschau gelegenen Ehrenfriedhof Palmiry, wo Hunderte von Deutschen ermordeter Polen ihre letzte Ruhe fanden. Der Symbolwert solcher Staatsakte kann nicht hoch genug veranschlagt werden, zeigen sie doch, dass trotz tödlicher Feindschaft Versöhnung möglich ist. Derlei Zeichen verpflichten allerdings zu einer entsprechenden Politik wechselseitiger Verständigung und Interessenwahrung, zu welcher der Partnerschaftsvertrag die Grundlage bildet.

### Die Lösung der Minderheitenfrage

Die politische Führung im kommunistischen Polen hatte konsequent die Existenz einer deutschen Minderheit geleugnet und die sich deutsch fühlenden Oberschlesier einem starken Polonisierungsdruck ausgesetzt. So war es der deutschen Seite in den Verhandlungen zum Grundlagenvertrag von 1970 lediglich gelungen, eine generelle Ausreisemöglichkeit für polnische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit zu erwirken. Im Vertrag fehlt zwar diese Zusicherung, doch in einer ihm beigefügten "Information" verpflichtete sich die polnische Regierung, dem Wunsch der Bundesregierung zu entsprechen, was in der Folge zu einem beachtlichen Zustrom deutscher Spätaussiedler führte.

Es versteht sich daher, dass die Minderheitenfrage in den Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag von 1991 neu aufgegriffen wurde. Ihr Gewicht lässt sich daran ermessen, dass sie im Vertrag mit den umfangreichen und sehr detaillierten Artikeln 20-22 den weit aus größten Raum einnimmt. Während die polnische Seite die lange geleugnete Existenz einer deutschen anerkennt und ihr die ihr zukommenden Rechte garantiert, verpflichtet sich die deutsche Seite, "Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen", die gleichen Rechte zu gewähren, wie sie der Vertrag der deutschen Minderheit garantiert. Ergänzend erklärt die Bundesrepublik im dem Vertrag beigefügten Briefwechsel, dass polnischer Abstammung, "die durch die Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 1 nicht erfaßt werden", also solche, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, gleichfalls die in den Artikeln 20 und 21 verankerten Rechte und Möglichkeiten in Anspruch nehmen können. Bezüglich der deutschen Minderheit erklärt die polnische Seite einschränkend, dass sie "derzeit keine Möglichkeit (sieht)", ihr die "Zulassung offizieller topographischer Bezeichnungen [...] in deutscher Sprache" zu ermöglichen.

Trotz der umfangreichen Rechtsgarantien zeigten sich weder die in der Bundesrepublik lebenden Polen, noch die deutsche Minderheit in Polen mit den vertraglichen Vereinbarungen voll zufrieden. Die polnische Seite bemängelt bis heute, dass ihr der Status einer Minderheit versagt wurde, der ihr nach Auffassung der Bundesrepublik nicht zukommt, weil es sich bei den in Deutschland lebenden Polen nicht um eine autochthone Gruppe in einem traditionellen Siedlungsgebiet handle. Bislang scheiterten alle ihre Versuche, die Bundesrepublik zur Anerkennung ihres Minderheitenstatus zu bewegen. Sie verfügen aber auch aufgrund ihrer lokalen Zerstreuung und organisatorischen Zersplitterung über keine Dachorganisation. Damit fehlt ihnen zur Wahrung ihrer Interessen das politische Gewicht, das ihnen angesichts der schätzungsweise weit über eine Million in der Bundesrepublik lebender Polen eigentlich zukommen würde.

Die deutsche Minderheit ihrerseits hielt sich nicht an die im Briefwechsel festgelegte Einschränkung. So tauchten bald in einigen von Deutschen mehrheitlich bewohnten Orten in Oberschlesien bislang versteckte Denkmäler wieder auf, und neben den polnischen Ortsbezeichnungen wurden deutsche Namensschilder angebracht. Diese Eigenmächtigkeit führte zeitweise zu Spannungen und Attacken in der Presse. Dass die Situation nicht eskalierte, ist nicht zuletzt das Verdienst des Oppelner Bischofs Alfons Nossol. Selbst zweisprachig und bereits zur kommunistischen Zeit ein Förderer der deutschen Minderheit, verstand er es mit seiner persönlichen Autorität und pastoralen Klugheit, die Gemüter zu beruhigen und ein relativ konfliktfreies Zusammenleben der unterschiedlichen ethnischen Gruppe in seinem Bistum sicherzustellen. Neben zahlreichen anderen Ehrungen wurde ihm 2010 in Würdigung seiner Verdienste um die deutsch-polnische Versöhnung sowie für die in Europa beispielhafte Integration von Minderheiten der Deutsche Nationalpreis verliehen.

# Die Wiederentdeckung des deutschen Kulturerbes in seiner Bedeutung für Versöhnung und Identität

Artikel 28.1 des Partnerschaftsvertrages enthält die Verpflichtung, "bei der Erhaltung und Pflege des europäischen Kulturerbes" zusammenzuarbeiten und "sich für die Denkmalpflege" einzusetzen. Die Bedeutung dieser Absprache kann man nur ermessen, wenn man sich die Situation in den 1945 von den Deutschen durch Flucht und Zwangsausweisung verlassenen Gebieten, den Zustrom der aus ihrer Heimat vertriebenen Ostpolen sowie die Integrationspolitik des kommunistischen Regimes vor Augen hält. Die Ankömmlinge aus dem Osten kamen in ein ihnen fremdes Land. Sie taten sich schwer, Wurzel zu schlagen. Die Politik der "Wiedergewonnenen Gebiete" negierte die Jahrhunderte deutscher Besiedlung und Kultur. Nicht nur die Namen der Ortschaften wurden polnisch, auch das, was an kulturellen Gütern vorhanden war, wurde entweder im Sinne einer Polonisierung umgedeutet, dem Verfall preisgegeben oder einfach liquidiert. Damit war die polnische Bevölkerung in den ehemals deutschen Gebieten dazu verurteilt, gleichsam in einem geschichtslosen Raum zu leben, dazu in der von der Propaganda geschürten Angst vor einer möglichen

Rückkehr der Deutschen. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich schwerlich ein Gefühl von Heimat und regionaler Identität herausbilden.

Mit dem Epochenjahr 1989 änderte sich diese Situation grundlegend. Der neue demokratische, sich Europa öffnende polnische Staat setzte der Geschichtsfälschung vergangener Jahrzehnte ein Ende. Damit begann in den ehemals deutschen Gebieten ein Prozess der Wiederentdeckung des deutschen Kulturerbes.<sup>1</sup>

Dieser Prozess war von doppelter Relevanz: Zum einen begünstigte er die Versöhnung der deutschen Vertriebenen mit dem Schicksal ihres Heimatverlustes, zum anderen erleichterte er den jetzigen polnischen Bewohnern die heimatliche Verwurzelung und prägte entscheidend ihre lokale und regionale Identität.

gleichfalls Die durch den Partnerschaftsvertrag geschaffenen Reiseerleichterungen ermöglichten es, dass viele Vertriebene nicht nur ihre einstige Heimat nach Jahrzehnten wieder aufsuchten, sondern auch, dass sie sich für die Rettung vom Verfall bedrohter Kulturgüter ihres Heimatortes einsetzten. entwickelten sich auf lokaler Ebene Formen deutsch-polnischer Zusammenarbeit, Städtepartnerschaften wurden ins Leben gerufen persönliche Freundschaften geschlossen. Auf diese Weise wurde die einst verlorene Heimat auf einer geistigen Ebene wiedergewonnen, ohne sie in Besitz zu nehmen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die 1991 gegründete Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, durch die der Polen in der Gierek-Ara gewährte Milliardenkredit zu einem Fonds umgewidmet wurde, der u. a. dazu diente, Projekte zur Rettung des deutschen Kulturerbes finanziell zu fördern. Aus diesen Mitteln wurde beispielsweise das völlig verfallene Gut der Familie von Moltke in dem schlesischen Dorf Kreisau/Krzyżowa zu einer Bildungsstätte für Europäische Verständigung umgestaltet und damit einem Zweck zugeführt, der mit den Vorstellungen der Widerstandsgruppe des "Kreisauer Kreises" von einem Nachkriegsdeutschland in Einklang steht. Freya von Moltke, die Witwe ihres von den Nazis hingerichteten Mannes, kommentierte diese Entwicklung einmal mit den Worten: "Wie gut, dass Kreisau heute polnisch ist, das nimmt es doch sofort heraus aus einer möglichen deutschen Enge und macht es von Vornherein zu einem europäischen Ort."

Wer heute die Ende des Zweiten Weltkriegs als "Festung Breslau" fast völlig zerstörte niederschlesische Metropole besucht, erlebt nicht nur eine wie ein Phönix aus der Asche wieder erstandene Stadt, er erkennt auch in dem jetzigen Wrocław das einstige Breslau. Und dies nicht nur an den historisch getreu restaurierten Fassaden der den Markt umgebenden Bürgerhäusern. In den Buchläden findet er in reichlicher Zahl Werke zur Geschichte Breslaus und Niederschlesiens sowie liebevoll gestaltete Bildbände, die dem Betrachter die versunkene Welt früherer Zeiten vor Augen führen. Die Universität mit ihrer

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Vgl. die umfassende Untersuchung des von Zbigniew Mazur herausgegebenen Sammelbandes "Das deutsche Kulturerbe in den polnischen West- und Nordgebieten", Wiesbaden 2003, S. 296.

germanistischen Fakultät organisierte in den letzten 20 Jahren zahlreiche wissenschaftliche Symposien mit internationaler Beteiligung, auf denen Forschungsarbeiten zum "Kulturraum Schlesien" vorgestellt und diskutiert wurden. An Stelle der Geschichtsvergessenheit der kommunistischen Nachkriegsperiode ist eine regionale Gedächtniskultur getreten, die als eine neue niederschlesische Identität der jetzigen polnischen Bevölkerung gelten kann.

Die Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten, in denen die verdrängte deutsche Vergangenheit der polnischen West- und Nordgebiete wieder entdeckt, ihr kulturelles Erbe gepflegt und Teil einer regionalen Identität wurde, war verbunden mit einem regen Austausch dieses Grenzlandes mit den benachbarten deutschen Bundesländern. Die mit dem Vertrag über "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit" verbundenen Erwartungen wurden so in den polnischen Grenzregionen auf besondere Weise erfüllt. Es verwundert daher nicht, dass nach allen Untersuchungen der deutsche Nachbar Sympathiewerte erhält, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen.

### Deutsch-polnische Interessengemeinschaft im europäischen Kontext

Erstmals sprach, noch vor Abschluss des Vertrages, der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski am 22. Februar 1990, wenige Tage vor dem Ende der 2+4-Gespräche, auf dem deutsch-polnischen Forum von einer "deutschpolnischen Interessengemeinschaft" und prägte damit einen Begriff, der sich in den Folgejahren einer gewissen Konjunktur erfreuen konnte. Dabei ist zu bedenken, dass die deutsch-polnische Interessengemeinschaft gemäß des Partnerschaftsvertrages in einem europäischen Zusammenhang zu sehen ist. Bereits in der Präambel betonen die Vertragspartner die Bedeutung, welche "die politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft für die künftigen Beziehungen der beiden Staaten" hat. Der Vertrag belässt es nicht bei diesen Absichtserklärungen. In Art. 8 werden Handlungsziele formuliert. Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Vollmitgliedschaft in der EG findet der Abschluss eines Assoziierungsabkommens Ewähnung, wobei sich die Bundesrepublik verpflichtet, Polen auf dem Weg in die Europäische Gemeinschaft "im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften" zu fördern (Art. 8, 2). Und den Artikel abschließend heißt es: "Die Bundesrepublik steht positiv zur Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind" (Art. 8, 3).

Die Bundesregierung ist in all den Jahren im polnischen wie im eigenen Interesse ihrer aus dem Vertrag resultierenden Verpflichtung nachgekommen und hat sich als eine Befürworterin der Aufnahme Polens in die europäischen Institutionen erwiesen. So kam es unter der Regierung Kohl zu einer Vielzahl von Abkommen zur Förderung bilateraler Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen. Auch sie trugen dazu bei, Polen an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen. Zumal auf dem Hintergrund der

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So der Titel eines von Walter Engel und Norbert Honsza 2001 herausgegebenen Sammelbandes.

Erfahrungen, die Polen im Zweiten Weltkrieg mit deutschen Soldaten machen musste, verdient die Kooperation im militärischen Bereich eine besondere Hervorhebung. Sie wurde 1993 zwischen den Verteidigungsministern beider Seiten vereinbart und führte Polen - im Rahmen der seit 1994 von der NATO konzipierten "Partnerschaft für den Frieden" - an die NATO heran. So wurde Polen nicht zuletzt durch diese militärische Zusammenarbeit auf die im März 1999 erfolgte Aufnahme des Landes in die NATO vorbereitet, womit ein wichtiges, wenn nicht gar das wichtigste Desiderat Polens auf dem Weg nach Europa erfüllt war - die Befriedigung seines Sicherheitsinteresses.

Dass sich die deutsche Regierung auch in schwierigen Phasen als ein Anwalt polnischer Interessen erwies, zeigte sich im Dezember 2000 auf dem EU-Gipfel in Nizza. Das unter französischem Vorsitz mehr schlecht als recht vorbereitete Treffen wird nicht als Ruhmesblatt in die Geschichte der Europäischen Union eingehen. Auf diesem Gipfel, für den zwei Tage veranschlagt waren, der aber sechs Tage und fünf Nächte dauerte, wurde - bei Abwesenheit der zehn Beitrittskandidaten - in einer Weise um die Stimmenverteilung gefeilscht, dass Beobachter das Gipfeltreffen als eine Mischung von Demagogie und Demographie kommentierten.

Immerhin lässt sich Nizza als Bewährung der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft verbuchen, trat doch Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen Präsident Jacques Chirac als Befürworter polnischer Interessen auf. Nach Chirac sollte Polen zwei Stimmen weniger als Spanien erhalten, obwohl die Bevölkerungszahl beider Länder ungefähr gleich ist. Doch Schröder bestand darauf, dass beide Staaten je 27 Stimmen erhielten, zwei weniger als die "großen Vier". Dafür trat die Bundesrepublik als das weitaus bevölkerungsreichste Land der Union von ihrem ursprünglichen Anspruch auf eine höhere Stimmenzahl zurück und gab sich, wie Frankreich, gleichfalls mit 29 Stimmen zufrieden. Zu erinnern ist gleichfalls an die durchaus kritische letzte Phase der Beitrittsverhandlungen vor der Aufnahme Polens in die Europäische Union, als die Bundesregierung mit der Zusage der Erhöhung der Subventionen für die polnische Landwirtschaft um immerhin 1 Milliarde € die damalige Blockadehaltung der polnischen Seite zu überwinden vermochte. Am 13. Dezember 2002 legten die Regierungschefs der fünfzehn Mitgliedstaaten auf dem Kopenhagener Gipfel den Aufnahmetermin der zehn Beitrittskandidaten, darunter als größtes Land Polen, auf den 1. Mai 2004 fest. Damit war das wesentliche Ziel der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft erreicht.

Auch sonst erwies sich die deutsche Politik als durchaus polenfreundlich. So griff die Koalitionsregierung aus SPD und Grüne nach ihrem Wahlsieg von 1998 eine von polnischer Seite seit vielen Jahren erhobene Forderung nach Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern auf und entsprach ihr mit der Schaffung der Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft", die unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft die Zahlungen ermöglichte. Auf diese Weise wurde zugleich die Öffentlichkeit für das den Zwangsarbeitern im Zweiten Weltkrieg zugefügte Unrecht sensibilisiert – ein für die deutschpolnische Versöhnung bedeutsamer Beitrag.

10

0

Irakkrieg, Zentrum gegen Vertreibungen, Preußische Treuhand

Während für das erste Jahrzehnt des Vertrages über "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit" eine uneingeschränkt positive Bilanz gezogen werden kann, zeigten sich mit Beginn des neuen Jahrtausends einige Unstimmigkeiten in den deutsch-polnischen Beziehungen, welche die Interessengemeinschaft in Frage stellten und den Partnerschaftsvertrag einer Belastungsprobe aussetzten. Beide Seiten hatten es versäumt, sich neue gemeinsame Ziele zu setzen, nachdem sich die Dynamik der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft mit der EU-Aufnahme Polens weitgehend erschöpft hatte. So wurde das dem Vertrag zugrunde liegende Prinzip von Konsultation und Kooperation in seiner Bedeutung präventiver Konfliktbewältigung nicht ausreichend beachtet.

### 1. Die Auswirkung des Irakkriegs auf die deutsch-polnischen Beziehungen

Noch vor Ausbruch des Irakkriegs hatte in Polen die von Kanzler Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 gemachte Aussage für Irritationen gesorgt, Deutschland würde sich selbst bei einem UN-Mandat nicht an einem Krieg gegen den Irak beteiligen. Die polnische Presse kommentierte diese Äußerung als Anzeichen eines "deutschen Sonderweges". Sie beklagte die damit eingetretene Verschlechterung der deutschamerikanischen Beziehungen und die daraus möglicherweise für Europa resultierenden negativen Folgen. In deutschen Medien sprach man dagegen - in Hinblick auf die baldige Aufnahme Polens in die Europäische Union - vom "Trojanischen Pferd amerikanischer Interessen".

Statt zu einer Beilegung des Konflikts kam es mit dem von Tony Blair initiierten und auch von Polen unterzeichneten "Brief der 8" zu einer weiteren Belastung deutschpolnischer Beziehungen. Diese Solidaritätserklärung für die amerikanische Position in der Irakkrise sowie die Bereitschaft Polens, sich an der Seite der USA am Irakkrieg zu beteiligen, stieß in Berlin auf schärfste Kritik. Man befürchtete eine den europäischen Interessen widerstrebende Allianz Polens mit den USA. Diese Befürchtung erhielt durch die unglückliche Äußerung des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld von einem "alten" und einem "neuen" Europa neue Nahrung. Sei weckte das Gespenst einer Spaltung Europas, und dies ausgerechnet zum Zeitpunkt der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder.

In Deutschland hätte man vielleicht für die Position Polens mehr Verständnis aufbringen und das historisch bedingte starke Sicherheitsbedürfnis des Landes in Rechnung stellen sollen, dessen Befriedigung man sich jenseits der Oder traditionell von einer Bindung an die USA erhofft. In Polen führte der Konflikt immerhin zu der Erkenntnis, dass man gegen das Image ankämpfen müsse, den Amerikanern auf dem Kontinent als Trojanisches Pferd zu dienen. Es komme vielmehr darauf an, ein ausgesprochen proeuropäischer Verbündeter der USA und ein äußerst proamerikanisches Mitglied der EU zu sein. Mit dieser Grundeinstellung stimmt Polen mit der transatlantischen Orientierung gesamteuropäischer Politik überein, wenngleich angesichts konkreter Herausforderungen die Interpretation dieser Devise, wie im Irakkrieg und neuerdings in der Libyenkrise geschehen, durchaus unterschiedlich sein kann.

### 2. Der Streit um ein "Zentrum gegen Vertreibungen"

Die in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von deutschen und polnischen Staatsmännern gemeinsam gepflegte Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg hätte es nahe gelegt, sich über die Art und Weise eines Gedenkens an das Leid der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu verständigen. Dies ist leider nicht geschehen. So kam es, nachdem Anfang 2000 die Initiative des Bundes der Vertriebenen (BdV) zur Errichtung eines "Zentrums gegen Vertreibungen" bekannt wurde, zu einem sich über Jahre hinziehenden Konflikt. Nicht nur wenig deutschfreundlich eingestellte polnische Politiker und Journalisten empörten sich, auch höchst angesehene Freunde Deutschlands, wie etwa Władysław Bartoszewski, übten scharfe Kritik, und dies aus einer tiefen Enttäuschung darüber, die deutsch-polnische Versöhnung könne als Teil ihres Lebenswerkes Schaden nehmen, falls alte Wunden wieder aufbrechen. Ein "Zentrum gegen Vertreibungen" nach der Konzeption sowie in der Trägerschaft des BdV dürfte zudem kaum mit der im ersten Satz der Präambel des Nachbarschaftsvertrages zum Ausdruck gebrachten Absicht in Einklang stehen, "die leidvollen Kapitel der Vergangenheit abzuschließen und entschlossen an die Traditionen und das freundschaftliche Zusammenleben jahrhundertelangen Geschichte Deutschlands und Polens anzuknüpfen."

Fragt man nach den Gründen für die scharfe Ablehnung der BdV-Initiative, dann bieten sich drei Antworten an: die Trägerschaft des BdV, eine geschichtspolitische Instrumentalisierung des "Zentrums" sowie – in Zusammenhang damit – eine Verschiebung der deutschen Gedächtniskultur von einem Täter- zu einem Opferbewusstsein.

Das Vorhaben des BdV erscheint schon deswegen inakzeptabel – und dies nicht nur aus polnischer Sicht -, weil seine Verbandspolitik in all den Jahren alles andere als polenfreundlich war und keineswegs dem Geist des Nachbarschaftsvertrages entspricht. Nicht nur dass wenig schmeichelhafte Äußerungen der Vorsitzenden die polnischen Gemüter immer wieder erregen, Erika Steinbach hat auch gegen den Grenzvertrag vom 14. November 1990 gestimmt, der schließlich die Grundlage für den Vertrag vom 17. Juni 1991 bildet.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung des "Zentrums" ist die polnische Befürchtung, es könne geschichtspolitisch instrumentalisiert werden. Die Initiative, so die Vermutung, diene nicht nur dazu, dem Leiden der Flüchtlinge und Vertriebenen durch die Errichtung eines "Zentrums" Respekt zu zollen, sondern solle für die Forderung nach Entschädigung und Eigentumsrückgabe in Anspruch genommen werden.

Schließlich registrierte man in Polen zu Beginn des neuen Jahrtausends einen mit der Verschiebung des Täter- zu einem Opferbewusstsein verbundenen Wandel in der deutschen Gedächtniskultur: Damals brach über fünfzig Jahre nach Kriegsende mit einem Male die Erinnerung an die Opfer alliierter Luftangriffe sowie an die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten gleichsam

explosionsartig aus und fand in zahlreichen Fernsehdokumentationen, Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenbeiträgen ihren Niederschlag. Janusz Reiter, Deutschlandexperte und Botschafter seines Landes in Berlin, kommentierte diese Entwicklung mit den Worten: "Die Deutschen verstehen die Polen nicht mehr, und die Polen vertrauen den Deutschen nicht mehr".<sup>3</sup>

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, den Streit um das vom BdV geplante "Zentrum" beizulegen. So betonten 2003 die Präsidenten beider Länder, Johannes Rau und Aleksander Kwaśniewski, bei ihrer Danziger Begegnung, dass jede Nation das Recht habe, ihrer Opfer zu gedenken, doch dürfe ein solches Gedenken nicht dazu missbraucht werden, durch gegenseitiges Aufrechnen und durch Ansprüche auf Entschädigung und Eigentumsrückgabe Unfrieden zu stiften. Die von Angela Merkel geführte schwarz-rote Koalitionsregierung 2005, mit der Schaffung eines, die polnischen beschloss berücksichtigenden "Sichtbaren Zeichens" die Initiative des BdV ihrerseits aufzugreifen. Es dauerte bis 2008, ehe mit dem Regierungsantritt von Donald Tusk nach vorhergehenden Verhandlungen zwischen Staatskulturminister Bernd Naumann und Staatssekretär Władysław Bartoszewski die polnische Regierung ihren Widerstand gegen das Projekt aufgab. Dass damit allerdings nicht sämtliche Schwierigkeiten ausgeräumt sind, zeigen die Konflikte innerhalb der Regierungsbeschlusses zur Umsetzung inzwischen gegründeten unabhängigen Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung". Zunächst gab es bei ihr den Konflikt um Erika Steinbach, die am Ende zwar auf den von ihr beanspruchten Sitz im Stiftungsrat verzichtete, dies allerdings um den Preis eines Kompromisses, der dem BdV drei Sitze sichert, ohne dass eine solche Benennung durch ein Veto der Bundesregierung verhindert werden könnte. weitere Konflikte absehbar. Zudem gegensätzliche Positionen deutscher Wissenschaftler im wissenschaftlichen Beirat dazu, dass namhafte tschechische und polnische Historiker aus dem Gremium ausschieden, weil sie eine gedeihliche Zusammenarbeit für unmöglich erachteten. Der Streit um die deutsche Gedächtniskultur könnte daher das deutsch-polnische Verhältnis weiterhin belasten.

### 3. Auseinandersetzung um die Preußische Treuhand

Es spricht einiges für die zumal von polnischer Seite geäußerte Vermutung, der BdV habe mit seinem Bemühen um ein "Zentrum gegen Vertreibungen" nicht zuletzt das Ziel verfolgt, für die Ansprüche der Vertriebenen auf ihr in Polen zurück gelassenes Hab und Gut den Boden zu bereiten. Jedenfalls wurde mit Beginn des neuen Jahrtausends auf Initiative der Landsmannschaft Ostpreußen eine "Preußische Treuhand" gegründet. Nach ihrer Auffassung stellt die Weigerung, das "konfiszierte" Eigentum zurück zu geben, eine Menschenrechtsverletzung dar. Zudem beruft sie sich ausgerechnet auf den

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> "Die Deutschen verstehen die Polen nicht mehr, und die Polen vertrauen den Deutschen nicht mehr." In: Dialog. Deutsch-polnisches Magazin, Nr. 65, 2003/2004, S. 49.

deutsch-polnischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag, zu dem beide Seiten in dem beigefügten Briefwechsel erklärten, dass sich der Vertrag "nicht mit Vermögensfragen" befasst. Die Preußische Treuhand interpretiert dies dahin gehend, die Vermögensfragen seien demnach offen und bedürften – natürlich im Sinne der Ansprüche der Vertriebenen – einer abschließenden Klärung.

Obgleich die von Gerhard Schröder wie auch die von Angela Merkel geführte Bundesregierung unmissverständlich gegenüber Polen erklärt hatte, die Initiative Preußischen Treuhand nicht zu unterstützen, sich selbst Vertriebenenorganisationen von ihr distanzierten und Rechtsexperten sie als chancenlos einstuften, löste sie doch in unserem Nachbarland scharfe, ja empörte Reaktionen aus. Als die Preußische Treuhand ihre Absicht bekundete, die Vertriebenenansprüche vor dem Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte einzuklagen, verabschiedete der polnische Sejm am 10. September 2004 nach einer äußerst emotional geführten Debatte fast einstimmig eine Resolution, in der die damals von den Postkommunisten angeführte Regierung aufgefordert wurde, mit der Bundesregierung über eine Entschädigung für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen materiellen Schäden zu verhandeln. Dem stand zwar der am 23. August 1953 seitens der polnischen Regierung ausgesprochene Verzicht auf Reparationen entgegen, doch Jarosław Kaczyński, Chef der nationalkonservativen Partei "Recht und Gerechtigkeit (PiS), argumentierte, der damalige Beschluss sei nicht rechtskräftig, weil er nicht von einer souveränen Regierung getroffen, sondern auf Druck der Sowjetunion zustande gekommen sei. Zwillingsbruder Lech, zu der Zeit Warschauer Stadtpräsident, ließ schon einmal vorsorglich die Warschau betreffende Schadenssumme errechnen. Derlei Forderungen wurden durch eine vom national-konservativem Lager ins Leben gerufene "Polnische Treuhand" propagandistisch unterstützt, die sich sogar für eine Neuverhandlung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages aussprach.

Inzwischen haben sich die Gemüter wieder beruhigt. Ein von der polnischen Regierung in Auftrag gegebenes Gutachten kam zu dem Schluss, dass es für derlei Schadensansprüche keine Rechtsgrundlage gebe. Und die Preußische Treuhand erlitt vor dem Europäischen Gerichtshof eine Niederlage, als dieser am 7. Oktober 2008 eine im Dezember 2006 von 22 Beschwerdeführern eingereichte Klage abwies.

### Eine Phase politischer Abkühlung

Die dargelegten Belastungen in den deutsch-polnischen Beziehungen trugen das Ihre dazu bei, dass im Herbst 2005 die wenig deutschfreundliche national-konservative Partei "Recht und Gerechtigkeit"(PiS) als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervor ging und mit Lech Kaczyński auch das Präsidentenamt besetzen konnte. Erschwerend kam noch hinzu, dass sich fast zeitgleich mit den Wahlen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Władysław Putin über den Bau einer Ostsee-pipeline verständigten, ohne dass dieses Projekt mit Polen besprochen worden wäre. Nicht allein die politische

Rechte sah in diesem Vorgehen eine mit einer ehrlichen Partnerschaft und mit dem Geist des Vertrages von 1991 unvereinbare Geringschätzung Polens und seiner Interessen. Die zwischen Deutschland und Russland vereinbarte, Polen umgehende Gaszufuhr weckte denn auch die im polnischen kollektiven Bewusstsein tief verankerte Angst vor einer deutsch-russischen Verständigung auf Kosten Polens. Dies brachte Monate später Radosław Sikorski, Verteidigungsminister der von "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) geführten Koalitionsregierung, auf drastische Weise zum Ausdruck, indem er den Ostseepipeline-Vertrag mit dem kurz vor dem Überfall auf Polen abgeschlossenen Hitler-Stalin-Pakt verglich.

Von einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft konnte jedenfalls mit Übernahme der Regierungsverantwortung und der Präsidentschaft durch "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) keine Rede sein. Die neue Regierung maß denn auch dem deutsch-polnischen Verhältnis eine nur geringe Bedeutung bei. Ihre negative deutschlandpolitische Einstellung war nur vordergründig durch die Konflikte um Erika Steinbach, das von ihr angestrebte "Zentrum gegen Vertreibungen" und die Rückgabeforderungen der "Preußischen Treuhand" bedingt. Der tiefere Grund lag in der von der national-konservativen Rechten vertretene Konzeption einer "IV. Republik" und der mit ihr verbundenen fundamentalen Kritik an der bisherigen politischen Entwicklung seit dem Nicht nur dass nach Auffassung von "Recht und Epochenjahr 1989. Gerechtigkeit" (PiS) kein radikaler Bruch mit der kommunistischen Führungselite erfolgt und das Erbe der Solidarność verspielt worden sei, auch die angebliche deutsch-polnische Interessengemeinschaft sei in Wahrheit ein Ausdruck der Schwäche und eine Preisgabe polnischer Interessen gewesen. Jarosław Kaczyński charakterisierte sogar die Deutschlandpolitik seiner Vorgängerregierungen – und dies in einem ausgesprochen negativen Sinn – als "Versöhnungspolitik" und rührte damit an das Fundament des Nachbarschaftsund Freundschaftsvertrages.

Während auf der diplomatischen Ebene die deutsch-polnischen Beziehungen stagnierten, trugen die Medien beiderseits der Oder das Ihre zu einer deutsch-polnischen Eiszeit bei. Die deutsche Regierung war in dieser Phase bemüht, kein Öl ins Feuer zu gießen. Sie hoffte auf bessere Zeiten, die denn auch nach den vorgezogenen Wahlen vom Oktober 2007 mit dem Sieg der liberalkonservativen "Bürgerplattform" (PO) und dem Regierungsantritt von Donald Tusk anbrach, der im Wahljahr 2005 von den Kaczyński-Brüdern wegen seiner Deutschfreundlichkeit scharf attackiert worden und im Kampf um das Präsidentenamt Lech Kaczyński unterlegen war.

Rückkehr zur Normalität

Donald Tusk weiß sich der von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki vorgezeichneten Linie einer Politik auf der Basis der Versöhnung verpflichtet, die indes bestehende Probleme nicht ausspart, aber bemüht ist, sie einvernehmlich zu lösen. Neben der Beilegung des jahrelangen Streits um ein

"Zentrum gegen Vertreibungen" konnte auch der Konflikt um die Ostseepipeline entschärft werden. Berlin versicherte Warschau gegenüber, künftig polnische Interessen bei den deutsch-russischen Beziehungen besser zu berücksichtigen. Zudem unterstützt die Bundesregierung den berechtigten Wunsch Polens nach Energiesicherheit, die eine allzu große Abhängigkeit von Russland verbiete und eine gemeinsame Energiepolitik der EU erfordere. Damit entsprechen die deutsch-polnischen Beziehungen 20 Jahre nach Abschluss des Vertrages vom 17. Juni 1991 der mit ihm verbundenen Hoffnung auf gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem Polen für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernimmt.

### Von der Abneigung zur Zuwendung

Wesentliches Anliegen 1991 Nachbarschaftsdes abgeschlossenen und Freundschaftsvertrages ist es, Initiativen wechselseitigen Kennenlernens unterstützen, bestehende Vorurteile zu überwinden und zu einem besseren Verständnis des jeweils anderen beizutragen. Diesem Anliegen dient u. a. Art. 30, in dem die Vertragsparteien betonen, ein "besonders großes Gewicht auf möglichst umfassende Kontakte und ein enges Zusammenwirken der deutschen und polnischen Jugend" legen zu wollen. Zu diesem Zweck errichteten sie zeitgleich mit dem Abschluss des Vertrages das Deutsch-Polnische Jugendwerk, das im Verlauf seiner nunmehr zwanzigjährigen Geschichte Zigtausenden junger Deutschen und Polen persönliche Begegnungen ermöglicht hat.

Fragt man rückblickend, im deutsch-polnischen Diskurs ob Nachbarschaftsvertrag intendierte Ziel erreicht wurde, die Einschätzung des jeweils anderen zu verbessern, dann fällt die Antwort positiv aus. Dabei ist zu bedenken, dass immer noch die Bürde der Vergangenheit schwer auf den beiderseitigen Beziehungen Während das Deutschenbild der Polen durch Germanisierungspolitik in der Zeit der Teilungen sowie – und dies vor allem – durch die leidvolle Erfahrung im Zweiten Weltkrieg negativ bestimmt ist, wurde das Polenbild der Deutschen im 19. Jahrhundert durch die Vorstellung zivilisatorischer Rückständigkeit geprägt und fand in dem langlebigen Stereotyp der "Polnischen Wirtschaft" seinen Ausdruck.<sup>4</sup> Dieses lässt sich bis in die am 2. September 1991 vom "Spiegel" veröffentlichte Emnid-Umfrage nachweisen, nach der die Befragten ihren polnischen Nachbarn Eigenschaften wie "faul" und "disziplinlos" zuschrieben, die als integrale Bestandteile der "Polnischen Wirtschaft" gelten und das Gegenstück zum eigenen Selbstverständnis bilden.

Zu diesen im kollektiven Bewusstsein verankerten wechselseitigen Vorstellungen kamen 1991 diesseits wie jenseits der Oder aktuelle Befürchtungen hinzu. So äußerten 85% der Polen Ängste vor einer durch die Wiedervereinigung politisch wie wirtschaftlich gestärkten Bundesrepublik, und in Deutschland wuchs, zumal in Hinsicht

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vgl. hierzu die umfassende Untersuchung des Posener Germanisten Hubert Orłowski, "Polnische Wirtschaft". Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996, S. 478.

17

auf den zu erwartenden EU-Beitritt Polens, die Sorge vor dem Zustrom billiger Arbeitskräfte, und dies mit der Folge erhöhter Arbeitslosigkeit und eines Lohndumpings. Weder das eine, noch das andere sollte sich erfüllen. Anstelle der 20 Jahre zurück liegenden polnischen Ängste sehen heute 75% der Polen in einer politisch und wirtschaftlich starken Bundesrepublik keinen Nachteil, sondern einen Vorteil für Polen.

Unter Berufung auf Untersuchungen des polnischen Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung (COBS) verweist Prof. Janusz A. Majcherek darauf, dass seit 1991 die "Abneigung gegenüber den Deutschen stetig" gesunken sei. Hätten "noch vor zwanzig Jahren [...] mehr als die Hälfte der Polen ihre Abneigung" erklärt, so seien es heute "nur noch 28 Prozent. In derselben Zeit stieg die Sympathie für die Deutschen von 23 Prozent auf 39 Prozent." Allerdings zeigen die Ergebnisse auch eine gewisse Anfälligkeit für aktuelle politische Einflüsse. So fielen die Sympathiewerte gegenüber Deutschen im Wahljahr 2007 um drei Punkte auf 30% und schnellten dann nach der Wahl von Donald Tusk auf 38% (2008) bzw. 39% (2010) empor. Damit liegen sie aber immer noch weit hinter Werten für Italiener (52%), Franzosen (51%) und Briten (50%) sowie für die slawischen Nachbarn (Tschechen, 53%; Slowaken, 51%). Es gibt also noch reichlich Luft nach oben.

Das Jahr 2011 bietet in Erinnerung an den Abschluss des Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrages von vor 20 Jahren den Anlass zu zahlreichen Jubiläumsveranstaltungen, auf denen bezüglich der deutsch-polnischen Beziehungen zu Recht eine positive Bilanz gezogen wird. Der Vertrag von 1991 hat jedenfalls seine Bewährungsprobe bestanden und dürfte auch in Zukunft das Fundament für gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unserer Völker bilden.

Janusz A. Majcherek, Polen im internationalen Kontext, in Ost-West. Europäische Perspektiven, 1/2011, S. 31.

CBOS BS/12/20110, Stosunek polaków do innych narodów, www.cbos.pl.

### Kamila Mazurek

# Herausforderungen in den deutsch-polnischen Beziehungen. Empfehlungen für die Zukunft

#### **Einleitung**

Ein Nebeneinander von zwei Ländern mit beachtlichen Unterschieden auf gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Ebene bedeutet eine Fülle von Konflikten und Herausforderungen. "Konfliktgeladene" Rahmenbedingungen, zu denen u.a. geschichtliche Erfahrungen, wirtschaftliche und politische Faktoren sowie ungleichmäßige Partizipation im Prozess der Europäisierung gehören, bilden eine Herausforderung bei einer effizienten Bearbeitung der gemeinsamen Aufgaben auf bilateraler und europäischer Ebene. Deutschland, obwohl durch die finanzielle Krise betroffen, behält immer eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen. Polen sucht einen stabilen Platz in der Europäischen Union und versucht, seine eigene Lage zu verstärken.

Demzufolge muss man von Anfang an feststellen, dass Deutschland für Polen wichtiger ist, als Polen für Deutschland. Glücklicherweise geht es für Länder mit kleinerem Machtgewicht und wirtschaftlichem Potenzial in der internationalen Politik des XXI Jahrhunderts nicht nur um Anerkennung der Bedeutung, sondern um Anerkennung der Interessen.

Es handelt sich um die Interessen in der internationalen und europäischen Politik, und diese werden in diesem Aufsatz analysiert. Welche Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren gibt es in den deutsch-polnischen Beziehungen? Welche wichtigen Interessenfelder in den deutsch-polnischen Beziehungen bestehen als Probleme, können aber auch als Chance für eine effiziente Zusammenarbeit dienen? Wie kann man die deutsch-polnischen Beziehungen "professionalisieren"? Wie kann man bewirken, dass Polen für Deutschland wichtiger wird? Am Ende dieses Aufsatzes werden Empfehlungen für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen vorgestellt.

# Politische Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren in den deutsch-polnischen Beziehungen

Im Jahr 2005 kam es zu politischen Irritationen, die die deutsch-polnischen Beziehungen belasteten. Schon im Wahlkampf spielte die nationalkonservative Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) die antideutsche Karte. Die PiS kam an die Macht und stachelte antideutsche Ressentiments an, die immer auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen in Polen wirken. In den politischen Diskussionen wurde verstärkt das Prisma der Geopolitik bemüht. Die neue politische Elite kritisierte die bisherige polnische Außenpolitik. Die Verhandlungen mit Deutschland und Russland wurden als Unterwürfigkeit bezeichnet. Die Außenpolitik der PiS sollte die Lage Polens im internationalen System verbessern. Um diese Ziele zu erreichen, nutzte die Regierung unter Ministerpräsident Jarosław Kaczyński häufig die Geschichtspolitik. Dies führte m.E. letztlich dazu, dass die polnische Außenpolitik weniger erfolgreich war. Trotz der Besuche von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 2. Dezember 2005 in Polen und Lech Kaczyńskis am 8. März 2006 in

<sup>18</sup> 

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Kai-Olaf Lang, Leben mit dem Unterschied. Konstruktive Diskrepanz als Vorwärtsstrategie in den deutschpolnischen Beziehungen, in: K. Mazurek, T. Mehlhausen (Hg.), Zwischen Skepsis und Vertrauen. Die deutschpolnischen Beziehungen im Wandel, Kraków 2009.

Deutschland verbesserten sich die bilateralen Beziehungen kaum. 2006 betonte die PiS die Bedrohungen, die mit der Macht Deutschlands verbunden seien. Interessant war, dass die polnische Gesellschaft diese "Gefahr", die von der regierenden konservativen politischen Elite Polens verkündet wurde, als ziemlich gering einschätzte. Nach einer Umfrage im Jahre 2005 hatten nur 21% der Polen Angst vor Deutschland<sup>2</sup>.

Zwar hatten deutsche Politiker ihre polnischen Kollegen dazu bewegt, die bilateralen Beziehungen auf die Gegenwarts- und Zukunftsfragen statt auf die Vergangenheit zu fokussieren, aber Premierminister Kaczyński legte viele Projekte (u. a. die von den Präsidenten Johannes Rau und Aleksander Kwaśniewski mit ihrer Danziger Erklärung vom 29. Oktober 2003 angeregte Europäisierung der Vertriebenenproblematik, das Weimarer Dreieck sowie die Aufnahme Polens in das Projekt der Ostpipeline) auf Eis.

Die deutsche Kanzlerin versuchte diplomatisch zu handeln. Kaczyński bekam das Versprechen, dass Polen im Falle einer russischen Drohung des Stopps von Gaslieferungen Gas vom Westen erhalten würde. Merkel wiederholte auch, dass die deutsche Regierung keine individuellen Forderungen von Vertriebenen unterstützen und selbst keine Ansprüche gegen Polen geltend machen werde. Umso mehr waren deutsche Politiker konsterniert, als 2006 etliche polnische Politiker in Erwägung zogen, den deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1991 neu zu verhandeln. Experten schrieben in den Jahren 2006 und 2007 über die deutsch-polnischen Interessengemeinschaft, Erschöpfung der über Kooperation statt strategischer Partnerschaft oder über konstruktive Diskrepanzen. Die Wahlen im November 2007 brachten in Polen einen Machtwechsel und damit deutliche Veränderungen. Am 23. November 2007 garantierte der neue Premierminister Donald Tusk, dass die deutsch-polnischen Beziehungen der ganzen EU und beiden Partnern<sup>3</sup> dienen werden.

Während in den Jahren 2005-2007 die politischen Beziehungen schlechter wurden, hat sich die positive Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen in den Gesellschaften relativ ungestört fortgesetzt. Es hat sich eine so genannte *deutsch-polnische community* entwickelt, für die die geschichtlichen Erfahrungen das Motiv für eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern bilden. Unterschiedliche politische sowie gesellschaftliche Akteure übernahmen verschiedene Initiativen, um eine deutsch-polnische Annäherung herbeizuführen. Diese waren deshalb so wichtig, weil sie zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen und demzufolge zu einer Verbesserung der Lage Polens auf internationaler Ebene führten.

### Prioritäten in der polnischen Außenpolitik: Geopolitik und nationales Interesse

Im Jahre 2004 kam es zu einer Erschöpfung der strategischen Ziele der polnischen Außenpolitik, deren Prioritäten ähnlich wie in Deutschland im Zusammenhang mit der

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> L. Kolarska-Bobinska, M. Fałkowski, Polska-Niemcy: Nieufni politycy, otwarte narody, "Gazeta Wyborcza" vom 2. August 2006, zitiert nach M. Stolarczyk, Główne problemy w stosunkach polsko-niemieckich na początku XXI wieku, (in:) Problemy polityki zagranicznej Polski i stosunków międzynarodowych na początku XXI wieku, (Hrsg.) M. Stolarczyk, Katowice 2008, S. 40.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Tekst expose premiera Donalda Tuska, "Rzeczpospolita" vom 23. November 2007, zitiert nach: B. Koszel, "Nowe otwarcie"? Stosunki polsko-niemieckie w okresie rządów koalicji PO-PSL (2007-2009) "Zeszyty Instytutu Zachodniego": Nr. 57/2009, S. 211.

Westorientierung und mit Rücksicht auf die doppelte Integration in EU und NATO formuliert worden waren.

Doch in Polen wurde in den Zeiten der PiS- Regierung eine Konzeption des souveränen Volksstaates vertreten. Die politische und wirtschaftliche Lage Polens, die geringe Erfahrung in der Europapolitik und die politischen Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, wie die Kontroversen um den Bund der Vertriebenen, den Irakkrieg, die Diskussionen über die Ausgestaltung der Europäischen Union sowie der internationalen Sicherheitspolitik, den Bau der Ostseepipeline und die Kosten der Transformation, führten dazu, dass die polnische Regierung größere Bedeutung auf ihr nationales Interesse legte und sich gegen eine Abgabe nationaler Souveränität an die EU-Institutionen aussprach. Dies war einer der Gründe, warum sich Polen gegen die Vertiefung der EU und die Pläne zur Verstärkung der supranationalen Infrastruktur wehrte.

In der Außenpolitik beider Länder ist eine unterschiedliche Wahrnehmung des nationalen Interesses sowohl in der Europapolitik als auch in den bilateralen Beziehungen zu beobachten. Die Regierung unter Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz vertrat die Auffassung, die polnische Staatsraison könne durch eine Durchsetzung polnischer nationaler Interessen in der NATO und der EU realisiert werden, wobei die NATO Sicherheit geben und die EU die wirtschaftliche Entwicklung bringen sollte. Deswegen versuchte Premierminister Marcinkiewicz, die Konflikte zwischen den USA, Deutschland und Frankreich auszuräumen. Sein Nachfolger Jarosław Kaczyński forcierte das geopolitische Paradigma. Für ihn sollte die Durchsetzung des polnischen nationalen Interesses durch die spezifische geschichtliche und politische Situation legitimiert werden. Viele Aspekte der internationalen Politik wurden durch das Prisma der Geopolitik und nationaler Interessen gesehen. So hätte seiner Zeit zum Beispiel die Aufnahme der Ukraine in die EU nicht nur eine Stärkung der Rolle Polens, sondern auch eine Schwächung Deutschlands in der EU bedeutet.<sup>4</sup> Die Regierung Tusk hat sich dagegen zur Notwendigkeit einer Fortsetzung der institutionellen Reformen und zur Konsolidierung der EU bekannt, was mit dem 2008 vorgestellten Projekt der östlichen Partnerschaft bewiesen wurde. Die liberal-konservative Regierung verzichtete auch auf eine Rhetorik des nationalen Interesses und kehrte zu der Linie der Jahre 2003 bis 2004 zurück, wonach die EU-Mitgliedschaft für Polen einen zivilisatorischen und technologischen Sprung bedeutet. Deshalb forderte der polnische Außenminister Sikorski Premierminister Kaczyński auf, die polnische Gesellschaft nicht weiter mit der vermeintlichen Bedrohung der Entstehung eines "europäischen Superstaats" zu ängstigen<sup>5</sup>. Die deutsch-polnische Frage war 2008 für die polnische Diplomatie wichtig, wie die Übernahme des Themas der deutsch-polnischen Beziehungen im Exposé des polnischen Außenministers zeigt<sup>6</sup>.

<sup>20</sup> 

<sup>90</sup> 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Exposé des Premierministers J. Kaczyński während der 10. Parlamentssitzung am 19 Juli 2006, Sejm Rzeczpospolitej Polskiej, Kadenz V, S. 174-176.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Information des Außenministers Radosław Sikorski über die Außenpolitik Polens /2008 "Sprawozdanie stenograficzne z 15 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 7 maja 2008 r., Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja VI, S. 6-8.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Vgl. Ínformacja Ministra Spraw Zagranicznych Pana Radosława Sikorskiego dotycząca zadań polskiej polityki

### Prioritäten in der deutschen Außenpolitik

Deutschland realisiert die Ziele seiner Außenpolitik vor allem durch das Prisma der politischen Ökonomie. Polen wählte die Perspektive einer Verteidigung des nationalen Interesses, in der nicht immer Platz für eine konkrete ökonomische Rechnung war. Die polnischen Ziele standen oft im Zusammenhang mit dem Streben nach Anerkennung nicht materieller Werte wie Religion, Leiden des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs oder Bedrohung von Seiten Russlands.

Nach Polens EU-Beitritt strebte die Bundesregierung nach erhöhter Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, der Verstärkung der internationalen Rolle Deutschlands durch einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und nach der Teilnahme an internationalen Missionen. Gleichzeitig bemühte sich die deutsche Regierung um Regulierung der Klimafragen, Umweltschutz sowie die Lösung innerpolitischer Probleme.<sup>7</sup> In dieser Agenda deutscher Außenpolitik ist die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen grundsätzlich eher Aufgabe kommunaler Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen und wird durch die Umsetzung von entsprechenden Initiativen in Polen und Deutschland realisiert.

Die von 2005 bis 2009 regierende Große Koalition hatte vor allem eine Verbesserung der Beziehungen mit den USA, den Kampf gegen die Finanzkrise, die Unterstützung des Nahost-Friedensprozesses sowie die Terrorismusabwehr auf ihrer Agenda. In beiden Ländern gab es Probleme in der Innen- und Außenpolitik, die in Deutschland durch eine Schwäche der Großen Koalition verursacht wurden und in Polen durch einen häufigen Wechsel der Außenminister entstanden. Beides wirkte sich negativ auf die gegenseitigen Beziehungen aus.

Im Programm der seit 2009 regierender CDU-FDP Koalition standen vor allem Themen der Wirtschaftspolitik im Vordergrund. Das sich in einer Finanz- und Wirtschaftskrise befindende Deutschland beschäftigte sich in erster Linie mit folgenden, von Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung genannten Aufgaben:

- die Folgen der Krise überwinden;
- Verbesserung des Verhältnisses der Bürger zum Staat;
- die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft antizipieren;
- den Umgang mit den natürlichen Ressourcen regeln und einen globalen Ordnungsrahmen finden sowie
  - Freiheit und Sicherheit in ein neues Verhältnis setzen.<sup>8</sup>

zagranicznej w 2009 roku, http://www.msz.gov.pl/Informacja,Ministra,Spraw,Zagranicznych,25358.html, Expose

Ministra Spraw Zagranicznych Radosława Sikorskiego na temat priorytetów polskiej polityki zagranicznej w 2009 roku, http://www.stosunki.pl/?q=node/302.

<sup>7</sup> Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem deutscher Bundestag, Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen, [in:] Bulletin Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 74/1998, Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem deutscher Bundestag, Eine Politik der Gerechtigkeit und der Erneuerung [in:] Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", Nr. 44/2002.

<sup>8</sup> Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Deutschland zu neuer Stärke führen. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag, Berlin, 10. November 2009, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/\_\_Anlagen/2009-11-26 regierungserklaerung-bkin,property=publicationFile.pdf (Abgerufen am 14.12.2010).

Polen wurde in der Regierungserklärung nur einmal im Zusammenhang mit einer Erinnerung an den Mauerfall vom 9. November 1989 und die Rolle der "Solidarność" bei Überwindung der Teilung Europas erwähnt. Eine größere Rolle kam dem deutschpolnischen Verhältnis in der deutschen Außenpolitik durch die Ernennung Cornelia Piepers zur Koordinatorin der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zu.

## Erfahrungsasymmetrien beim EU-Integrationsprozess und in der internationalen Politik

Die deutschen und polnischen Interessen sind durch die Teilnahme am EU-Integrationsprozess und die Durchführung internationalen Politik geprägt.

Beide Länder trennen fünfzig Jahre Erfahrung im europäischen Integrationsprozess. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen für Polen:

- Zu geringe Ausschöpfung möglicher europäischer Fonds;
- Geringeres Durchsetzungsvermögen bei den Verhandlungen und der Interessenvertretung innerhalb der europäischen Institutionen;
- Defizite in der Form der Vertretung der polnischen Interessen in der EU;
- Ängste vor der Vertiefung der EU.

Daraus ergeben sich auch unterschiedliche Haltungen zur Vertiefung und Erweiterung der EU. Die Asymmetrien folgen auch einer unterschiedlichen Identifizierung Deutschlands und Polens mit der Idee der europäischen Integration als politischer Gemeinschaft.

In bilateralen Beziehungen sind ebenfalls Asymmetrien bei den internationalen Beziehungen zu beobachten. Während Deutschland international als regionale Großmacht gilt, ist Polen ein so genanntes Mittelland, zu klein, um als Partner bei großen Projekten, bei denen große finanzielle Mithilfe benötigt wird, teilzunehmen, und zu groß, um an vielen Projekten nicht teilzunehmen.

Asymmetrische Erfahrungen bei der Teilnahme am EU-Integrationsprozess und in der internationalen Politik sind eine Konsequenz der Teilung Europas. Es ist interessant zu beobachten, dass nach der Überwindung der Teilung Europas die erste Integrationsphase einen Zeitraum der Konsolidierung sowie der Distanzierung zu den Nachbarstaaten darstellt. Die Entwicklung der deutsch-französischen Partnerschaft scheint diese These zu bestätigen, denn die Beziehungen wurden nach der ersten Phase erst Anfang der 60er Jahre intensiviert, ähnlich wie die deutsch-polnischen Beziehungen. Demokratische deutsch-polnische Beziehungen konnte es erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Fall des Eisernen Vorhangs geben. Danach aber setzte die Periode ein, in der Polen nach nationaler Identität strebte. Nach der Wiederfindungsphase schloss sich ein Zeitraum der Aufrechterhaltung der Beziehungen in einer sich wandelnden europäischen politischen Wirklichkeit an. Die Probleme der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation verzögerten diesen Moment der Suche nach der eigenen Rollenfindung in einer neuen Umgebung.

#### **Politische Kultur**

Polnische und deutsche Politiker nehmen zwar ähnliche Probleme wahr, aber aus unterschiedlichen Perspektiven: während in Polen die Angst vor der Abhängigkeit von russischem Gas diskutiert wurde, unterschrieben deutsche Politiker Verträge, um der deutschen Wirtschaft Energielieferungen zu garantieren; die Experten in Deutschland sind mit Problemen wie Schutz der Energiequellen und innovatives Energiesparen (bei denen sie bedeutende Erfolge haben)<sup>9</sup> beschäftigt. Während in Polen ein Teil der Öffentlichkeit darüber nachdenkt, ob man ein Kreuz als Symbol des polnischen Martyriums vor dem Präsidentenpalast stehen lassen sollte, debattierten deutsche Experten über politische Bildung, Lösungen für die Alterung der Gesellschaft, soziale Marktwirtschaft oder die Überwindung der Finanzkrise. Beide Länder gehen aus unterschiedlichen politischen Kulturen hervor, für die ein gemeinsamer Nenner gefunden werden muss.

#### Wirtschaft

Deutschland ist einer der größten Handelspartner Polens, während sich Polen in der deutschen Statistik auf dem 13. Platz beim Import (2,8%) und zehnten Platz beim Export (3,2%) befindet. In Folge der Verschuldung Deutschlands, Herausforderungen des Gesundheits- und Rentensystems und Problemen mit der Arbeitslosigkeit sind die Handelsumsätze mit Polen 2009 deutlich gesunken (Import um 28,2%, Export um 13,8%<sup>10</sup>), wobei 2008 ein Rekord im gegenseitigen Handel zu verzeichnen war (66,38 Mrd. Euro). 11 Die Asymmetrie auf wirtschaftlicher Ebene hat in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Schlüsselbedeutung. Das verfügbare Einkommen je Einwohner pro Jahr betrug 2008 in Deutschland 18.974 EURO, <sup>12</sup> das Durchschnittseinkommen je Haushalt rund 2.700 Euro pro Monat. <sup>13</sup>

In Polen betrug 2008 das durchschnittliche Jahreseinkommen je Einwohner pro Haushalt 10.576 PLN<sup>14</sup>. Das durchschnittliche monatliche Einkommen der polnischen Volkswirtschaft beträgt 2.943,88 PLN.<sup>15</sup> Nach Angaben von 2010 beträgt das polnische

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Pressemitteilung, Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2009 deutlich gesunken, vom 21. Dezember 2009. in:

http://www.bmwi.de "Der Verbrauch an Primärenergieträgern liegt im Jahr 2009 mit 13.281 Petajoule um 6,5 Prozent unter dem Vorjahr. Dies ist der niedrigste Wert seit Anfang der siebziger Jahre in Deutschland" (Abgerufen am 14.12.2010).

<sup>10</sup> Ministerstwo Gospodarki, Współpraca gospodarcza: Niemcy vom 24. Mai 2010 in:

http://www.mg.gov.pl/Wspolpraca+z+zagranica/Wspolpraca+gospodarcza+Polski+z+krajami+UE+i+EFTA/nie mcy.htm vom 1. Juni 2010 (Abgerufen am 14.12.2010).

Deutschland und Polen verstärken energiepolitische Zusammenarbeit. Pressemitteilung vom 24. April 2009, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, in:

http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=299022.html, vom 5 Mai 2009,

<sup>(</sup>Abgerufen am 14.12.2010).

12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGR d L, Verfügbares Einkommen 1991 bis 2008, Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Abgerufen am 14.12.2010).

13 Höhe von Durchschnittseinkommen in Deutschland, in:

http://de.statista.com/themen/293/durchschnittseinkommen/ (Abgerufen am 1.03.2011). 

14 Glowny Urzad Statystyczny, Dochody i warunki zycia ludności Polski (raport z badania EU-SILC 2007 i 2008), http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL\_wz\_dochody\_i\_warunki\_zycia-rap\_2007-2008.pdf,

Warszawa 2009, S. 77.

15 Polska 2009. Raport o stanie polskiej gospodarki. Ministerstwo Gospodarki, http://www.mg.gov.pl/NR/rdonlyres/C14A5DE8-7236-4770-A72D-44D7A0454F93/56987/RoG090824.pdf (Abgerufen am 14.12.2010), vgl. Ratgeber für Investoren – Polen Hinweise zur Führung der Geschäftstätigkeit, in: www.paiz.gov.pl/files/?id\_plik=12025 (Abgerufen am 14.02.2010).

BIP 253.8 Mrd. Euro, während das deutsche BIP im Jahr 2010 – in den jeweiligen Preisen – 2.497,60 Mrd. Euro betrug. <sup>16</sup> Ein so großer Unterschied hat einen bedeutenden Einfluss auf den Lebensstandard der Einwohner beider Staaten.

#### Ausgewählte Interessenfelder in den deutsch-polnischen Beziehungen

Die Hauptfelder der Interessen betrafen vor allem die Geschichts- und Europapolitik: die Vertiefung und Erweiterung der EU, die Ostpolitik der EU (Östliche Partnerschaft, Bedeutung Russlands in der Außenpolitik beider Länder), transatlantische Beziehungen und Sicherheitspolitik sowie Energiesicherheit. Die Geschichtspolitik ist ein wichtiges Interessenfeld, in dem es Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen gibt, da sie durch die geschichtlichen Erfahrungen belastet sind. Die Geschichte erfüllt in diesen Beziehungen eine ambivalente Funktion. Einerseits bildet sie eine Barriere bei der Intensivierung der bilateralen und europäischen Beziehungen. Anderseits ist sie einer der Gründe, warum sich zahlreiche Institutionen für die Annäherung einsetzen. Die Europapolitik ist in den deutsch-polnischen Beziehungen umso wichtiger, je weiter die Europäisierung in den bilateralen Beziehungen voran schreitet. In den Jahren 1998 bis 2006 wuchsen die Diskrepanzen in der Europapolitik. In den wichtigsten Fragen der Europapolitik konnten beide Länder zwischen 2004 und 2007 keinen echten Konsens finden. Diese Situation nannte man "Gemeinschaft des Konflikts" (Markus Mildenberger). In den 1990er Jahren wurde die polnische Europapolitik teilweise nach dem Motto "durch Deutschland nach Europa" realisiert. In den Jahren 2005 bis 2007 wurde sie durch das Motto "durch Europa zum eigenen Interesse" ersetzt, um nach 2007 zu der alten Rhetorik der "gemeinsamen Ziele in der Europapolitik" zurückzukehren.

Beide Länder sind an einer Vertiefung des Integrationsprozesses interessiert, nutzten aber verschiedene Instrumente, Mechanismen und Erfahrungen. Die Unterschiede ergeben sich nicht nur aus unterschiedlichen Prioritäten in der Europapolitik, sondern auch aus der unterschiedlichen Wahrnehmung des nationalen Interesses. Polen strebt eine Verstärkung der intergouvermentalen Zusammenarbeit innerhalb der EU an, Deutschland geht es mehr um die Vertiefung der Integration und die Verstärkung der supranationalen Zusammenarbeit innerhalb der EU. <sup>17</sup> Sowohl Polen als auch Deutschland realisierten ihre eigenen Interessen innerhalb der EU, wobei sich deren Umsetzung in der Europapolitik deutlich unterschied. Die Europäisierung ist ein Teil der deutschen Innenpolitik. Für Polen ist die Europäisierung ein externer Prozess, den Polen erst nach dem EU-Beitritt umzusetzen begann.

Noch bis 2005 betrachtete Deutschland die Vertiefung und die Erweiterung der EU als zwei Seiten einer Medaille. Die Erfahrungen mit dem EU-Beitritt von zehn, zumeist mitteleuropäischen Staaten im Jahr 2004 führten zur Intensivierung der deutschen Forderung nach institutionellen Reformen der EU. Während Polen sich für eine Fortsetzung er der EU-Erweiterung aussprach, stellte Deutschland die innere und externe

24

0

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland, Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 12. Januar 2011 in Wiesbaden, Statistisches Bundesamt,

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2011/BIP2010/Pressebroschu ere BIP2010 property=file pdf (Abgerufen am 14.12.2010)

ere BIP2010,property=file.pdf (Abgerufen am 14.12.2010).

The Mehr: J. Wec, Relacje polsko-niemieckie w Unii Europejskiej. Miedzy współpracą a konfliktem interesów, in: Przegląd Zachodni, Nr. 3/2009, Poznań, S. 146-168.

25

Konsolidierung der EU an erster Stelle. Angela Merkel postulierte die innere und externe Konsolidierung der EU. 18 Sie sprach über das Ende der "Integrationsmöglichkeiten" und eine Festlegung der Erweiterungsgrenze<sup>20</sup>. Die ablehnenden Volksentscheide zur EU-Verfassung in den Niederlanden und Frankreich erlaubten Deutschland die Durchführung einer überlegten Erweiterungsstrategie, die zu Frieden und Stabilität auf dem Kontinent führen sollte. Auch bei der Erweiterungsfrage sind Diskrepanzen zwischen Polen und Deutschland zu beobachten. Polen spricht sich für die Fortsetzung der Erweiterung und für die Aufnahme der Türkei in die EU aus. Selbst zwischen CDU und SPD unterscheidet sich die Haltung zur Erweiterung um die Türkei und um die Länder des westlichen Balkans deutlich. Die FDP hält eine Vollmitgliedschaft für denkbar. Die CDU will, dass die Türkei eine "privilegierte Partnerschaft" bekommt und dass Kroatien in die EU aufgenommen wird. Andere Länder sollen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützt werden<sup>22</sup>. Die SPD erkennt dagegen die Bemühungen der Türkei für den EU-Beitritt an und unterstützt die türkischen Aspirationen. Appirationen.

Die Europäische Union hat mit der Festlegung einer gemeinsamen Ostpolitik, besonders bei der Östlichen Partnerschaft, Probleme. Obwohl sich Polen und Deutschland gemeinsam für dieses Ziel einsetzten, gibt es unterschiedliche Prämissen, vor allem wegen der Bedeutung Russlands in der Außenpolitik beider Länder. Im Grunde genommen ist die Realisierung der Östlichen Partnerschaft von den deutsch-russischen Beziehungen abhängig. Deutschland warb stark für die Östliche Partnerschaft, um eine Fortsetzung der Erweiterung zu verhindern. Es ging der deutschen Politik dabei auch um die Entwicklung und Verbesserung der EU-Außenpolitik. Polen betrachtete die Östliche Partnerschaft als weitere Etappe auf dem Weg für die zukünftige EU-Erweiterung in Richtung Osten (Ukraine).

Selbst in den östlichen Partnerländern sind die Interessen unterschiedlich. Die von der EU vorgeschlagene Finanzhilfe lässt die betroffenen Länder zweifeln, ob die EU eine konkrete Strategie für sie hat. Hier treten auch einzelne EU-Länder in Konkurrenz zur EU. Beispielsweise stellte Deutschland in den Jahren 2007 und 2008 Regierungshilfen in Höhe von insgesamt durchschnittlich 216 Mio. USD bereit, während im EU-Haushalt für die Östliche Partnerschaft für alle sechs Länder 2010 nur 82 Mio. Euro vorgesehen waren<sup>24</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup>Verhandlungen des deutschen Bundestages. Stenografischer Bericht, 35. Sitzung am 11. Mai 2006, S. 2892-2893, zitiert nach J. Węc, Relacje polsko-niemieckie w Unii Europejskiej. Miedzy współpracą a konfliktem interesów, in: Przegląd Zachodni, nr 3/2009, Poznań, S. 151.
<sup>19</sup>Koniec "integracyjnych możliwości" UE, PAP vom 23. Juni 2005, zitiert nach J. Węc, Relacje polsko-

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup>Koniec "integracyjnych możliwości" UE, PAP vom 23. Juni 2005, zitiert nach J. Węc, Relacje polskoniemieckie w Unii Europejskiej. Miedzy współpracą a konfliktem interesów, in: Przegląd Zachodni, nr 3/2009, Poznań, S. 150.

Poznań, S. 150.

<sup>20</sup> Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005, in: http://www.cducsu.de/upload/koavertrag0509.pdf (Abgerufen am 15.01.2011).

<sup>21</sup> Ibidem.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Starkes Europa - Sichere Zukunft. Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 2009 vom 16. März Berlin 2009, http://www.cdu.de/doc/pdfc/090316-europa-wahlprogramm-2009.pdf (Abgerufen am 16.01.2011).

<sup>2009.</sup>pdf (Abgerufen am 16.01.2011).

<sup>23</sup> Für Europa. Stark und sozial. Europamanifest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Kurzfassung. http://www.axelschaefermdb.de/files/1/1471-das\_europa\_wahlmanifest\_der\_spd\_2009\_kurzfassung.pdf.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Vgl. G. Szklarczyk, Das Problem der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU, in: Polen und Deutsche gemeinsam im sich vereinigenden Europa: Chancen und Herausforderungen, K. Mazurek, O. Plaze, L. Sniadecka (die Publikation wird im II Quartal 2011 in Księgarnia

Die transatlantischen Beziehungen und die Sicherheitspolitik sind ein weiteres Interessenfeld, auf dem sich Deutschland und Polen nicht immer einigen konnten. Die Aufnahme Polens in die NATO bewirkte, dass dieser Staat mehr als je zuvor über die europäische Sicherheitspolitik mitbestimmen konnte. Zugleich nahmen die Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Polen über die Gestalt der zukünftigen Sicherheitspolitik zu. Unterschiede gab es in der Auffassung der potentiellen Gefahren für die Sicherheit der Staaten, wie auch über die nötigen Instrumente und Strategien für ein funktionierendes Sicherheitssystems im globalen Maßstab.

Polen war an der Schwelle vom 20. zum 21. Jahrhundert in einer schwierigen Situation. Einerseits wollte es treuer Verbündeter der Vereinigten Staaten sein, andererseits musste es sich durch den EU- Beitritt an den Leitlinien der europäischen Sicherheit- und Verteidigungspolitik orientieren. Diese "Bewusstseinsspaltung" belastete die deutschpolnischen Beziehungen. In den USA wuchs besonders nach dem 11. September 2001 die Neigung, unter der Losung "Krieg gegen den Terror" Probleme weltweit militärisch zu lösen, auch ohne Zustimmung der NATO. Diesbezüglich gab es schon des Öfteren Unstimmigkeiten, weil sich Polen häufig für die Initiativen der USA gewinnen ließ, während Deutschland vorschlug, diese auf dem NATO-Forum zu diskutieren und zu realisieren. Chronologisch gesehen entfernte sich Polen immer mehr von der deutscheuropäischen Vision internationaler Sicherheit. Erstens, wegen der Zustimmung zum Irakkrieg, zweitens wegen seines Einverständnisses mit der Aufstellung der umstrittenen US-Raketenabwehr auf polnischem Gebiet und drittens wegen seiner Parteinahme für Georgien im russisch-georgischen Konflikt.

Polen betrachtete das euroatlantische Modell in seiner internationalen Politik als Priorität. Deutschland wollte offensichtlich eine Ergänzung zum transatlantischen Verteidigungspakt herstellen. Polens Beitritt zur NATO vergrößerte die Rolle der USA in der polnischen Außenpolitik. Polnischen Politikern zufolge sollten die USA die deutschen und russischen Einflüsse<sup>26</sup> in Mitteleuropa ausgleichen. Mit seiner Teilnahme an der sogenannten "Koalition der Willigen" setzte sich Polen dem deutschen Vorwurf aus, dass es ohne kritische Bewertung der amerikanischen Motive zum Irakkrieg eine eigene Außenpolitik verfolgte.

Eine weitere Dissonanz in der europäischen Sicherheitspolitik bildet der Verfassungsvertrag für Europa. Polen war davon überzeugt, dass die verstärkte militärische Zusammenarbeit von Ländern, die eine bestimmte Verteidigungsfähigkeit erfüllen, zu einer Schwächung der NATO führen könne. Die NATO sollte Polen militärische Sicherheit garantieren, und die EU sollte seine sozioökonomische

26

Akademicka veröffentlicht), vgl. Justyna Gotkowska, Niemcy wobec Partnerstwa Wschodniego, Komentarze OSW, Nr. 37, vom 17. Juni 2010, Aneks.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Siehe: J. Przewłocki, M. Stolarczyk (Hrsg.), Stosunki międzynarodowe w Europie na przełomie XX i XXI wieku. Katowice 2002, S. 77

wieku, Katowice 2002, S.77.

<sup>26</sup> M. Stolarczyk, Główne problemy w stosunkach polsko-niemieckich na początku XXI wieku, in: Problemy polityki zagranicznej Polski i stosunków międzynarodowych na początku XXI wieku. (Hrsg.). M. Stolarczyk, Katowice 2008, S. 19.

Entwicklung intensivieren. Während Deutschland unter Bundeskanzler Schröder der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine immer größere Rolle zukam, war die polnische Politik mehr an der NATO orientiert. Das Verhältnis stabilisierte sich erst nach dem deutschen Regierungswechsel.

Prinzipielle Diskrepanzen zwischen Polen und Deutschland gibt es wegen der Legitimität der bewaffneten NATO-Interventionen im Rahmen der sogenannten Aktionen out of area. Deutschland verweigert sich militärischen Einsätzen ohne einen Beschluss UNO-Sicherheitsrates, Polen hält die Entscheidung Nordtransatlantischen Rats der NATO für ausreichend. Dazu kamen rechtliche Fragen. Deutschland ist an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe von 1994 gebunden, wonach die Bundeswehreinsätze erst auf Beschluss des Bundestags erfolgen dürfen. In Polen entscheidet der Präsident im Auftrag der Regierung, aber ohne den Beschluss des Parlaments<sup>27</sup>.

Das Raketenabwehrsystem der USA hat zu einem Chaos in der GASP geführt und Lücken in der Koordination der gemeinsamen Sicherheitspolitik aufgedeckt. Außenminister Steinmeier forderte, die Verhandlungen mit allen Partnern der NATO zu führen. Diskrepanzen in der Außen- und Sicherheitspolitik gab es auch um die polnische Reaktion auf den georgisch-russischen Krieg. Trotz Merkels Aufforderungen zur Zurückhaltung, flog der polnische Präsident Lech Kaczyński nach Georgien, um Solidarität mit dem georgischem Präsidenten zu zeigen, ohne darauf zu achten, dass er dadurch den labilen Waffenstillstand hätte gefährden können. Kaczyński prangerte Russland an und drohte mit Kampfhandlungen<sup>28</sup>.

Als Folge des russisch-georgischen Konflikts hat Polen am 20. August 2008 einen Vertrag mit den USA über die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Redzików bei Słupsk unterschrieben. Die geänderte Strategie des neuen US-Präsidenten Obama in den amerikanisch-russischen Beziehungen verzögerte die Umsetzung dieser Pläne. An diesem Beispiel zeigt sich, dass sich eine kritiklose Unterstützung der USA für Polen nicht unbedingt auszahlt. Der Wert Polens für die USA steigt vielmehr mit der Verbesserung der polnischen Beziehungen zu Deutschland.

Wachsender Wettbewerb und steigende Energiepreise sorgen für das Bedürfnis nach verstärkter Energiesicherheit in beiden Ländern. Jedoch haben Polen und Deutschland verschiedene Sichtweisen, wie ihre Interessen vertreten werden sollen. Polen ist der Meinung, dass die Idee einer vollen Liberalisierung der Energiepolitik richtig sei, und die Energiepolitik in der EU "europäisiert" werden sollte. Die Energiepolitik ist von der Politik Russlands abhängig, die die Lieferung der eigenen Rohstoffe nicht selten für die Durchsetzung eigener politischen Interessen in der Außenpolitik einsetzt. Die russische Führung unterstützt die mit der Nabucco-Pipeline konkurrierenden Projekte der Gazprom wie Nord Stream und strebt die Zusammenarbeit mit Nigeria und Aserbaidschan für den Kauf von Gaslieferungen an. Russland protestierte auch gegen

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Lech Kaczyński w Tbilisi: Jesteśmy po to, aby podjąć walkę, "Gazeta Wyborcza" vom 12. Juli 2008.

die EU-Pläne zur Modernisierung der ukrainischen Transitnetze<sup>29</sup>. Im Grunde genommen ist die Energiepolitik Deutschlands ein Resultat der deutschen Energiebedürfnisse und seiner Diversifizierungsstrategien innerhalb der Russland- und EU-Politik.

### Wie kann man die deutsch-polnischen Beziehungen "professionalisieren"?

Die deutsch-polnischen Beziehungen sollte man auf der Ebene der Regierungen wie der beider

Gesellschaften analysieren und verbessern. Die polnische Außenpolitik ist effizienter, wenn die Beziehung zu Russland entemotionalisiert wird. Die polnische Außenpolitik in der EU wäre erfolgreicher, wenn Polen bessere Beziehungen zu Deutschland und weniger Konflikte mit Russland hätte.

Deutschland bleibt für Polen Schlüsselpartner bei der Realisierung vieler Interessen innerhalb der EU. Erfolg hängt vor allem von der Überzeugungskraft der Politiker, ihrer Kompromissbereitschaft sowie ihrer Fähigkeit ab, sich an globale Tendenzen, in denen sich wichtige polnische Prioritäten finden können, anzupassen. Gerade jetzt, vor der polnischen Ratspräsidentschaft, sind Kompetenzen wie Kompromissbereitschaft und Überzeugungskraft gefragt. Dies gilt umso mehr, weil die Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft genau die zentralen Interessen- und Konfliktfelder der vergangenen Jahre beinhalten, nämlich die hier vorgestellten Bereiche Energiepolitik, EU-Haushalt, EU-Ostpolitik, sowie Sicherheits- und Außenpolitik.

Die deutsche Bevölkerung interessiert sich nicht besonders für Polen. Dies hat Einfluss auf das Verhalten der deutschen Politiker. Die deutsche Außenpolitik fände mehr Raum für Polen, wenn sich die deutschen Wähler für Polen und das, was Polen anzubieten hat, interessieren würden.

Die Probleme, die aus der unmittelbaren Nachbarschaft folgten, wirkten sich aber negativ auf die Entstehung einer positiven Wahrnehmung Polens in Deutschland aus. Ein Grund dafür ist, dass Polen und Deutschland noch vor zehn Jahren eine unpräzise Strategie für das gemeinsame Miteinander hatten. Außerdem spielt Polen für Deutschland aufgrund wirtschaftlicher Gegebenheiten eine nicht so wichtige Rolle wie z.B. Russland. Deswegen brauchen die deutsch-polnischen Beziehungen mehr Pflege, denn aus dem Mangel an konkretem nachbarschaftlicher Pflege resultierte die verlangsamte Annäherung in den deutsch-polnischen Beziehungen.

#### Empfehlungen für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen

Die polnische Politik und die Entscheidungen in der Außenpolitik hatten besondere Ursachen und Hintergründe, die in der deutschen Gesellschaft nicht immer bekannt waren. Auch heute wird in den deutschen Medien wenig über Polen und die polnische Politik berichtet. Dies lässt Raum für Stereotype und Vorurteile in der deutschen Gesellschaft gegenüber den Polen und ihrem Land Diese Vorurteile gilt es rasch

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Mehr in: J. Węc, Relacje polsko-niemieckie w Unii Europejskiej. Miedzy współpracą a konfliktem interesów, w: Przegląd Zachodni, Nr. 3/2009, Poznań, S. 146-168.

abzubauen. Vor allem deswegen, weil Polen für die deutsche Außenpolitik relevant ist, aber – wenn es weiter so dargestellt wird – für den deutscher Wähler weiterhin unwichtig bleibt. Polnische Institutionen und Organisationen sollten "Polen" als eine Art Marke möglichst breit in Deutschland etablieren, um das Interesse unterschiedlicher Gruppen zu wecken:

- Vertriebene, die gern an Orte reisen, wo sie aufgewachsen sind (viele interregionale Partnerschaften entstanden wegen des Bezugs der Vertriebenen zu ihren früheren Heimatorten).:
- polnische Migranten, die in Deutschland wirtschaftlichen Erfolg haben, in ihrer Heimat als Vorbild dienen und sinnvolle Unterstützung leisten können;
- deutsche Unternehmer, die sich in den polnischen Regionen ansiedeln und investieren sowie von ihren qualifizierten Mitarbeitern profitieren;
- deutsche Rentner auf der Suche nach bezahlbaren Pflegekräften;
- deutsche Studenten auf der Suche nach alternativen Studienorten (Erasmus);
- deutsche Touristen:
- Wissenschaftler.

Andererseits können die Erfahrungen der deutschen Bevölkerung (von Experten, Politikern, Lehrern und Unternehmern) in Polen in Form verschiedener Aktivitäten lehrreich sein. Die oben vorgestellten Interessenfelder zeigen, dass Unwissen und Missverständnisse oft aufgrund mangelnder gegenseitiger Information über den Nachbarn entstehen. Erklärungen, warum oder wie bestimmte Antworten zur globalen Politik oder zum Umweltschutz in Deutschland gefunden wurden, können Polen helfen. Umgekehrt können polnische Erfahrungen, wie man gut mit Krisen umgehen und sich unter neuen Bedingungen gut zurechtfinden kann, für Deutsche hilfreich sein. Das kann die Distanz verringern und neuen-alten Sinn in die deutsch-polnischen Beziehungen bringen.

Im Rahmen der vorgeschlagenen Pflege sollten unter anderen folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

### **≻** Öffentlichkeitskampagne

- Verbesserung des polnischen Images in Deutschland (Polen wird zu oft in schlechtem Licht dargestellt: Stereotypen, wodurch besonders die jüngere Generationen leidet).
- Unterstützung seitens der polnischen Regierung und polnischer Institutionen bei Programmen, die in Zusammenarbeit mit deutschen Organisationen das Polenbild in der deutschen Bevölkerung verbessern können.
- ➤ Zusammenarbeit im Rahmen von regionalen und internationalen Strukturen fortsetzen und intensivieren:
- 1. Aufbau gemeinsamer und effizienter internationaler Projekte mit den Deutschen und Erneuerung der schon existierenden Strukturen. Das ist angesichts des vernachlässigten Weimarer Dreiecks sowie des gesunkenen deutschen Interesses an gemeinsamen Aktivitäten im Rahmen der Östlichen Partnerschaft besonders wichtig.

- 2. Begleitende Aktionen in Deutschland während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft.<sup>30</sup>
- 3. Nutzung der Regionalisierung und Subsidiarität für die Unterstützung der interregionalen Zusammenarbeit, Partnerschaften zwischen polnischen Woiwodschaften und deutschen Bundesländern, Bezirken, und Gemeinden.

### ➤ Politische Bildung neu arrangieren

- 1. Mehr europäische Bildung in der polnischen außerschulischen Bildung;
- 2. Aktivitäten in Richtung auf die Entwicklung der politischen Kultur sowie der politischen Bildung in Polen;
- 3. Weitere Bündelung der Kräfte nicht nur auf staatlicher, sondern auch auf europäischer sowie der nicht-regierungsorganisatorischer Ebene;
- 4. Annäherung der Bürger (z.B. durch Erneuerung und Fortsetzung der zahlreichen interregionalen Partnerschaften);
- 5. Aufbau einer institutionellen Infrastruktur bilateraler Zusammenarbeit.

### ➤ Wissenschaftliche Zusammenarbeit unterstützen

- Zusammenarbeit der Wissenschaftler mit regionalen Experten, regionalen Netzwerken, Transfer der Wissenschaft nicht nur in die Wirtschaft, sondern auch in kommunale Verwaltungen;
- Zusammenarbeit bei Umweltschutz, Klimaprojekten, Aufbau der Zivilgesellschaft;
- Entwicklung deutsch-polnischer Forschung, Schaffung gemeinsamer Forschungsgruppen.

Bürger in beiden Ländern suchen den gemeinsamen Kontakt und sie entdecken große Lücken im Wissen übereinander. Durch Öffentlichkeitskampagnen, Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen regionaler und internationaler Strukturen, politische Bildung und die Unterstützung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder können wichtige Aufgaben erfüllt werden. Die Deutschen können den Polen helfen, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie man Polen von seiner Fixierung auf die Vergangenheit befreien kann. Die Polen können den Deutschen bewusst machen, dass wir Teil des gemeinsamen Europas sind, und dass es höchste Zeit wird, einen so interessanten Nachbarn wie Polen kennen zu lernen. Ohne Stereotype, ohne Vorurteile und zumindest mit einer kleinen Dosis Demut.

<sup>30</sup> 

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Die Sanierung des Gebäudes der polnischen Botschaft in Berlin sollte schnell vollzogen werden, damit das Image Polens verbessert wird.

# Das Agenturdilemma am Beispiel der Arbeitnehmerrentenprogramme in Polen

### Einführung

Ziel des Artikels ist es zu prüfen, ob das in den modernen Managementtheorien (u.a. in den Arbeiten des Nobelpreisträgers O. Williamson in den USA) beschriebene Agenturdilemma, das in der Interessendivergenz zwischen dem Eigentümer eines Unternehmens (Prinzipal) und seinem beauftragten Manager (Agenten) seinen Ausdruck findet, sowie die damit verbundene Frage der Zusatzkosten (Agenturkosten) auch bei der Bewirtschaftung von Rentenfonds auftreten kann. Als Beispiel dienen die Arbeitnehmerrentenprogramme in Polen. Ähnliche Phänomene können allerdings auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, auftreten. Obschon sich der Artikel mir der betrieblichen, noch in der Aufbauphase befindlichen Rentenversicherung in Polen beschäftigt, kann die Untersuchung des Agenturdilemmas bei der Bewirtschaftung von Rentenfonds (sowohl freiwillige als auch pflichtige Fonds) durchaus eine breitere wissenschaftliche Bedeutung erlangen.

Besonders die negativen Folgen der globalen Finanzkrise aus dem Jahre 2008 sowie die erheblichen Verluste, die die privaten Rentenfonds in diesem Zeitraum in verschiedenen Ländern (auch in Europa) zu tragen hatten, sorgen dafür, dass die Bestimmung der mit dem Agenturdilemma verbundenen Gefahren in der Sozialpolitik, in der einzelne die Sozialversicherung betreffende Funktionen immer häufiger privaten Subjekten übertragen werden, eine größere wissenschaftliche und praktische Bedeutung erlangen kann.

### Das Agenturdilemma in der Unternehmensführung

Das Agenturproblem tauchte zunächst im Kontext mit Entwicklungen auf, die die Theorie der Unternehmensführung und des strategischen Managements betrafen. Es wurde in den Arbeiten der Vertreter der institutionellen Ausrichtung des modernen ökonomischen Denkens, die häufig als Neue Institutionelle Ökonomie (New Institutional Economics, NIE) bezeichnet wird, erörtert; zu ihnen gehören Michael C. Jensen, Eugene F. Fama, Ronald Coase sowie Olivier Williamson. Für die Neue Institutionelle Ökonomie sind Transaktionen der wichtigste Gegenstand der Analyse und gleichzeitig auch der elementate Schlüselbegriff.

Nach O. Williamson gibt es drei grundsätzliche Transkationen (vgl. Williamson 1998, Ratajczak (Hg.) 2005, S.151).

- Durch den Markt organisierte Transaktionen (kurz: Markt);
- Transaktionen, bei denen die Partnerbeziehung eine hierarchische Form hat (kurz: Hierarchie);
- Gemischte Formen (Hybryde).

Über die Auswahl der konkreten Transaktionsform entscheidet vor allem die Höhe der Transaktionskosten, die wiederum abhängig ist von konkreten Transaktionsmerkmalen,

wie zum Beispiel der Charakter der in die Transaktion eingebrachten Ressourcen (Grad ihrer Spezialisierung), die Frequenz des Vollzugs der Transaktion, der mit ihr verbundene Risikograd (quantitativ messbar) sowie die Unsicherheit (die sich nicht gänzlich quantifizieren lässt). Die die Transaktion vollziehenden Subjekte gehen Beziehungen ein, die soziale und ökonomische Konsequenzen haben. Von besonderer Bedeutung ist die Art der Beziehung zur Agentur, die sehr häufig bei der Unternehmensführung, aber auch beim Management von Organisationen anderen Typs zur Geltung kommt. Gegenwärtig, unter den Bedingungen der Trennung des Eigentums vom Management (das Managern, die von den Eigentümern bauftragt werden, anvertraut wird), ist sie von besonderer Bedeutung. Eine Agenturbeziehung beginnt, wenn ein Subjekt von den Aktivitäten eines anderen Subjekts, dem es eine bestimmte Aufgabe übertragen hat, abhängig ist. Der Auftrag kann dabei die Form eines evidenten oder eines mutmaßlichen Vertrags haben.

Das Subjekt, das einem anderen Subjekt einen Auftrag erteilt, nennt man Prinzipal (the principal), das Subjekt, das den Auftrag ausführt, heißt Agent (the agent). Das Ausmaß der Unternehmensaktivitäten, die mit dem Managenment verbundene Komplexität, der technische und der technologische Fortschritt, die extreme Zunahme der Zahl an Informationen, die vom Management verarbeitet werden, dies alles führt dazu, dass der Agent, der über Spezialwissen und die während der laufenden Betriebsführung (Organsiation) gesammelte Erfahrung verfügt, sich unter bestimmten Bedingungen der Kontrolle des Prinzipials entledigen kann und nicht mit dem Ziel der Maximierung der Gewinne des Eigentümers tätig wird (was das Hauptziel der ihm anvertrauten Unternehmensleitung sein sollte), sondern in eigenem Interesse handelt.

Die Agenturtheorie verweist darauf, dass es zwei funadamentale Ursachen für das Entstehen des Agenturdilemmas gibt. Die erste ist die Informationsasymmetrie (der Agent weiß mehr über die Aufgaben, zum Beispiel über das Finanzwesen des Unternehmens, als sein vorgesetzter Prinzipal). Die zweite Ursache ist das häufig vorkommende Phänomen, dass die Ziele des Prinzipals und des Agenten nicht identisch sind (jeder von ihnen maximiert den eigenen Nutzen). Die unehrliche Ausnutzung des Phänomens der Informationsasymmetrie kann auch zu negativen Folgen für den Prinzipal führen und bedingt eine übermäßige Steigerung der Transaktionskosten. Eine Methode zur Beschränkung dieses ungünstigen Phänomens (um nicht zu sagen: des Procederes) besteht darin, dass der Prinzipal einen unabhängigen Auditor mit der Kontrolle der Aktivitäten des Agenten beauftragt. Eine andere Methode ist die stärkere Beteiligung von Fremdkapital im Unternehmen. Dann werden die Aktivitäten des Agenten sorgfältig von einer Bank oder von einer anderen Institution, die das Kapital verliehen hat, überprüft. In Kapitalgesellschaften sollten die Interessen des Prinzipals möglichst effektiv durch den Aufsichtsrat gewahrt werden, der dieser Aufgabe aber nicht immer gerecht wird.

Unter den verschiedenen Varianten der institutionellen Ökonomie genießt die Konzeption der begrenzten Rationalität und des Opportunismus, die von *O. Williamson* formuliert wurde (Williamson 1975: 1, bei Ratajczak 2005: 66), besondere Popularität. Sie stellt eine der Varianten der für die Vertreter des Institutionalismus und Neoinstitutionalismus typischen Kritik an den *mainstream econocmics* dar, besonders an

eigenen Nutzen orientierten homo oeconomicus, die noch auf die klassische Ökonomie von Adam Smith zurückgeht und zmindest stillschweigend von den Adepten des liberalen und neoliberalen Denkens in der Wirtschaftstheorie übernommen wurde. Die beschränkte Rationalität der real agierenden und entscheidenden Wirtschaftssubjekte (am häufigsten werden Entscheidungen von beauftragten Managern, in der Terminolgie der NEI von Agenten getroffen) ist eine Folge der Unsicherheit und des Risikos, das die Wirtschaftsprozesse begleitet. Die Agenten bzw. Manager arbeiten in einer sich schnell verändernden Umgebung, die sehr komplex und nach innen überaus kompliziert ist. Sie haben naturgemäß nur ein geringes Wissen über die Faktoren, die das Funktionieren des Unternehmens direkt oder indirekt beeinflussen (zumal sich dieser Prozess unter den Bedingungen der Globalisierung der Wirtschaft und des Finanzmarktes verstärkt). Daher maximieren die Wirtschaftssubjekte (genauer gesagt, die sie leitenden Agenten) nicht den Profit, sondern begnügen sich mit einem Niveau, das für sie und ihren Prinzipal akzeptabel scheint. Sie agieren routiniert, aber nicht optimierend (Rainelli 1989, Ratajczak 2005: 66). Ihr Opportunismus besteht darin, dass die Agenten, die die Wirtschaftssubjekte oder die ihnen anvertrauten Aktiva bewirtschaften, in Situationen, in denen es sich für sie lohnt, sogar bereit sind, zu täuschen und zu betrügen.

der Konzeption des immer absolut rational handelnden und ausschließlich an seinem

Auf Grundlage der Agenturtheorie wurden einige Hypothesen formuliert, die die Theorie und Praxis des Managements in einem modernen Unternehmen, insbesondere im Hinblick auf große Korporationen, betreffen. Eine dieser Hypothesen geht davon aus, dass sich die Aktivitäten des Managers tatsächlich in wesentlichem Maße von denjenigen unterscheiden, die man in Gang setzten müsste, um den Gewinn der Eigentümer zu maximieren. (Bearle, Means 1932, Patt, Zackhauser 1985). Der Unterschied zwischen den Resultaten, die ein Eigentümer erzielen könnte, der seine Firma direkt führt (oder der zumindest eine direkte und effektive Kontrolle über das laufende Management ausübt) und den Ergebnissen, die ein beauftragter Manager (Agent) erzielt, gibt Auskunft über die Agenturkosten (Jensen, Meckling 1976). Diese Hypothese wurde schon oft durch empirische Forschungen verifiziert, die in großen Korporationen von Staaten mit stark entwickeltem Kapitalismus (u.a. den USA und in Großbritannien) durchgeführt wurden. Die Forschungsergebnisse sind allerdings uneindeutig. Als Mechanismus, der die negativen Folgen des Agenturdilemmas verringern soll, wird vorgeschlagen, für Manager Entlohnungsmechanismen einzuführen, die vom realen Wachstum des Firmenwerts und der Maximierung des Gewinns der Eigentümer abhängig sind, z. B. durch die Möglichkeit, die Aktien der eigenen Firma bis zu einem festgesetzten Termin zu einem Präferenzpreis zu erwerben. Dies soll das Management anspornen, das Unternehmen so zu führen, dass sein Marktwert auf lange Sicht steigt, was ebenfalls einen Anstieg des Aktienwerts nach sich zöge. (Jensen, Meckling 1976, Eisenhardt 1989). Ein Mechansimus, der vor dem von O. Williamson beschriebenen Opportunismus der Firmenmanager schützen soll, ist ein effektiv agierender Aufsichtsrat, dessen Mintglieder nicht mit dem Finanzmanagement verbunden sind (Donaldson, Davis 2001).

### Das Agenturdilemma beim Managemant von Arbeitnehmerrentenprogrammen in Polen

Das Agenturdilemma kann auch im Finanzsektor auftreten. Ein drastisches Beispiel für das Verhalten von Finanzmanagern (Agenten) war das unlängst zu beobachtende Vorgehen der Vorstände zahlreicher Banken in den USA und in Großbritannien, die die von ihnen geführten Institutionen in Verlustzonen von Milliarden von Dollar und Euro führten, sich nicht adäquat um die Interessen der Anleger (der Prinzipale, um bei der Terminologie der Agenturtheorie zu bleiben) und Klienten kümmerten, es aber trotzdem nicht versäumten, sich im Jahre 2008 und Anfang 2009 hohe Prämien oder Abfindungen auszuzahlen (z. B. der Skandal um die Manager der Finanzgruppe AIG in den USA, die sich Boni und Prämien im Werte von 165 Mio. USD aus der 30 Mrd. USD betragenden öffentlichen Unterstützung auszahlten, die für die Rettung dieses von der Insolvenz bedrohten Finanzkonglomerats bestimmt waren).

Das Auftreten des Agenturproblems und seiner Konsequenzen im Umgang mit den Aktiva von Rentenfonds, das Dilemma, ob das Investmentmanagement eigenen Mitarbeitenden oder spezialisierten externen Akteuren übertragen werden soll, ist eine Frage, die in der ausländischen Fachliteratur seit langem diskutiert wird (vgl. Ambachtsheer, Don Ezra 2001, S. 149-51).

In Polen hat dieses Phänomen bislang kein größeres Interesse geweckt. Erst die rapide Verschlechterung der Konjunktur auf den Finanzmärkten aufgrund der globalen Krise, die auf dem Hypothekenbankenmarkt der USA in den Jahren 2008 und 2009 begann, wirft ein neues Licht auf den möglichen Interessenkonflikt privater Finanzinstitutionen, die die Aktiva der Rentenfonds bewirtschaften.

Dies betrifft sowohl den pflichtigen Teil des neuen, 1999 eingeführten und auf drei Säulen basierenden Rentensystems in Polen (II. Pfeiler – privat verwaltete offene Rentenfonds, abgekürzt ORF) als auch ihren freiwilligen Teil (III Pfeiler-Arbeitnehmerrentenprogramme, abgekürzt ARP, sowie die individuellen Rentenkonten, also die IRK).

Es sei daran erinnert, dass der Wert der Aktiva in den privat verwalteten ORF im Jahre 2008 um 25 Mrd. Zł. gefallen ist und die durchschnittlichen Verluste der ORF mehr als 20 Prozent betrugen. Im gleichen Zeitraum haben die allgemeinen Rentenanstalten, also die privaten Firmen, die die OFE verwalten, einen Gewinn von mehr als 400 Mio. Zł. allgemeinen Rentenanstalten hat trotz dieser fatalen gemacht. Keine der Managementergebnisse den Distributionsbeitrag gesenkt, was die negativen Konsequenzen des zusammenbrechenden Marktes für die potentiellen Rentner in Zukunft zumindest teilweise hätte nivellieren können. Auf die von der Regierung vorgeschlagene Senkung der Beiträge reagieren die Vertreter der allgemeinen Rentenanstalten empört und drohen mit einer Klage vor dem Obersten Verfassungsgericht. Liegt hier demnach nicht ein evidenter Interessenkonflikt vor: zwischen den Finanzdienstleistern, also den Agenten, und den Eigentümern des ihnen zur Bewirtschaftung anvertrauten Rentenkapitals, das aus den pflichtigen Beiträgen der Prinzipale besteht und deren Interessen vom Staat geschützt werden sollten? Es sei hinzugefügt, dass die an den OFE Beteiligten praktisch keinen Einfluss auf die von den allgemeinen Rentenanstalten realisierten Investmentstrategien haben. Hier haben wir es also ebenfalls mit dem Phänomen der Informationsasymmetrie zwischen den an den

Die einmal im Jahr übermittelten Informationen aus den ORF über die Zahl und den Wert der in das Rentenkonto eingebrachten Anteile sind sehr schematisch und sagen nicht viel über die faktischen Managementergebnisse aus. Sie werden zum Beispiel mit keinem externen Beziehungspunkt, also einer benchmark in Beziehung gesetzt, da es hierzu keine gesetzliche Verpflichtung gibt.

Wie aber sieht die Situation bei den Rentenfonds aus, in denen die in die ARP eingezahlten Mittel bewirtschaftet werden? Man könnte annehmen, dass zumindest in diesem Bereich die für dieses Programm verantwortlichen Arbeitgeber sowie die Beteiligten in der Lage sind, mit Hilfe entsprechender Gesetzesregelungen in den mit den beauftragten Finanzdienstleistern abgeschlossenen betrieblichen Rentenvereinbarungen einen realen Einfluss auf die Verwaltung der Aktiva, die aus den Rentenbeiträgen stammen, auszuüben. Aber ist das wirklich der Fall?

Die Arbeitnehmerrentenprogramme mit qualifiziertem Charakter, die gemäß des Gesetzes über ARP geschaffen wurden, können in einer von vier gesetzlich zugelassenen Formen funktionieren: als Gruppenlebensversicherung mit einem Versicherungskapitalfonds, als Vereinbarung, bei der die Beiträge der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber an einen Investmentfonds abgeführt werden, in Form eines Arbeitnehmerfonds oder eines im Ausland verwalteten Programms (bisher gibt es in Polen das letztgenannte Programm noch nicht).

Ende 2007 waren im Register der ARP 1.019 Programme verzeichnet, die von 1.061 Arbeitgebern geführt wurden: 766 in Form von Gruppenlebensversicherungen mit einem Versicherungskapitalfonds, 226 in Form einer Vereinbarung, bei der die Beiträge der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber an einen Investmentfonds abgeführt werden, und 27 in Form eines Arbeitnehmerfonds. Sowohl die Investmentfonds als auch die Versicherungskapitalfonds, in die die Mittel aus den ARP investiert werden - haben analog zu den ORF - im Jahre 2008 den Wert der Aktiva pro Anteilsbeteiligung um zehn bis fünfzehn Prozent abgesenkt.

Ermöglicht demgemäß die dritte, nur wenig populäre, für die Arbeitgeber kostenträchtigste und für die Arbeitnehmer günstigste Form der ARP, gemeint ist der Arbeitnehmerrentenfonds (ARF), der intern von der Arbeitnehmerrentenanstalt verwaltet wird, einen besseren Umgang mit dem Investmentrisiko? Es stellt sich heraus, dass keiner der ARF in Wirklichkeit intern verwaltet wird. Alle in Polen agierenden Arbeitnehmerrentenanstalten, die ARF bewirtschaften (und davon gibt es nur fünf), haben das Investmentgeschäft mit den in den Fonds aufgebrachten Mitteln externen Finanzinstitutionen übertragen - asset management Gesellschaften -, die zu ausländischen Finanzinstitutionen gehören. Die Vorstände Arbeitnehmerrentenanstalten haben also nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich durch die Einstellung eigener, lizenzierter Investmentberater einen realen Einfluss auf die Bewirtschaftung der in die ARF eingebrachten Mittel zu sichern. Die Aufsichtsräte der ARF haben einen sehr beschränkten Einfluss auf die Art der Bewirtschaftung der von ihnen beaufsichtigten Fonds und auf die von externen

Tabelle 1. Risikoarten in den ARP in Polen – aus Sicht des Arbeitnehmers

Risikoart	Charakteristik
1.	2.
Marktrisiko (market risk)	Der auf der Einzelrechnung des an einem Rentenprogramm Beteiligten notierte Investitionswert kann Fluktuationen unterliegen und aufgrund negativer
	Entwicklungen auf dem Finanzmarkt erheblich fallen (z.B. eines Baisse auf der Wertpapierbörse)
Ökonomisches Risiko (economic risk)	Die realen Erstattungsquoten aus Investitionen (Erstattungsquoten über der Inflationsrate) können sich aufgrund schwieriger Wirtschaftsbedingungen oder einer schlechten Wirtschaftspolitik – z.B. aufgrund von Inflation und eines schwachen Wirtschaftswachstums – als unbefriedigend erweisen.
Risiko verspäteter Auszahlung (default risk)	Investitionen, die im Namen der an einem betrieblichen Rentenprogramm Beteiligten getätigt werden, können aufgrund von Finanzproblemen der Finanzinstitutionen, die das Programm bedienen (z. B. Versicherungsgesellschaften), verspätete Effekte im Hinblick auf die festgelegten Termine der Erstattungen erzeugen.
Managementrisiko (management risk)	Manager können sich als inkompetent erweisen, bei der Bewirtschaftung der Fonds sogar manchmal kriminell agieren. Interessenunterschiede zwischen angestellten Managern, die unabhängig vom Managementergebnis die Maximierung ihres Gewinns anstreben, und den am Programm Beteiligten (Agenturproblem).
Risiko, das mit der Auszahlungsart	Eine Einmalzahlung (engl. lump sum) des im
verbunden ist	betrieblichen Rentenfonds gebildeten Kapitals anstatt einer lebenslagen Rente ( <i>Annuität</i> ) bedingt, dass die
	Mittel aus dem ARP nicht in Übereinstimmung mit ihrer

Quelle: eigene Bearbeitung auf Grundlage von (Daykin 2002)

Schauen wir uns nun einmal an, welche Ergebnisse die ARF im Jahre 2008 erzielten, genauer gesagt – wie die Effekte der Bewirtschaftung dieser Fonds durch beauftragte externe Finanzinstututionen ausfielen (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2. Erstattungsquoten der Arbeitnehmerrentenfonds (ARF)

Stand am 30.06.2009

ARF	Erstattungsquote zweijährig	dreijährig	Institutiojen, die die Aktiva der ARF bewirtschaften	
PFE Nestle Polska	-11,082%	5,747%	Credit Suisse Asset Managemenet	
PFE "Nowy Świat"	-13,538%	5,932%	Pionier Pekao Asset Management	
PFE "Słoneczna Jesień"	-11,111%	4,931%	PZU Asset Managemenet	
PFE Telekomunikacji Polskiej	-13,608%	6,127%	Pionier Pekao Asset Management	
PFE Unilever Polska	-6,570%	11,442%	Credit Suisse Asset Managemenet	
Min	-13,608%	4,931%	PZU Asset Managemenet	
Max	-6,570%	11,442%	Credit Suisse Asset Managemenet	
Mittelwert	-11,182%	6,836%		

Quelle: eigene Bearbeitung auf Grundlage der Daten der Finanzkontrollbehörde

www.konf.gov.pl [Zugang: 20.09.2009].

Es stellt sich die Frage, ob man unter den Bedingungen der globalen Finanzkrise im Jahre 2008 und in der ersten Jahreshälfte 2009 bei der Bewirtschaftung der Aktiva der ARP bessere Ergebnisse hätte erziehlen können. Der beste Bezugspunkt hätten die Ergebnisse eines ARF sein können, der nicht von externen Finanzinstitutionen bewirtschaftet worden wäre, sondern durch eigene, besser kontrollierte Manager.Leider gibt es so ein Programm nicht. Einen nur schwachen Trost stellt die Tatsache dar, dass die ARF genau so viel oder etwas weniger einbüßten als die ORF. Zumal es auf dem polnischen Finanzmarkt Investmentfonds gab, die in sichere Aktiva investierten (z.B. Geldmarktfonds, Obligationsfonds) und keine Verluste erlitten oder sogar kleine Gewinne erwirtschafteten. Die ARP haben erheblich größere Aktiva als die ORF (3,8 Mrd Zł im Vergleich zu ca. 138 Mio Zł – Stand Ende 2008), also wäre es ihnen leichter gefallen, ihr Investmentportfolio zu modifizieren und eine auf den Schutz des Kapitals ausgerichtete Strategie zu fahren. Bereits im ersten Quartal 2008 war bekannt, dass sich die Finanzkrise ausweitet, spätestens Mitte 2008 hätte man folglich das Engagement an der Warscahuer Wertpapierbörse, an der die negativen Konsequenzen der globalen Finanzkrise am schnellsten erkennbar waren, einschränken müssen.

Interessanterweise waren im Jahre 2008 die Angestellten der Sozialversicherungsanstalt (ZUS) bei der Bewirtschaftung der Rentenaktiva effektiver als die Manager der ORF oder der die ARP bewirtschaftenden Finanzinstitutionen. Aufgrund eines frühen Rückzugs vom Aktieneinkauf waren die Verluste des von ZUS bewirtschafteten Demographischen Reservefonds erheblich geringer als die der ORF. Nach den ersten zehn Monaten des Jahres 2008 betrugen sie nicht ganz minus drei Prozent, während die

ORF zu diesem Zeitpunkt durchschnittlich ca. zehn Prozent verloren und bis Jahresende weitere fünf Prozent einbüßten. Der Demographische Reservefonds erzielte ebenfalls eine höhere, auf drei Jahre ausgelegte Erstattungsquote als alle 15 ORF; sie lag bei 18,3 Prozent, während die analoge durchschnittliche Erstattungsquote der ORF, die Ende des 3. Quartals 2008 errechnet wurde, nicht ganz 12,6 Prozent betrug, bei den übrigen ARF 14,2 Prozent.

Natürlich kann man sagen, dass der direkte Vergleich der im öffentlichen Segment des Rentensystems agierenden Offenen Rentenfonds, des Demographischen Reservefonds (DRF) sowie der freiwilligen ARP nicht legitim ist, weil es großen ORF schwerer fällt, das Investmentportfolio zu ändern als den Angestellten des ZUS, das proportional geringere Aktiva des DRF bewirtschaftet. Dieses Argument hat die stellvertretende Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, *Agnieszka Chloń-Domińczak*, benutzt. Aber wenn dem so ist, dann müssten die ARP, die noch geringere Mittel bewirtschaften als der DRF, noch flexibler sein. Dagegen haben sie – wie erwähnt – im Jahre 2008 Verluste in einer mit den OFR vergleichbaren Höhe eingefahren.

#### Schlussfolgerungen

Die mangelnde Flexibilität der sämtliche Formen der ARP bewirtschaftenden

Finanzinstitutionen bei der Reaktion auf die Marktsignale, kann man mit dem Auftreten des Agenturdilemmas erklären. Die gegenwärtige Struktur des Systems der ARP ermöglicht durch die indirekte Kontrolle der Investitionsart der im Rahmen der ARF bewirtschafteten Mittel eine Beschränkung des Agenturproblems. Diese Form der ARP ist allerdings am wenigsten populär und die bestehenden Möglichkeiten einer Beschränkung des Agenturphänomens werden durch die ARF nicht genutzt. Es fehlen auch andere Mechanismen zur Beschränkung des Risikos bei der Teilnahme an nach dem Prinzip des definierten Beitrags organisierten ARP (z. B. die fünf Jahre vor dem Renteneintrittsalter erfolgende Übertragung der im Programm angelegten Mittel in einen Fonds, der in sichere Aktiva investiert, der Wechsel der im Programm angelegten Summe von einer Einmalzahlung, die mit Zielen verbunden sein kann, die nichts mit einer Rententzusatzverwsicherung zu tun haben, zu lebenslang ausgezahlten Leistungen in Form von Annuitäten. Die Erfahrungen mit der globalen Finanzkrise zeigen, dass die Finanzmanager (auch diejeneigen, die Rentenfonds bewirtschaften) effektiver als bisher kontrolliert und für die Ergebnisse ihrer Arbeit verantwortlich gemacht werden sollten. Die Nichtbeachtung oder Bagatellisierung des Agenturproblems kann zu einer Barriere bei der Entwicklung von Zusatzrentensystemen in Polen werden, besonders bei den ARP. Umso mehr als das Wissen um die Bedrohungen, die mit Investitionen auf dem Kapitalmarkt verbunden sind, und die Aversion gegen das Risiko unter den Teilnehmern am kapitalgestützten Rentensparen (ORF, ARP, IRK) zunimmt. Jede dieser Formen über besondere Bedingtheiten, allerdings auch über zahlreiche verfügt Gemeinsamkeiten: man unterliegt den mit Investitionen auf dem Kapitalmarkt verbundenen Risikoarten sowie einer Informationsasymmetrie; man ist von den Arbeitsergebnissen der häufig im Schatten agierenden Manager (Agenten) abhängig, die faktisch entscheiden, welche Resultate die Renteninvestitionen bringen. Die bisherigen Modelle der Bewirtschaftung von Rentenfonds, sowohl im pflichtigen als auch im

freiwilligen Teil des reformierten Rentensystems, haben sich als unzureichend erwiesen und bedürfen einer Modifizierung. Eines der wichtigsten Ziele bei der Modifizierung der gesetzlichen und institutionellen Regelungen in diesem Bereich sollte die Einschränkung des Agenturdilemmas sein.

#### Literaturnachweis:

Ambachtsheer K.P., Don Ezra D. (2001): Fundusze emerytalne. Jak efektywnie pomnażać majątek ich członków, Kraków.

Bezpieczeństwo dzięki różnorodności. Projekt reformy systemu emerytalno-rentowego (1997): Biuro Pełnomocnika Rządu do spraw Reformy Zabezpieczenia Społecznego, luty. Wersje poprawione projektu: maj i czerwiec 1997, Warszawa.

Complementary and Private Pensions through the Word 2008, OECD, ISSA, IOPS, OECD Publishing.

Daykin Ch.D. (2002): Risk management and regulation of defined contribution schemes, Seminar for Social Security Actuaries and Statisticans: Actuarial Aspects of Pension Reform, International social Security Associacion (ISSA), Moscow, 3-5 July.

Chybalski F. (2009): Fundusze emerytalne w krajach Europy Środkowo-Wschodniej. Wybrane aspekty prawne, organizacyjne i ekonomiczne, in: Polityka Społeczna, 2, S. 21-26. Fultz E. (2004), Pension Privatisation in Hungary and Poland: A Compartative Overwiew, in: Reforming Pensions in Europe. Evolution of Pension Financing and Sources of Retirement Income, (Hg.) G.Hughes, J. Steward (2004), UK, Northhampton, MA, USA, S. 57-72.

Góra M.(2003): System emerytalny, Warszawa.

Hughes G., Turner J. (2008): Risk Shifting and the Decline In Defined Benefit plans: Canada, Ireland, the United Kingdom and the United States, ENRSP Seminar, Virje Universiteit, Amsterdam, 12 December, vervielfältigter Text.

Pracownicze fundusze traciły jak OFE, "Rzeczpospolita", 13.03.2009.

Szczepański M., Brzęczek T. (2008): Determinanty rozwoju pracowniczych programów emerytalnych w Polsce w świetle badań opinii pracodawców, in: Polityka Społeczna, 8, S. 25-30.

Szczepański M. (2008): Risk Management and Regulation of Occupational Pension Schemes in Poland, ENRSP Seminar, Virje Universiteit, Amsterdam, 12 December, vervielfältigter Text.

Szumlicz T. (2004), Organizacja i funkcjonowanie funduszy emerytalnych, in: system ubezpieczeń społecznych – zagadnienia podstawowe, (Hg.) G.Szpor (2004), Warszawa.

Szumlicz T. (2005), Ubezpieczenia społeczne. Teoria dla praktyki, Bydgoszcz-Warszawa.

Żukowski M. (2006): Reformy emerytalne w Europie, Wydawnictwo Akademii Ekonomicznej w Poznaniu.

#### Katarzyna Witczyńska

#### Delokalisierung der Produktion und europäische Integration

#### **Einleitung**

Die weltweit wirkenden wirtschaftlichen Veränderungen haben zu einer Erscheinung geführt, die man als Globalisierung bezeichnet und die sich durch die Expansion des Handels, die Mobilität der Produktionsmittel sowie das Entstehen transnationaler Technologien Korporationen auszeichnet. Neue ermöglichen pfeilschnelle Kontaktaufnahme und Informationsvermittlung. So schrumpfen die räumlichen wirtschaftlichen Aktivitäten Entfernungen enorm zusammen. Die Auslandsmärkten haben aufgrund der technologischen Entwicklungen eine erhebliche Steigerung der Kapitalbewegungen erfahren. Als Produktions- und Verkaufsstandorte für alle möglichen Waren kann man aufgrund der fortschreitenden Integration der Märkte, der Internationalisierung des Handels und der ansteigenden Zahl von Direktinvestitionen ausländischen Kapitals in anderen Ländern jeden beliebigen Ort wählen. Die dynamischen Veränderungen in der europäischen Wirtschaft haben eine Desintegration des Produktionsprozesses bewirkt und die Unternehmen veranlasst, Anpassungen wie die Dislozierung einzelner Produktionsetappen oder die Auslagerung der gesamten Produktion in Billigkostenbereiche - zum Beispiel in Ostmitteleuropa - vorzunehmen. Sicherlich verbleibt ein Teil der Aktivitäten im Ursprungsland, aber ein anderer Teil wird ins Ausland verlagert, um die komparativen Kostenvorteile bestimmter Länder zu nutzen. Dieser Prozess wird als vertikale Spezialisierung bezeichnet, bei dem sich einzelne Länder auf entsprechende Etappen in der Wertschöpfungskette spezialisieren<sup>1</sup>. Besonders die Veränderungen, die sich Anfang der 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts aufgrund des Systemwechsels, der Transformation und der Liberalisierung des Handels einstellten, bilden die Grundlage für eine der Hauptquellen unternehmerischer Expansion, für das Phänomen der Delokalisierung, das in diesem Artikel behandelt wird. Die vorliegende Darstellung stellt den Versuch dar, diese Erfahrungen zu bewerten und auf ihre Bedeutung im bisherigen Verlauf der wirtschaftlichen Integration Europas hinzuweisen.

#### 1. Die Bedeutung der Delokalisierung

Das Problem der Produktionsverlagerung ist eine relativ neue Erscheinung. Der Begriff Delokalisierung<sup>2</sup> wurde zum ersten Mal in den 1960er Jahren des 20. Jahrhunderts verwendet und ist in der Hauptsache ein Ergebnsis der sich vertiefenden Integration der Märkte und des freien Handels. Bereits in der Zeitspanne von 1950 bis 1970 wurde festgestellt, dass entsprechend der Strategie der regionalen Entwicklung viele Staaten dazu übergingen, Auslagerungen vom Zentrum an die Peripherie des Landes vorzunehmen. Man benannte zwei Hauptursachen für die Delokalisierung: die soziale (Beschäftigung und Entwicklung) und die zweite, die als praktische bezeichnet wurde (Dekonzentration)<sup>3</sup>. Gegenwärtig gibt es auch eine Auslagerung auf der Achse Zentrum-Peripherie, wobei

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> A. Odrobina, Delokalizacja jako skutek globalizacji i integracji w: Gospodarka światowa, S. Miklaszewski i E. Molendowski red. Difin, Warszawa 2009

engl. offshoring, delocalization, deutsch. Produktionsverlagerung, franz. delocalization
 Małuszyńska E., Delokalizacja przedsiębiorstw, W: Wspólnoty Europejskie nr 3 2006

nunmehr andere Staaten die "Peripherie" bilden: aus der Sicht der EU die Länder Ostmitteleuropas oder aus der Perspektive Nordamerikas die Länder des Fernen Ostens. Der zweite grundlegende Unterschied zwischen den gegenwärtigen und den einstigen Prozessen der Wanderung von Unternehmen ist die Tatsache, dass außer der Produktion ebenfalls Dienstleistungen und in zunehmendem Maße auch Aktivitäten aus dem Bereich Forschung und Entwicklung ausgeführt werden.

Gegenwärtig verfügt die EU unter Berücksichtigung der Rechtsangleichung, der Marktnähe und der Affinität der Kulturen über den höchsten wirtschaftlichen Integrationsgrad, da seit den 1950er Jahren des 20. Jahrhunderts die Bedingungen für eine fortlaufende Vertiefung der Integration geschaffen wurden. Prozesse der Delokalisierung, die mit der Verlagerung von Produktion und Dienstleistungen von einem in das andere Land verbunden sind, finden überall statt; sie sind integraler Bestandteil der sich vollziehenden Globalisierung und wirtschaftlichen Integration sowie ein Resultat dieser Erscheinungen.

Die Aufhebung der Barrieren bei der Durchlässigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen, Kapital und Informationen auf dem Gebiet der EU ist u. a. eine der Ursachen dafür, dass es neben der Binnenverlagerung von Unternehmen auch zu einer Belebung der internationalen Migration kam. Die Verstärkung dieses Prozesses bedingte ein verstärktes Interesse an der Relokalisierung der Unternehmen. Die in dieser Arbeit durchgeführten Analysen und empirischen Untersuchungen hinsichtlich der Formen der Delokalisierung beziehen sich auf verschiedene Aspekte dieses Proczesses. Deren Differenziertheit bestätigt die Notwendigkeit von Forschungen sowohl aus Sicht der Unternehmen als auch aus der Perspektive des Raums, in denen sich Delokalisierungen vollziehen.

In polnischen Darstellungen<sup>4</sup> findet sich die These, dass der Begriff der Delokalisierung zum ersten Mal von E. Leamer im Jahre 1996 verwendet wurde. Dies entspricht leider nicht den Tatsachen, da dieser Begriff schon früher gebäuchlich war und bereits 1961 zum ersten Mal in Webster's Dictionary aufgeführt ist. Obschon der Begriff also schon sein fast fünfzig Jahren im Gebrauch ist, wird er in derLiteratur nicht eindeutig definiert. Es tauchen häufig Ersatzbegriffe wie "internationale", "interkontinentale", "globale" Verlagerung oder Relokalisierung der Produktion auf. In der englischsprachigen Literatur trifft man im allgemeinen auf die Bezeichnung *offshoring*, die nicht in die polnische Sprache übersetzt wird<sup>5</sup>. Delokalisierung bedeutet demnach die teilweise oder vollkommene Verlagerung eines oder mehrerer funktionaler Bestandteile des Standorts eines Unternehmens in eine zum Konzern gehörende Firmenfiliale im Ausland.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Diese Darstellungen berufen sich auf die Arbeiten von Deardorff aus den Jahren 1998, 2001 und 2005: Deardorff A.V., *Fragmentation in simple trade models*, The University of Michigan, Research Seminars in International Economics, Discussion Paper nr. 422, 1998

Deardorff A.V. Fragmentation across cones, [in:] Fragmentation and International Trade, eds. S.W. Arndt and H. Kierzkowski, Oxford University Press, Oxford, 2001

Deardorff A.V. A trade theorist's take on skilled labour outsourcing, "International Journal of Economics and Finance", 14, 2005

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> In dieser Darstellung wird der Begriff Delokalisierung abwechselnd als Entsprechung der Begriffe offshoring, Produktionsverlagerung sowie Externalisierung verwendet

Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes "offshore" bezeichnet Inseln auf hoher See, die außerhalb der nationalen Gewässer eines Landes liegen. In derFinanzwirtschaft werden demnach auch Steueroasen, die mit niedrigen Steuersätzen locken, als offshore-Zonen charakterisiert<sup>6</sup>.

Diese Erscheinung erhielt in den 1970er und 1980er Jahren wirtschaftliche Bedeutung, als amerikanische Unternehmen damit begannen, einfache Dienstleistungen aus dem Bereich der Datenerfassung in Regionen zu verlagern, die sich in der Karibik befanden, und die man seitdem als offshore-Zonen bezeichnete<sup>7</sup>. Gewöhnlich ging es den Unternehmen vor allem um die Expansion und Festigung ihrer Position auf diversen Märkten. Seit Mitte der 1970er Jahre des 20. Jahrhunderts begann sich – zunächst in der Computer-, dann in der Automobilindustrie - eine neue Arbeitsteilung durchzusetzen. Die führenden Unternehmen der genannten Branchen begannen die Produktion standardisierter Komponenten an ausländische Produzenten zu vergeben, manchmal sogar die Endmontage, wobei sie selbst die Rolle des für Innovation und technisch-organisatorischen Fortschritt zuständigen Mutterbetriebs beibehielten. Während die Unternehmen in den 1980er Jahren hauptsächlich Halbfabrikate und Komponenten im Ausland in Auftrag gaben, wurden in den 1990er Jahren auch Dienstleistungen vergeben. Der technologische Fortschritt, vor Informationsund Kommunikationstechnologie allem gegenwärtig, Dienstleistungen in ihre Bestandteile zu zerlegen und sie so zu behandeln, wie das seit langem mit materiellen Gütern als Handelswaren geschieht<sup>8</sup>.

Die 1990er Jahre zeichneten such durch eine außergewöhnliche Dynamik der Investitionstätigkeit aus: im Zeitraum 1990 bis 2000 betrug der jährliche Mittelwert an Investitionen fast 500 Mrd Dollar (vgl. Diagramm 1).

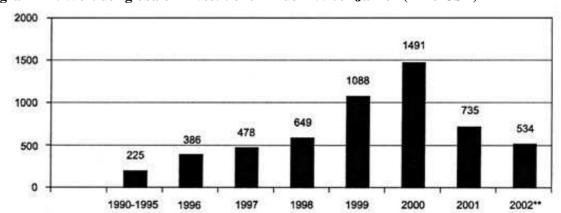


Diagramm 1. Wert der globalen Investitionen in den 1990er Jahren (Mrd USD)

Quelle: UNCTAD, World Investment Report 2001, op. cit., S. 303

42

9

<sup>\*</sup> für die Jahre 1990-1995 wird der durchschnittliche Wert der Investitionen angegeben

<sup>\*\*</sup> für das Jahr 2002 wurde die Prognose des Werts angegeben

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Jürgen Schaaf, *Globalisation wave reaches services sector* (No. 45). Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research, 2004

 <sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Vgl. Andreas Boes, Michael Schwemmle, Herausforderung Offshoring-Internationalisierung und Auslagerung von IT-Dienstleistungen, Düsseldorf: Edition der Hans-Böckler-Stiftung Nr 120, 2004, S. 17
 <sup>8</sup> Gierańczyk E, Problematyka definiowania zmian w tendencjach lokalizacyjnych przedsiębiorstw przemysłowych w dobie globalizacji, Prace komisji geografii przemysłu, Warszawa-Kraków 2008

Das Ergebnis dieser Entwicklung war die weltweite Steigerung des kumulierten Werts ausländischer Direktinvestitionen von 1.7 Billionen Dollar im Jahre 1990 auf 6,6 Billionen im Jahre 2001<sup>9</sup>.

Ein weiteres Resultat dieser Aktivitäten war die Schaffung globaler Abhängigkeiten und Vernetzungen zwischen den Wirtschaften einzelner Staaten. Sie erfassten weltweit fast alle Staaten, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Es verstärkten sich auch solche aus diesem Prozess resultierende Konsequenzen, die sich nicht nur auf die wirtschaftliche Sphäre beschränkten, sondern sich auch auf den politischen und sozialen Bereich auswirkten. In politischer Hinsicht zeigte sich dies an der verstärkten Abhängigkeit, die zu intensivierten Beziehungen zwischen einzelnen Staaten und zu einer Zusammenarbeit führte, die sich gemeinsame Problemlösungen zum Ziel setzte. Letztendlich können auf diese Weise globale politischer Instrumente entstehen, die es erlauben, eine effektive Weltpolitik zu betreiben (was dem von einigen Forschern lancierten Konzept der sog. global governance entspricht).

Nach D. Pająk bedeutet Delokalisierung in der Praxis die Auslagerung der Gesamtheit oder eines Teils der Produktion von Waren und Dienstleistungen von einem in ein anderes Land, wobei sie verschiedene Formen annehmen kann. Eine davon sind ausländische Direktinvestitionen, bei denen der Besitz an und die Kontrolle über die Produktionsmittel erhalten bleiben, und die Verlagerung des Produktionsprozesses sich im Rahmen ein und des selben Unternehmens vollzieht. Wird die Produktion aber an ein selbstständiges, kapitalmäßig unabhängiges äußeres Subjekt übertragen, so spricht man von internationalem outsourcing <sup>10</sup>.

Tabelle 1. Offshoring und outsourcing

	Besitz und Kontrolle			
Externalisierung	Die selbe Firma	Eine andere Firma		
Im Rahmen des selben	Innere Relokalisierung	Outsourcing		
Entsendelandes	Onshoring	Aktivitäten mit denen		
		Dritte im Entsendeland		
		beauftragt werden		
Außerhalb der Grenzen des	Offshoring	Offshoring und		
Entsendelandes		outsourcing		

Quelle: eigene Bearbeitung auf Grundlage von: D.Pająk, Konfliktfeld Offshoring, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2006, S. 9 sowie World Investment Report 2004.

Wie J. Kwieciński aufzeigt, ist die Delokalisierung aus Sicht der Ökonomie ein natürlicher, die Globalisierung sowie die regionale und internationale Integration

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> E. Haliżak, R. Kuźniar, J. Symonides (Hg), Globalizacja a stosunki międzynarodowe, Warszawa 2004, S. 36
<sup>10</sup> D. Pająk, Konfliktfeld Offshoring, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2006, S. 9

begleitender Prozess. Der freie Kapitalfluss und die verstärkte Migration, besonders im Rahmen solcher Strukturen wie in der EU, fördern die Delokalisierung in gleichem Maße. Dies ergibt sich aus dem unterschiedlichen Entwicklungsgrad einzelner Volskwirtschaften und aus der Tasache, dass es attraktiver ist, in schwächer entwickelten Ländern mit niedrigeren Produktionskosten zu investieren. Außerdem verstärkt die Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum und der gesteigerte Wettbewerb in entwickelten und sich entwicklenden Wirtschaften sehr stark durch die Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft determiniert wird, in hohem Maße Delokalisierungsprozesse.

Die Europäische Kommission definiert den Prozess der Delokalisierung wie folgt: "ein Prozess der Auslagerung wirtschaftlicher Aktivitäten ins Ausland, der die Veränderungen des Funktionierens von Unternehmen widerspiegelt, die sich aus ihrer Anpassung an immer wettbewerbsfähigere Bereiche sowie an beschleunigte technologische Veränderungen ergeben". Dieser Terminus ist jedoch kein Begriff, der eine neue ökonomische Erscheinung beschreibt, vielmehr ist es ein weiterer Versuch die der Produktion zu beschreiben, die eine Aufteilung Fragmentierung Produktionsprozesses in diejenigen Bestandteile bedeutet, die an verschiedenen Standorten - unter anderem auch im Ausland -, gefertigt werden. Dieser Prozess kann in verschiedene Richtungen verlaufen (in ein Land hinein oder einem Land heraus) sowie auf verschiedenen Ebenen (Produktion, Dienstleistungen, arbeitsintensive oder kapitalintensive Produktion). Von wesentlicher Bedeutung ist ebenfalls das institutionelle Umfeld, in dem die Delokalisierung stattfindet, denn es bedingt sowohl ihr Tempo als auch die Belastungen für Unternehmer und Mitarbeiter<sup>11</sup>. R. Veugelers versteht den Begriff der Delokalisierung hingegen als ein Ersetzen der heimischen durch ausländische Produktion, wobei er von zwei möglichen Typen dieses Phänomens ausgeht: ausländische Direktinvestitionen und internationales outsourcing<sup>12</sup>.

Das European and Social Committee (EESC) definiert Delokalisierung so: "Delokalisierung bedeutet das vollkommene oder teilweise Einstellen der Aktivitäten eines Unternehmens in einem bestimmten Land, um diese mit Hilfe von Direktinvestitionen im Ausland wieder aufzunehmen."

Eine interessante Definition des Phänomens Delokalisierung stellt die OECD vor<sup>13</sup>. Laut dieser Definition ist dies die Auslagerung eines Teils der Produktion sowie unternehmerischer Dienstleistungen aus den Bereichen IT, Forschung und Entwicklung und deren Verlagerung an Unternehmen in Ländern mit niedrigeren Arbeitskosten oder einem größeren Potenzial an intellektuelem Kapital<sup>14</sup>. Der Begriff der Delokalisierung (offshoring) bezieht sich ausschließlich auf die ausländische Externalisierung und kann zwei Formen annehmen:

44

0

<sup>11</sup> Delokalizacja w rozszerzonej Unii Europejskiej - perspektywa wybranych państw UE : wnioski dla Polski / Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową ; Uniwersytet Warszawski. Wydział Nauk Ekonomicznych. -

Warszawa : Urząd Komitetu Integracji Europejskiej Departament Analiz i Strategii, 2006.

12 Kwieciński J., *Ekspertyza nt. Delokalizacji*, Projekt współfinansowany z Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego, Warszawa 2008

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Die weitere Darstellung der Teilung in Delokalisierung *sensu stricte* und *sensui largo* erfolgt in Punkt 1.2.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> OECD, Offshoring and Employment. Trends and Impacts, Danvers 2007,S. 15

45

- Delokalisierung sensu *stricto* (offshore-inhouse-sourcing),
- Delokalisierung sensu *largo* (offshore outsourcing)<sup>15</sup>.

Nach der Definition der UNCTAD aus dem Jahre 2004 ist *offshoring* ein Prozess, der auf der Produktion von Dienstleistungen auf dem Gebiet eines anderen Staates beruht. Dies kann auf Grundlage von internen Aktivitäten geschehen, also durch die Schaffung von kapitalabhängigen Einheiten oder durch das outsourcing eines ausländischen Kontrahenten (internationales outsourcing)<sup>16</sup>.

Auf Grundlage der Vorstellung verschiedener Definitionen von Delokalisierung (offshoring) kann man versuchen, eine einzige kohärente Definition zu formulieren: Delokalisierung umfasst die partiellen oder ganzheitlichen Veränderungen im Rahmen der internationalen Fragmentierung wirtschaftlicher Aktivität. Diese ergeben sich aus der Anpassung der Unternehmen an die sich verändernden Bedingungen in ihren internen und externen Bereichen; Delokalisierung bedeutet die Verlagerung der Produktion von Waren und Dienstleistungen zwischen einzelnen Ländern. Sie kommt zum Ausdruck als internationale Verlagerung von Waren und Dienstleistungen innerhalb einer Korporation oder als internationale Verlagerung ausländischer Direktinvestitionen, sowie als internationale Verlagerung von Waren und Dienstleistungen innerhalb einer Korporation oder als internationale Verlagerung bestimmter Güter und Dienstleistungen zwischen Unternehmen, die kapitalmäßig nicht miteinander verbunden sind.

#### 2. Ausländische Direktinvestitionen (ADI)

Die grundsätzliche Ursache für die Steigerung der Zahl von ADI stellt die Delokalisierung von Produkten dar. Die Prozesse der Verlagerung von Aktivitäten können zweierlei Gestalt annehmen. Eine Form sind die ADI<sup>17</sup>, die sich durch die Beibehaltung der Kontrolle über die Poduktionsmittel und ihren Besitz charakterisieren lassen, wobei sich der Transfer des Produktionsprozesses im Rahmen eines einzigen Unternehmens vollzieht. Dabei handelt es sich zweifellos um Delokalisierung.

Für die vorliegende Darstellung ist es unerlässlich, den Begriff und den Charakter von ADI zu erklären und die "Verankerung" der Delokalisierung in den ADI sowie ihre gemeinsamen Auswirkungen auf die Wirtschaft aufzuzeigen.

Nach der von der EU vorgegebenen Definition sind ADI "Investionen aller Art, die von natürlichen Personen, Handels- Industrie- oder Finanzgesellschaften getätigt werden. Sie dienen dazu, beständige und direkte Beziehungen zwischen dem Investor und dem Unternehmer bzw. dem Unternehmen, das Investitionen erhält, um ökonomisch tätig zu werden, herzustellen oder aufrecht zu erhalten".<sup>18</sup>

<sup>15</sup> Ibidem, S. 9

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> D. Ciesielska, Bezpośrednie inwestycje zagraniczne w sferze usług, [w:] A. Szablewski(red.), Migracja kapitału w globalnej gospodarce, Difin, Warszawa 2009, S. 197

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> BIZ nie odzwierciedlają w pełni rzeczywistego przenoszenia produkcji

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Bilateral Investment Treaty, Ministry of Commerce, Industry and Energy Republic of Korea, 2003, http://www.mocie.go.kr/eng/investing/international/international.asp.

Dies wird von der OSZE präzisiert, indem man hervorhebt, dass es sich um ADI handelt, wenn ein einzelner ausländischer Investor zehn oder mehr Prozent der gewöhnlichen Aktien oder Stimmen in einer Korporation kontrolliert oder einen effektiven Einfluss auf die Firmenentscheidungen hat.

In den Darstellungen von U. Broll, J. Dunning, F. Hennenberger und S. Graaf werden am häufigsten vier Motive für den Einsatz von ADI genannt:

- Ressourcenorientierung (resource seeking)
- Marktorientierung (market seeking)
- Effizienzorientierzung (efficiency seeking)
- Kapitalorientierung (strategic seeking)

Ein ressourcenorientierter Einsatz von ADI stellt das klassische Motiv von Investitionen internationaler Unternehmen dar. Durch den Zugang zu Rohstoffen und Produkten oder Dienstleistungen wird die Produktion in einem Lande ermöglicht.

Die übrigen drei Motivationsstrategien kann man dem Bereich horizontaler und vertikaler Investitionen zuordnen. Die horizontalen Investitionen zeichnen sich dadurch aus, dass in- und ausländische Unternehmen ähnliche Güter produzieren. <sup>19</sup> Diese Art der Auslandsinvestitionen dient hauptsächlich dazu, den Markt zu sichern, zu vernetzen und zu erweitern, und wird als market seeking bezeichnet.

Vertikale Investitionen dienen dem Unternehmen dazu, Produktionsketten zu unterbrechen, um sie in Länder mit niedrigeren Produktionskosten auszulagern; also orientiert man sich an der Effizienz (efficiency seeking). Sie dienen aber auch dem Zugang zu Informationsquellen in reichen Ländern und sind demnach kapitalorientiert (strategic seeking).

Effizienzorientierte ADI stellen die klassische Verlagerung von Produktion dar. Priorität ist in diesem Fall die Realisierung der Ökonomie der Skalenproduktion mit den mit ihr verbundenen Effekten. Durch die Nutzung niedriger Arbeits- und Grundstückskosten und aufgrund des mit Transport, Steuern und Wechselkursunterschieden verbunden Nutzens ist es möglich, eine Effizienzsteigerung zu erreichen. Kapitalorientierte ADI (strategic seeking) sehen langfristige strategische Ziel vor, um Profite aus dem Zugang zu ausländischem Wissen und know-how abzuschöpfen. Recht häufig nutzen die Firmen die Kooperation mit lokalen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten, um sich des lokalen Wissens zu bedienen; aufgrund dieser Aktivität entstehen sog. innovative cluster oder Kompetenzzentren.

Die Entwicklungsländer erwarten vom Zufluss von ADI günstige Veränderungen auf den lokalen Arbeitsmärkten. Hinsichtlich der Auswirkungen dieser Investitionen auf dem Arbeitsmarkt der Empfängerländer berücksichtigt man ursprüngliche (direkte) und sekundäre (indirekte) Effekte in den Bereichen: Quantität, Qualität und Lokalisierung (Tabelle 2).

46

0

J. Deuster, Internationale Standortverlagerungen deutscher Unternehmen. Systematisierung -Bestimmungsfaktoren – Auswirkungen, Wiesbaden, Gabler Verlag, Deutscher Universitäts-/Verlag, 1996.
 M. Kutschker, S.Schmid, Internationales Management, München: Oldenburg, 2005.

Tabelle 2. Positive und negative Effekte der Auswirkungen von ADI auf die

Arbeitsmärkte der Empfängerländer

Wirkungsbereiche	ler Empfängerländer Direkte Effekte		Indirekte Effekte		
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ	
Quantität	ADI erhöhen das Nettokapital und schaffen in entwicklungsfähigen Industrien Arbeitsplätze	ADI, die auf der Übernahme bestehender Firmen beruhen, können zu Rationalisierung und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen	ADI schaffen durch die Kooperation mit lokalen Firmen Arbeitsplätze, indem sie in der Wirtschaft des Empfängerlandes Multiplikatoreneffekte erzeugen	Die Investoren nutzen den Import als Versorgungsquelle oder als Ersatz für lokale Firmen (Marktverdrängung), was zu Arbeitsplatzverlust führt	
Quantität	In Firmen mit ausländischem Kapitalanteil gibt es höhere Löhne und eine höhere Arbeitseffizienz	Ausländische Investoren führen unerwünschte Praktiken im Bereich Beschäftigung ein	Der Zustrom von Einheimischen in die Firmen sorgt für eine Verbreitung guter Organisations- und Managementformen unter ihnen	Das Lohnniveau kann erodieren, wenn einheimische Firmen mit den ausländischen Investoren in Wettbewerb treten	
Lokalisierung	ADI schaffen neue und wahrscheinlich bessere Arbeitspläte in Regionen, die sich durch hohe Arbeitslosigkeit auszeichnen	ADI tragen zu einer weiteren Verdichtung urbanisierter Regionen bei und verschlechtern das regionale Gleichgewicht	ADI veranlassen kooperierende Lieferfirmen dazu, in Regionen abzuwandern, wo es ein entsprechendes Arbeitskräfteangebot gibt	ADI verdrängen lokale Produzenten und tragen zu regionaler Arbeitslosigkeit bei, wenn es zur Substitiution örtlicher Produktion kommt und wenn der Import für sie zur Versorgungsquelle wird.	

Quelle: W. Karaszewski, Bezpośrednie inwestycje zagraniczne. Polska na tle świata, Toruń 2004, S.78.

Aus den oben angeführten Beispielen ergibt sich, dass ADI nicht immer mit den Interessen der Empfängerländer übereinstimmen. Am häufigtsen orientieren sich ADI an jenen Branchen, in denen die Kapitalexporteure die größte Effekte erwarten, und nicht an jenen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Empfängerlandes dynamisieren würden. In der Regel sind die Ziele und Strategien der Empfängerländer und der internationalen Korporationen vollkommen verschieden. Die Regierungen der Empfängerländer suchen nach Möglichkeiten, um die Entwicklung im nationalen Kontext zu stimulieren, während die internationalen Korporationen sich bemühen, die eigene Konkurrenzfähigkeit im internationalen Kontext zu stärken. Der Konflikt einer Politik, die auf starke nationale Firmen setzt, mit den Interessen internationaler Korporationen ist dann sehr evident, wenn das Empfängerland nach neuen Technologien sucht, während die intenationale Korporation beabsichtigt, veraltete Technologien zu nutzen. Im Interesse des Empfängerlandes ist eine Allokation von ADI, die zu wirtschaftlichem Aufschwung schwach entwickelter Regionern Arbeitslosenrate - und damit auch zur Beseitigung von Disproportionen in der Entwicklung - führt.

Horizontale Direktinvestitionen zeichnen sich dadurch aus, (...) dass das Unternehmen im Lande und im Ausland identische oder hinsichtlich seiner grundsätzlichen Funktionsmerkmale ähnliche Waren des selben Produktionsniveaus unter Anwendung der selben oder ähnlicher Faktoren produziert"<sup>21</sup>. Diese Art von Direktivestitionen dient hauptsächlich der Marktsicherung, seiner Öffnung und Erweiterung und wird deshalb auch als "Market-seeking FDI" bezeichnet<sup>22</sup>. Wenn die Struktur der Unternehmensfiliale aufgrund eines auf Absatz ausgrichteten Anreizes entsteht, kann man davon ausgehen, dass sich dies neutral auf den heimischen Arbeitsmarkt auswirkt. Darüber hinaus kann es sogar zu positiven Konsequenzen auf dem heimischen Arbeitsmarkt kommen. Nach Henneberger führen ausländische Investitionen nicht selten zu "(...)erhöhten Lieferungen des Stammkonzerns an die Filiale (...)"sowie dazu (...)" dass die für die Investition notwendnigen Ausrüstungen (...) aus dem Land des Stammkonzern stammen", so dass durch einen gesteigerten Export ein positiver Beschäftigungseffekt entsteht.

Nach Hirschfeld ist der direkte Zusammenhang mit der angeführten Definition der Delokalisierung auf den ersten Blick nicht ersichtlich. Aber gerade die horozontalen ADI stellen die Grundlage für das spätere "Concession-bargaining" hinsichtlich der Folgeinvestionen und der Kostenersparnis im Ramen der Rivalität innerhalb des Konzerns dar. Allerdings können Auslagerungen, die anfänglich der Erweiterung der Aktivitäten dienten und sich nicht als direkte Bedrohung für die Arbeitsplätze erwiesen, allmählich zu einem Instrument für Entlassungen werden. Das ist dann der Fall, wenn sich das offshoring oder nearshoring eingebürgert hat und der Bedarf an Personal zurückgeht; zahlreiche Unternehmen reduzieren in Krisenzeiten nicht ihre externen Kapazitäten, sondern das Personal im Stammbetrieb.

Vertikale ADI dienen den Unternehmen einerseits zur Unterbrechung der Wertschöpfungskette, um sie im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung in diejenigen Unternehmen zu verlagern, die Kostennutzen bringen (ADI mit Effizienzorientierung – Efficiency-seeking). Andererseits können sie als Zugang zum know how in einem bestimmten Betrieb dienen (ADI mit Strategieorientierung – strategic-asset-seeking). Diesen beiden Formen des ADI, die ebenfalls als Netzstrategien bezeichnet werden, wird seit Beginn der 1990er Jahre eine wachsende Bedeutung zugeschrieben<sup>23</sup>.

Die sich an Wirtschaftlichkeit orientierenden ADI stellen dabei den klassischen Produktionstransfer dar. Hauptziel ist die Realisierung des Nutzens, der sich aus der Skalengröße (Economies of Scale) sowie den damit verbundenen Effekten ergibt. Durch die Nutzung niedrigerer Kosten bei Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen sowie

<sup>48</sup> 

 <sup>&</sup>lt;sup>21</sup> J. Deuster, *Internationale Standortverlagerungen deutscher Unternehmen: Systematisierung – Bestimmungsfaktoren - Auswirkungen*, Wiesbaden: Gabler Verlag, Deutscher Universitäts-Verlag, 1996
 <sup>22</sup> P. Nunnenkamp, *Relocation, Offshoring and Labour Market Repercussions: The Case of the German Automobile Industry in Central Europe*, in: Working Paper-Kiel Institute for World Economics, 2006
 <sup>23</sup> R. Jungnickel, D. Keller, *Deutsche Direktinvestitionen im europäischen Integrationsprozess*, in: Wirtschaftsdienst, 83. Jg., Nr. 10, 2003, S. 670-674

durch den Nutzen bei Transport, Steuern und Wechselkursen soll Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Die strategieorientierten ADI sollen dagegen langfristige Ziele erreichen und den Zugang zu ausländischem Wissen und know-how ermöglichen<sup>24</sup>. Diese Form der ADI findet in der Verlagerung der Aktivitäten aus Forschung und Entwicklung (F&E) ihren Ausdruck. Häufig nutzen transnationale Korporationen (TNK) hierzu die Kooperation mit lokalen Hochschulen und Forschungsinstituten, um dadurch das lokale Wissen besser zu nutzen. Im Ergebnis entstehen Kompetenzzentren (innovation cluster)<sup>25</sup>, die wiederum anderen TNK als Anreiz dienen, im betreffenden Land sowohl Konzernfilialen als auch "Abhörstandorte" zu gründen. Obschon sich das offshoring ebenfalls im Bereich F&E intensiviert hat, kann man den Beschäftigungseffekt bei strategieorientierten ADI nicht eindeutig erklären. In kurzer Zeit kann es zu einer Auslagerung von Arbeitsplätzen kommen. Denkt man in diesem Zusammenhang an den zunehmenden Fachkräftemangel in Deutschland, so können ausländische F&E-Aktivitäten dazu führen, dass heimische Arbeitsplätze gesichert werden. Wenn neu gewonnenes Wissen in die Konzernfiliale verlagert wird, konkurrenzfähigere Waren produziert, wodurch auch neue Arbeitsplätze im Ursprungsland entstehen.

## 3. Die Bedeutung der europäischen Integration für die Delokalisierung der Produktion

In Westeuropa haben wir es überwiegend mit regionalem Handel, der sich innerhalb des Binnemarktes der EU vollzieht zu tun. Behandelt man Handelsbewegungen als ein Maß für die Intensität der internationalen Fragmentierung der Produktion, so kann man feststellen, dass sich die Delokalisierung im Falle westeuropäischer Firmen auch hauptsächlich in Westeuropa (Tabelle 3) vollzieht. Dies lässt sich klar nachvollziehen, wenn man das Jahr 1992 mit dem Jahr 1997 vergleicht.

Tabelle 3. Die geografische Verteilung der ADI aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien (Prozentsatz des Landesanteils)

Usprungsland	Zielregion	1992	1997
Deutschland	Europäische Union	56,1	52,1
	Ostasien	4,0	4,9
	Nordamerika	25,4	25,4
Frankreich	Europäische Union	59,3	49,6
	Ostasien	2,0	2,7
	Nordamerika	19,4	25,9
Großbritannien	Europäische Union	27,7	41,0
	Ostasien	7,3	6,9
	Nordamerika	42,3	29,5

Quelle: UNCTAD 2000

<sup>24</sup> R. Jungnickel, D. Keller, op.cit., S. 671

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> A. Roldán-Ponce, U. Broll, *Cluster Approach and Policymaking: Clustering in Dresden, Poznań University of Economics Review* 9, 2009, S. 25-43

In den letzten Jahren haben viele Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Veränderungen in ihren Wirtschaftspolitiken vollzogen, die zum Ziel hatten, die Attraktivität ihrer Wirtschaften für die Lokalisierung ihrer Investitionen und für die Auslagerung ihrer Warenproduktion und ihrer Dienstleistungen zu erhöhen. Diese Politiken haben unterschiedlichen Charakter, wie etwa die horizontalen Aktivitäten, die darauf beruhen, besondere Ressourcen herauszubilden, in Humankapital zu investieren oder Innovationen zu fördern. Andere beruhen wiederum darauf, zu deregulieren, um die Unternehmer zu entlasten oder die Unternehmenssteuern zu senken.

Außerdem ist einer der fundamentalen Pfeiler des Binnenmarktes der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der freie Verkehr von Industriewaren und landwirtschaftlichen Produkten. Während der Verhandlungen zum Thema "freier Warenverkehr" haben sich die neuen Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, den gesamten aquis communautaire der Gemeinschaften in diesem Bereich zu übernehmen.<sup>26</sup>

Die Annahme gemeinschaftlicher Regeln für der Warenverkehr bedeuteten<sup>27</sup>:

- Die Aufhebung der Zölle sowie sämtlicher Abgaben im Handelsverkehr zwischen den Ländern der EU-25,
- Die Beseitigung aller quantitativer Beschränkungen (Kontingente, Deckelungen),
- Die Beseitigung physischer, technischer und fiskalischer Barrieren bei Grenzüberschreitungen (Grenzkontrollen und Zollformalitäten, Vorschriften im Hinblick auf die technischen Anforderungen von Waren, differenzierte Systeme der Versteuerung von Waren).

Die europäische Integration schuf den gemeinsamen Binnenmarkt (freier Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie harmonisierte Regulierungen hinsichtlich der Anforderungen technischer Produkte), der die Bedigungen für Delokalisierungen schuf. Dieser Prozess intensivierte sich noch mehr, als die CEFTA-<sup>28</sup> und BAFTA<sup>29</sup>-Länder zu Mitgliedern der Europäischen Union wurden. In der Praxis kam es nach dem EU-Beitritt bezüglich des überwiegenden Teils des Handels mit Industrieartikeln zwischen den neuen Mitgliedstaaten und den Staaten der EU-15 zu keinen Veränderungen im Bereich der steuerlichen Lasten. Eine wesentliche Veränderung stellte allerdings die Auflösung der zuvor bestehenden physischen, technischen und fiskalischen Barrieren dar.<sup>30</sup>

Zwischen 2004 und 2006 notierte man im Vergleich mit dem Zeitraum vor dem Beitritt eine Beschleunigung der Importdynamik. In den Ländern der CEFTA und der BAFTA war das Importtempo höher als das des Exports.

50

0

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Vgl.: Udział Polski w jednolitym rynku – korzyści i koszty dla poszczególnych sektorów, UKIE, Warszawa 2003, S. 5-6

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Vgl.: Wyniki negocjacji akcesyjnych nowych krajów członkowskich Unii Europejskiej, pod red. H.Tendery-Właszczuk, Oficyna Ekonomiczna, Kraków 2005, S. 60-62

Die Länder der CEFTA sind: Bulgarien, Tschechien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Ungarn
 Die Länder der BAFTA sind: Estland, Litauen, Lettland

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> E. Kolendowski, Liberalizacja handlu pomiędzy krajami Europy Środkowo-Wschodniej- jej znaczenie w procesie integracji europejskiej, [w:] Gospodarka światowa w warunkach globalizacji i regionalizacji rynków, Difin, Warszawa 2009, S. 153

Tabelle 4 Importdynamik ausgewählter CEFTA -Länder 2003-2006

Land	Partner Partner	2003	2004	2005	2006
Bulgarien	UE-10	146,9	138,7	122,0	145,9
	UE-15	134,5	130,9	111,4	121,0
	Welt	136,4	134,7	126,4	129,7
Tschechien	UE-10	129,0	147,9	118,6	120,2
	UE-15	124,2	124,0	106, 9	132,9
	Welt	127,7	121,5	112,2	121,4
Polen	UE-10	129,5	139,1	125,1	122,0
	UE-15	122,3	126,3	126,2	119,6
	Welt	123,4	129,6	115,0	124,4
Slowakei	UE-10	159,4	143,1	113,5	131,8
	UE-15	138,4	117,4	115,2	122,1
	Welt	128,9	125,9	119,7	130,3
Ungarn	UE-10	136,3	145,3	118,7	124,6
	UE-15	124,8	141,6	103,5	112,5
	Welt	127,3	125,1	111,5	115,9

Eigene Bearbeitung nach: E. Kolendowski, Liberalizacja handlu pomiędzy krajami Europy Środkowo-Wschodniej- jej znaczenie w procesie integracji europejskiej, [in:] Gospodarka światowa w warunkach globalizacji i regionalizacji rynków, Difin, Warszawa 2009, S. 156.

Aus Tabelle Nr 4 folgt, dass die Integration der europäischen Märkte in den Jahren 2004 bis 2006 zur Beschleunigung des Handelumsatzes der CEFTA-Länder beitrug; der EU-Beitritt rief einen "Effekt der Verschiebung des Handels" der bisherigen Importorientierung hervor. Es lässt sich also feststellen, dass die allmähliche Liberalisierung des Handels, die mit der vollen Integration endete, einer von vielen Faktoren war, die die Firmen dazu ermutigten, ihre Produktion zu delokalisieren.

#### Resümee

Die Delokalisierung ist ein Element der europäischen Integration. Trotz der Schwierigkeit, das Ausmaß dieser Erscheinung genau zu bestimmen, lassen sich Produktionsverlagerungen ins Ausland nachvollziehen; man muss davon ausgehen, dass Prozesse der Delokalisierung in naher Zukunft immer intensiver erforscht werden. Die Produktionsverlagerung birgt aufgrund ihrer Komplexität Chancen, Gefahren und Herausforderungen für einzelne europäische Länder in sich. Diese Prozessesollten analysiert und adäquat gehandhabt werden, denn sie können sowohl den empfangenden als auch den delokalisierenden Ländern viel Nutzen bringen. Angesichts dieser unvermeidlichen Entwicklung ist eine entsprechende Politik auf europäischer und auf der Ebene einzelner Länder unerlässlich. Nur unter der Voraussetzung, dass man vielfältige und komplexe Aktionsprogramme entwirft, wird man den mit der Delkokaliserung vebundenen potentiellen Nutzen mehren und die aus ihr resultierenden Kosten senken können.

#### **Berichte**

#### Zbigniew Wilkiewicz

# 30 Jahre Kooperation mit der Deutschen Polizeigewerkschaft im deutschen Beamtenbund 30 Jahre Seminare zur Politischen Bildung mit Polizist/innen aus Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich aufgefordert wurde, mir einige Gedanken über eine kurze Ansprache aus Anlass unseres 30-jährigen Jubiläums zu machen, wurde mir bewusst, wie schnell die Zeit vergeht und wie lange ich selbst schon diese Seminare betreue.

Im GESW fing ich im Oktober 1993 an und im Frühjahr 1994 führte ich das erste Seminar mit Polizeibeamt/innen aus Hamburg durch.

Ich hatte die Seminare von dem scheidenden Kollegen Günter Lämmermann übernommen, der im Frühjahr 1994 noch ein letztes Seminar mit west- und ostdeutschen Polizeibeamt/innen zu organisieren versuchte. Das kam dann aber aufgrund des Mangels an TN, mindestens zehn mussten es aufgrund der Auflagen der BpB sein, nicht zustande. Das lag auch daran, dass sich etliche ostdeutsche Kollegen für diesen Bildungsurlaub hatten freistellen lassen, aber niemals in Vlotho ankamen. Ich hoffe, dass sie zwischenzeitlich ihre Dienststellen wieder gefunden haben.

Ich erfuhr in diesem Kontext. dass Herr Lämmermann nach der Wende ein Begegnungsseminar mit west- und ostdeutschen Kolleg/innen durchgeführt hatte, und dass es dabei zu dramatischen Diskussionen und emotionalen Erregungen gekommen war, also zu damals sehr zeitnahen Auseinandersetzungen über die Vereinigung beider deutscher Staaten und die Rolle der jeweiligen Ordnungsapparate.

In den späten 1980er Jahren setzte sich *Günter Lämmermann* in seinen Seminaren ausschließlich mit deutsch-deutschen Themen auseinander. Dies konnte ich mit Hilfe von Herrn *Dietmar Krull* in Erfahrung bringen, der so freundlich war, mir einige Ablichtungen von Seminarprogrammen aus den Jahren 1987 und 1989 sowie 1990 bis 1993 zuzuschicken. Im Studienwerk hatten wir im Zusammenhang mit dem Umzug der Verwaltung von Haus Budapest nach Haus Warszawa nämlich gründlich aufgeräumt und alle mehr als fünf Jahre alten Seminarordner samt den darin archivierten Programmen entsorgt. Unser dokumentiertes Gedächtnis reicht mit Hilfe von Herrn Krull also nur bis 1987 zurück.

Dass im GESW seit 30 Jahren im Rahmen von Bildungsurlaub Seminare mit der Deutschen Polizeigewerkschaft durchgeführt werden, scheint sicher zu sein, allerdings könnte ich persönlich einen solchen Nachweis nicht erbringen. Freilich sehe ich in dieser Runde einige ältere Teilnehmende, die diese Annahme wohl bestätigen könnten. Aus den mir von Dietmar Krull zugesandten Unterlagen lässt sich schließen, dass etliche von ihnen hier in Vlotho im Laufe der Jahre bis zu fünfzehn Wochen an Seminaren teilgenommen haben! Inzwischen ist es auch so, dass wir den Tod von einigen unserer

Das GESW entwickelte sich nach 1989 immer deutlicher in Richtung eines Instituts, in dem die gesamtdeutschen Fragestellungen zugunsten der gesamteuropäischen in den Hintergrund traten. Die deutsch-deutsche Kompetenz, wie sie von meinen Kollegen Dr. Harry Blunk und Günter Lämmermann vertreten wurde, war kaum noch gefragt.

Mit mir hatte das Institut in der Nachfolge von Dr. Mechtenberg einen Ostmittel- und Osteuropafachmann (Polen, Russland) eingestellt, der vorher allerdings auch viel in der internationalen/interkulturellen Migrations- und Integrationsarbeit tätig gewesen war.

Mit dem aus Polen stammenden Dr. Piotr Pysz stand dem GESW seit 1984 ein Wirtschaftsfachmann zur Verfügung, der sich mit Fragen der Plan- und Marktwirtschaft beschäftigte und nach 1989 Probleme der wirtschaftlichen Transformation behandelte. Die Polen und Russland gewidmeten Multiplikatorenseminare führten wir in der Regel gemeinsam durch.

Für die Polizeiseminare baute ich ab 1995 die Kollegen Dr. Pysz, Dr. Blunk und später unsere Kollegin Meike von Platen ein, die in ihrem Seminarteil in der Regel Fragen der europäischen Integration behandelte.

Ich hatte in den Seminaren auch immer einen Migrations- und Integrationsschwerpunkt ging es Hier um den Umgang mit Fremden, Integrationsanstrengungen und die Aufgaben der deutschen Aufnahmegesellschaft sowie um Fragen von Diskriminierung und Rassismus. Aufgrund zahlreicher rechtsradikaler Ausschreitungen in jenen Jahren beschäftigten wir uns auch häufig mit Fragen des politischen Radikalismus, aber auch mit der Rolle Deutschlands als Einwanderungsland, das aufgrund seiner demographischen Entwicklung wohl auf Einwanderung angewiesen ist und bleibt.

Die zum Teil heftigen, manchmal auch emotional geführten Diskussionen ließen mein Vorurteil über die angeblich so kühlen Nordlichter schwinden. Bei etlichen Wortgefechten fiel mir nur noch die Rolle des Moderators zu. In solchen Momenten halfen dann meistens kurze Aufsteh- und Rauchpausen. Hierbei wurde ich in vorbildlicher Weise vom "Klassensprecher", Herrn Dietmar Krull unterstützt, der sich im Übrigen in kameradschaftlicher Weise für die sozialen Belange der Teilnehmenden einsetzte. Pausenschild, Grillen, Doppelkopf-Turniere, Aushandeln von mehr Freizeit und vieles andere mehr.

Einen wichtigen Einschnitt bildeten die Jahre 1997/1998. 1997 verstarb nach langer Krankheit unser IR-Leiter Dr. Blunk, 1998 verließen Dr. Pysz und Frau von Platen-Holzapfel das GESW. Nachdem auch Dr. Geserik nach kurzem Intermezzo auf der Stelle von Dr. Blunk im Januar 1998 dem GESW den Rücken kehrte, musste total umgebaut werden.

Mit den Dres Michael Walter und Gerhard Schüsselbauer wurden nun noch stärker EU-Schwerpunkte gesetzt. Im Mittelpunkt unserer Seminare standen und stehen Fragen der Wirtschaft- und Währungsunion, der Osterweiterung der EU sowie Probleme der gesamteuropäischen Sicherheit.

Ich selbst habe mich in jener Zeit intensiv mit Fragen der Globalisierung und der Zukunft von Arbeit sowie mit der Problematik der EU-Osterweiterung beschäftigt.

Im Jahre 2003 wurde Herr Dr. Walter durch den Kollegen Bernd Stegmann ersetzt, der dessen euroapolitische Themen fortsetzte. Inzwischen hat uns auch Bernd Stegmann verlassen und wurde durch unsere junge Kollegin Navina Engelage ersetzt, die sich in den letzten Seminaren intensiv mit dem Lissabon-Vertrag auseinandergesetzt hat. Ähnlich wie die Beiträge meines Kollegen Jörg Stemmer, in denen es um Datensicherheit und Datenschutz geht, sind dies Seminarteile, die immer heiß und kontrovers diskutiert werden. Ähnliches gilt natürlich auch für die verschiedenen wirtschaftspolitischen Themen, die Dr. Schüsselbauer nun bald seit einem Jahrzehnt in den Polizeiseminaren präsentiert.

Einen sehr wichtigen personalen Einschnitt bildete das Engagement von *Jörg Lauenroth*, dem ich an dieser Stelle sehr danken möchte. Jörg erklärte sich seit dem Jahre 2001 bereit, die Seminare aktiv mitzugestalten, ab 2002 leiten wir die Seminare gemeinsam.

Durch seinen Einsatz und die Sorge um fachkundige Referenten wurde das Thema innere und äußere Sicherheit in Europa entschieden bereichert. In diesem Kontext nenne ich nur die Module Falschgeld, Organisierte Kriminalität, Tier- und Artenschutz, Arzneimittel- und Lebensmittelkriminalität, Tiertransporte in Europa, Internationale polizeiliche Zusammenarbeit, und die Namen *Thomas Hirschbiegel, Heiko Teggatz, Volker Liebler, Jürgen Schmidt, Erhard Ebmeier, Heiko Beller, Michael Soltau, Jürgen Labotzki, Michael Rusch, Hans-Joachim Heinrich* sowie *Stefan Knolle* (OLAF Brüssel). Inzwischen sind auch immer wieder Bundestags- und Europaabgeordnete als Referierende in unseren Seminaren aufgetreten.

Auch gelang es nun, das Seminar unter Gender-Gesichtspunkten weiter zu öffnen. Erfreulicher Weise durfte ich nun immer häufiger bei der Seminareröffnung nicht nur "Meine Herren", sondern "Meine Damen und Herren" sagen, und außerdem kamen nun neben etlichen Stammkunden auch neue Teilnehmende hinzu, zum Teil auch aus anderen Bundesländern wie Bremen und NRW.

Dieser frische Wind sorgte allmählich auch dafür, dass wir von bestimmten Routinen abkamen und neben neuen Inhalten auch zeitweilig nach neuen Zielgruppen suchten. Ich erinnere nur an das mit großem Aufwand organisierte Seminar mit polnischen Polizisten im Juni 2003. Dass das alles mit erheblichen organisatorischen, logistischen und schließlich auch didaktischen Aufwänden verbunden war, ergibt sich nicht nur aus den eindeutig formulierten Richtlinien der Zuwendungsgeber, sondern aus dem Anspruch der Seminarleiter, die Teilnehmenden aktiv am Seminargeschehen zu beteiligen und ihnen interessante Inhalte zu liefern.

In diesem Zusammenhang sei drauf hingewiesen, dass die einwöchige Betreuung unseres Seminars durch einen freien Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung im Februar 2008 zum Ergebnis hatte, dass unsere inhaltliche und didaktische Arbeit sowie die Dienstleistungen unseres Hauses sehr gut bewertet wurden. Dies hängt auch damit zusammen, dass das GESW 2006 durch den Gütesiegelverbund Weiterbildung zertifiziert und 2009 erfolgreich rezertifiziert wurde. Die systematische schriftliche Auswertung unserer Polizeiseminare bestätigt das gute bis sehr gute Niveau unserer Angebote und unserer Referierenden.

Zwar haben wir im GESW nur einen mittleren Zimmerstandard zu bieten, aber in den siebzehn Jahren, in denen ich nunmehr über 20 Seminare dieser Art geleitet habe, gab es hinsichtlich der Unterbringung und Verpflegung kaum ernsthafte Beschwerden. Gerade in den letzten Jahren hat das GESW viel Geld in die Hand genommen, um den Standard in den Bettenhäusern und im Seminargebäude zu verbessern. Vom Hauspersonal werden die Teilnehmenden unserer Seminare sehr positiv wahrgenommen, als sympathische, "pflegeleichte" Kunden, die es nie versäumen, der Hausleiterin und den Küchenkräften ihren Dank auszudrücken.

Ich weiß auch, dass die meisten Teilnehmenden ihre Zeit im GESW regelrecht genießen. Das liegt sicherlich nicht nur an der schönen Umgebung, an unseren Seminarengeboten, an der guten ostwestfälischen Verpflegung oder an den atmungsintensiven Salinen in Bad Salzuflen. Es ist wohl eher so, dass man von all diesen Angeboten einen Teil in Anspruch nehmen kann und sich dies alles zu einem angenehmen – und durchaus auch lehrreichen - Ganzen - rundet. Hier spielt sicherlich die Atmosphäre innerhalb der Gruppe eine Rolle, die – auch wenn mal heftig gestritten wird - freundlich und kollegial bleibt.

So habe ich das zumindest in den letzten siebzehn Jahren wahrgenommen. Und deshalb glaube ich, dass wir gemeinsam gute Seminare gestaltet und erlebt haben, mit denen wir im Rückblick sowohl menschlich als auch fachlich zufrieden sein dürfen.

Und dafür möchte ich mich bei allen Teilnehmenden ganz herzlich bedanken!

Janis Vögele

# EU, Visegrad oder Václav Klaus? –Die geopolitische Orientierung der tschechischen Jugend im Europawahljahr 2009. Reisebericht 09.-30.Juni 2009

#### **Einleitung**

Zunächst möchte ich der *Heinz- Schwarzkopf- Stiftung Junges Europa* für die Gelegenheit danken, die das Stipendium mir ermöglichte. Im Juni 2009 hatte ich dadurch die Chance ein wichtiges Land in Mitteleuropa kennenzulernen.

Der folgende Bericht besteht aus zwei Teilen. Zunächst werde ich die Reiseroute knapp nachzeichnen, um anschließend die Ergebnisse meines thematischen Fokus' der Reise zu präsentieren. Diese können nicht den Ansprüchen wissenschaftlicher Arbeiten gerecht werden. Vielmehr sind sie Zeugnisse einer aufmerksamen Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen politischen und kulturellen Situation in meinem Reiseland: *Tschechien*. Ein Land, das viele herausragende Facetten besitzt. Dies trifft auch auf sein Verhältnis zu Europa zu. Dem Facettenreichtum des Landes ist es auch geschuldet, dass meine Aufmerksamkeit während der Reise oft zu weiteren, über das gewählte Thema hinausgehenden, spannenden Orten und Themen wanderte.

Die Motivation, Tschechien als Reiseland zu wählen ist vielfältig.

Zum ersten Januar des Jahres 2009 übernahm Tschechien die EU- Ratspräsidentschaft. Tschechien selbst, insbesondere der Präsident *Václav Klaus*, gilt dagegen als europaskeptisch (wenngleich das Prager Parlament dem EU-Reformvertrag im Februar 2009 zustimmte). Auch innerhalb der Visegrad-Gruppe, einem Kooperationsbündnis für kulturelle und wirtschaftliche Angelegenheiten, bestehend aus den Nationen Tschechien, Ungarn, Slowakei und Polen, ist die tschechische Bevölkerung die kritische Stimme<sup>1</sup>; dies gilt vor allem im Vergleich zum Nachbarn Slowakei. Gerade aus diesem Grund sind die politische Orientierung, die politische Bildung und die subjektive Wahrnehmung der tschechischen Jugend von besonderem Interesse, insbesondere in einer weltpolitischen Phase, die von einer Tendenz zu einzelstaatlichen Lösungen geprägt ist. Tschechien ist zudem ein Nachbarland Deutschlands, es bestehen enge Kontakte und die gemeinsame Geschichte reicht lange zurück.

Ich bin daran interessiert, wie es um die geopolitische Orientierung der tschechischen Jugend bestellt ist? Wodurch wird diese Orientierung geprägt, wie entwickelt sie sich? Gerade auch in Zeiten der Krise. Die *Kleinen* fühlten sich von den *Großen* bevormundet, ja im Stich gelassen². Wie nimmt die Jugend diese Entwicklung wahr, welche Rolle spielen zwischenstaatliche bzw. suprastaatliche Bündnisse wie Visegrad und die Europäische Union? Wie findet die subjektive Einordnung in die Staatengemeinschaft statt? "*Wo ist meine Heimat*" lautet die erste Zeile der tschechischen Nationalhymne. Ist sie in Tschechien, ist sie in Europa?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden habe ich bereits vor meiner Reise Kontakt zu jungen Menschen aufgenommen. Die Online-Community *Couchsurfing.com* bot dafür

56

0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gyarfášová, Oľga: Visegrad (and EU) as Viewed by Citizens:

http://www.visegradgroup.eu/main.php?folderID=1082&articleID=4067&ctag=articlelist&iid=1

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vergleich: http://www.zeit.de/online/2009/08/wirtschaftskrise-osteuropa

eine sehr gut geeignete Plattform. Ich führte mehrere interessante Gespräche und zeichnete drei längere Interviews auf, deren Ergebnisse im zweiten Teil des Berichts besprochen werden.

#### **Die Reiseroute**

Die tschechische Grenze überquere ich, ohne es zu bemerken. Mit der Deutschen Bahn fahre ich bis Furth im Wald. Der Name ist Programm. In diesem Ort an der tschechischen Grenze, in der Talsenke zwischen dem Oberpfälzer und dem Bayerischen Wald gelegen, steige ich in den Zug der Tschechischen Bahn um. Dieser schaukelt mich durch die idyllischen Wälder, vorbei an Feldern und kleinen Orten. Die teilweise renovierten Bahnhöfe und meist ein oder zwei in kräftigen Farben gestrichenen Neubauten der Orte stehen hier in Kontrast zu den kleinen und gemütlich aussehenden Wohnhäusern. Plzeň (oder Pilsen) kündigt sich durch einen markanten Industriering, der sich um die Stadt zieht, an. Überall Stahl. Pilsen ist ein Industrieort, das sehe ich. Und dies bereits seit der K.u.K.-Monarchie, das lese ich: die Škoda- Werke, gegründet vor 150 Jahren, sind prägend für die Stadt. Bis in den zweiten Weltkrieg sind sie wichtiger Produktionsstandort für verschiedene Armeen. Später und bis heute stehen die Werke für Schwerindustrie, Turbinen- und Kraftwerkbau. Die gleichnamige Automarke, eine der ältesten der Welt, gehört seit 1991 zum deutschen Volkswagen-Konzern und produziert zwar nicht mehr in Pilsen selbst, dafür in anderen tschechischen Städten- und macht immerhin fast sieben Prozent des Exports der Tschechischen Republik aus. Auch auf den Straßen des Landes machen sich die gut 40% Marktanteil der Marke bemerkbar.

Plzeň ist die viertgrößte Stadt Tschechiens und liegt im Westen Böhmens. 163.000 Menschen leben hier. Auf dem Weg in die Innenstadt stelle ich fest, dass viele von ihnen auch bei *Lidl, Obi* und *Schlecker* einkaufen oder sich bei der *Allianz* versichern lassen. Die Innenstadt rund um die mächtige Kathedrale ist geprägt durch herausgeputzte Häuser im Jugendstil. Meinem Auge fällt dennoch zuerst die sehr präsente Europäische Union auf. Gerade sind die Wahlen vorüber und die Plakate hängen noch. Fast ausschließlich die beiden großen Parteien, die konservative *ODS* um den ehemaligen Regierungschef *Mirek Topolanek* und den Präsidenten *Václav Klaus* sowie die ČSSD, die Sozialdemokraten um *Jiři Paroubek*, zieren mit ihren Plakaten die Straßenzüge und Häuserfassaden. Nicht nur die tschechischen Parteien werben um die Aufmerksamkeit der tschechischen Wähler. Auch die EU selbst betreibt Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache. "*Sponsored by EU*"- Bau- und Infrastrukturprojekte, teilweise unterstützt durch die EU, werden offensiv beworben.

Die alten Trams, deren Fahrer an so mancher Kreuzung per Hand die Weichen stellen, schlängeln sich durch die Innenstadt- vorbei auch an der großen Synagoge, der zweitgrößten Europas.

Überquert man aber die Bahnlinie, deren Damm die Stadt in zwei Teile teilt, so zeigt sich Pilsen von einer ganz anderen Seite. Unfertige Häuser, kaputte Straßen. Hier finde ich weder Plakate der Parteien noch Schilder der EU.

Hauptanziehungspunkt der Stadt ist die Pilsner Urquell- Brauerei. Das dort am Tag gebraute pivo wird ab dem Nachmittag in den zahlreichen Kneipen und Bars

konsumiert. Es wundert mich schon bald nicht mehr, dass der Pro-Kopf- Konsum von Bier in Tschechien enorm ist.

Schon hier in Pilsen, meiner ersten Station, habe ich das Gefühl, dass einige Menschen eine latente Abneigung gegenüber der deutschen oder englischen Sprache pflegen. Es ist eben immer ein Manko die Sprache des Reiselandes nicht zu beherrschen. Zumindest einige wichtige Floskeln beherrsche ich nach wenigen Tagen: *Na zdraví*!

Per Bahn erreiche ich ein paar Tage später České Budějovice, Budweis, in Südböhmen. Durch seine beiden Biermarken *Budějovický Budvar* und *Budweiser Bürgerbräu* erlangte die 95 000 Einwohner zählende Stadt an der Moldau und der Maltsch große Bekanntheit. Der Budweiser Bierstreit mit der US-amerikanischen Brauerei Anheuser-Busch ist tatsächlich auch eine der meist erzählten Anekdoten der Stadt. Die grüne und belebte Stadt, deren Altstadt beeindruckende Renaissance- und Barockbauten zieren, lässt sich besonders gut von einem der Kirchtürme überblicken. Nicht nur das Zentrum und der Gürtel aus Wohngebäuden sind von hier aus zu erblicken. Auch das AKW Temelín mit seinen vier Kühltürmen, internationales Streitobjekt, ist sehr gut sichtbar.

In Budweis schließe ich endgültig Freundschaft mit der traditionellen tschechischen Küche. Zum Beispiel gesalzene Kartoffelpuffer mit viel Fleisch. Etwas schmunzeln muss ich, als man mir erklärt, Knödel und Sauerkraut gehörten ebenfalls zu den Nationalgerichten. Es war nicht die letzte Gelegenheit, bei der mir die Nähe zwischen süddeutschen und böhmischen Gepflogenheiten gewahr wurde. Eine Feststellung, die in Gesprächen meist gegen Ende, fast geflüstert, häufig bestätigt wurde.

In der Budweiser Innenstadt lerne ich an einem Informationsstand einer Jugendorganisation Studenten kennen. Sie arbeiten freiwillig im Rahmen der Visegrad-Gruppe und werben für mehr Bewusstsein und Kooperation für das Klima und den Klimaschutz- in Hinblick auf die Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009. Fast alle anwesenden Mitglieder der Organisation sind ungarische und slowakische Studenten. Positiv überraschen mich jedoch vor allem die sehr aufmerksamen Passanten, die, ohne angesprochen zu werden, in großer Zahl auf die Infostände zugehen.

Um die Kultur der Region noch ein wenig besser kennen zu lernen, besuche ich das historische Museum Südböhmens. Eine deutliche Ähnlichkeit zu den Traditionen des Schwarzwaldes kann ich dabei nicht leugnen. Auffällig stark vertreten ist in diesem Museum die Hinterglasmalerei.

Nach diesen eindrucksvollen, eher ländlichen Erfahrungen zieht es mich einige Tage später in die Hauptstadt Prag. Die sehr langsamen aber extrem pünktlichen und sauberen Züge der tschechischen Bahn befördern mich direkt in das Herz dieser 1,2 Mio.-Einwohner großen Metropole. Die Stadt pocht förmlich vor Leben. Touristen, Geschäftsleute, Studenten. Unterschiedlichste Gruppen schlängeln sich durch die Straßen. Ich entschließe mich, zunächst das anzusehen, wofür die meisten Gruppen den Fähnchen hinterherlaufen. Wenzelsplatz, Karlsbrücke und Prager Schloss. Es lohnt sich. Beeindruckend ist auch die Festungsanlage im Süden der Stadt: *Vyšehrad*. Auf diesem Burgberg finde ich auch die St.-Peter-und-Paul-Kirche. Auf dem angrenzenden Friedhof liegen bedeutende Künstler wie *Antonín Dvořák* oder *Bedřich Smetana* begraben.

den Spuren *Ivan Klimas*. Ich lese gerade seinen Roman *Liebe und Müll*. Der Protagonist, ein beim System in Ungnade gefallener Schriftsteller, verdient sein Geld im kommunistischen Prag der 1980er Jahre als Straßenkehrer. Sein Arbeitsplatz sind die Gassen *Vyšehrads*. Der Roman ist stark autobiographisch und ist in gewisser Weise repräsentativ für die tschechische Selbstwahrnehmung und Identität, wie ich sie empfunden habe. Klima, geboren in Prag 1931, verbringt Jahre seiner Kindheit im Konzentrationslager Theresienstadt, unweit von Prag. Später, nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, werden seine Werke von der kommunistischen Regierung verboten. Wie sein Protagonist lehrte er in den 1970er Jahren an einer US-amerikanischen Universität, von wo aus er aber bald wieder nach Prag zurückkehrte. Persönliche und politische Freiheit spielen für ihn also eine herausragende Rolle. Diese Schlüsselfaktoren: Nazizeit, Prager Frühling, Kommunismus und die Befreiung während der Samtenen Revolution sowie die daraus resultierende Sensibilität gegenüber Bevormundung spielten bei vielen meiner Gesprächspartner eine herausragende Rolle. Im Zusammenhang mit der EU werde ich darauf zurückkommen.

Am Fuß des Berges *Petřín* entdecke ich eine beeindruckende Installation. Auch diese setzt sich mit den menschlichen Folgen des Kommunismus auseinander. Die Person bzw

Dessen *Moldau* ist von hier oben ebenso gut zu sehen wie die zahlreichen Türme, denen Prag den Spitznamen *Stadt der Hundert Türme* verdankt. Von hier aus folge ich in *Vyšehrad* 

Am Fuß des Berges *Petřín* entdecke ich eine beeindruckende Installation. Auch diese setzt sich mit den menschlichen Folgen des Kommunismus auseinander. Die Person, bzw. Persönlichkeit, wird - so meine Interpretation - mit fortschreitender Dauer eines kommunistischen, totalitären Regimes zunehmend degeneriert. So ist die Person auf der letzten, höchsten Stufe kaum noch zu erkennen.

Auch die Gedenkstätte zu Ehren *Jan Palachs* vor dem Nationalmuseum am Wenzelsplatz ist ein Ort, der dazu anregt innezuhalten und nachzudenken, trotz der lärmenden Autos und Menschen. Die Selbstverbrennung als Protest gegen ein verhasstes System, ein Student, hier an dieser Stelle.

Die Gebäude der 1348 gegründeten Karls-Universität, die erste Universität Mitteleuropas, ist ebenfalls einen Umweg wert. Ebenso auch das Franz Kafka- Museum, die Erkundung mir noch unbekannter, interessant gestalteter Metrostationen (wenn sie auch weniger spektakulär sind als in den Reiseführern beschrieben) oder das, wie glücklicherweise auch viele andere Prager Viertel, im Weltkrieg weitgehend verschonte Judenviertel.

Nachdem ich nun die Hauptstadt sehr ausgiebig genießen durfte, setze ich meine Reise gen Mähren fort. Dort besuche ich die zweitgrößte Stadt Tschechiens: Brno (Brünn). Schon während der Zugfahrt deuten die Weinreben an den Berghängen auf das milde Klima dieser Region hin. Brünn ist ein bedeutendes Industrie- und Kulturzentrum, 360 Tausend Menschen leben hier.

Vor dem Weltkrieg lebten viele Juden in der Stadt. Die meisten von ihnen wurden während des Protektorats Böhmen und Mährens von den Nationalsozialisten deportiert. Die schwierige Geschichte, die mit der Stadt verbunden ist, erhielt zu Kriegsende ein weiteres dunkles Kapitel: während des Brünner Todesmarschs, der am 31. Mai 1945 beginnenden Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung Mährens, fanden viele Menschen den Tod.

Couchsurfing.com ist ein Online-Netzwerk, in dem die Mitglieder sich vorstellen und einen für mögliche Gäste zur Verfügung stehenden Schlafplatz offerieren. Personen, die eine fremde Stadt besuchen, können die an diesem Ort registrierten Mitglieder kontaktieren um einen Schlafplatz (kostenlos) zu erhalten. Die Mission des Netzwerkes geht aber über eine freie Schlafstätte hinaus (Auszug aus der Selbstdarstellung):

CouchSurfing seeks to internationally network people and places, create educational exchanges, raise collective consciousness, spread tolerance and facilitate cultural understanding.

As a community we strive to do our individual and collective parts to make the world a better place, and we believe that the surfing of couches is a means to accomplish this goal.

Heute ist die Atmosphäre in Brünn eine ganz andere: die Innenstadt ist sehr lebendig, studentisch und die Plätze sind gesäumt von Straßenkünstlern. Auch ein Festival mit World- Music auf einem zentralen Platz findet während meines Aufenthalts statt. Besonders interessant ist für mich ein Besuch im Mendel-Museum. Der Mönch, der die Grundlagen der modernen Genetik schuf, wirkte lange Zeit im Augustiner-Kloster in Brünn, wo sich heute das Museum befindet.

Alle diese Städte sind Universitätsstädte. Aus diesem Grund war es auch leicht, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen und Schlafmöglichkeiten sowie Gesprächspartner via *Couchsurfing.com* (übrigens eine Non- Profit- Organisation) zu finden. Ich habe mich vor der Reise für ein Interrail-Ticket entschieden, das mir ein flexibles und spontanes Reisen ermöglichte. Darüber hinaus sind alle Städte wichtige Industrie-, Verkehrs- und Kulturzentren des Landes. Sie alle sind von einem Ring aus *Paneláks* umgeben. So werden in Tschechien und in der Slowakei die Plattenbauten

genannt. Sie entstanden durch Wohnungsknappheit nach dem Kriegsende. Heute leben 3,5 Mio. Tschechen in solchen Bauten- ganz Tschechien hat eine Bevölkerung von 10,5 Mio!

#### Tschechien und die EU

#### Leitfragen

"Die Tschechen und Europa – das ist eine schwierige Geschichte. Wer sie verstehen will, sollte František Palacký kennen: Den Mann, den unsere Nachbarn als Vater der Nation verehren." So lautet der Titel eines kurz nach meiner Reise in der Zeit erschienenen Artikels. Im Laufe meiner Reise habe ich gelernt, dass eine solche Aussage die Situation in unzulässiger Weise verkürzt. Ein Thema dieser Komplexität kann nicht auf eine Person beschränkte werden. Im Übrigen, dies greife ich vorweg, spielte Palacký bei keinem meiner Gesprächspartner eine wesentliche Rolle.

Der Umstand aber, dass es sich bei der Beziehung zwischen der EU und der Republik Tschechien um eine *schwierige Geschichte* handelt, war in den letzten Monaten der tschechischen Ratspräsidentschaft in den deutschen Medien allgegenwärtig. Ist es lediglich eine *schwierige Geschichte* zwischen der Institution EU und der tschechischen Regierung, oder trifft dies auch zwischen der EU und der tschechischen Jugend zu?

Mein thematischer Fokus lautete während der Reise:

EU, Visegrad oder Václav Klaus? Die geopolitische Orientierung der tschechischen Jugend im Europawahljahr 2009.

<sup>3</sup> http://www.zeit.de/2009/28/A-Palacky

Ich habe mich gefragt, wie sich die tschechische Jugend selbst geopolitisch verortet? Welche Faktoren heben die Befragten bei der Schilderung ihrer geopolitischen Orientierung hervor? Entspricht die Position der tschechischen Jugend der in Deutschland hauptsächlich wahrgenommenen EU-skeptischen Haltung Tschechiens?

#### **Die Interviews**

Um diesen Fragen nachzugehen orientierte ich mich während der Gespräche und Interviews an folgendem Leitfaden bzw. Fragebogen.

- Was bedeutet Europa für dich?
- Wie hast du die Europawahl im Juni 2009 erlebt?
- Wie sieht das ideale Europa der Zukunft für dich aus?
- Wo ist deine Heimat? Gibt es für dich mehrere Kategorien von Heimat?

Während eines Pilotinterviews habe ich mehrere Fragen verworfen und umformuliert sowie versucht, eine günstige Interviewsituation zu erproben.

Den Begriff geopolitisch habe ich in den Interviews nicht verwendet. Die Gesprächspartner gingen von sich aus auf politische, kulturelle, soziale, historische und geographische Aspekte ein.

Die Interviews dauerten zwischen 20 und 30 Minuten. Um sie besser auswerten zu können, fertigte ich zunächst Transkripte der Interviews an. Aufgrund des geringen Umfangs der Daten (drei aufgezeichnete Gespräche) sprechen diese nur für sich. Es ist keine verallgemeinernde Aussage möglich. Dies wurde auch nicht angestrebt, vielmehr sollten individuelle Einblicke gewonnen werden.

Interview 1, Pilotinterview mit Matej: (alle Namen der Interviewten anonymisiert)

Matej konzentrierte sich stark auf Südböhmen. Hier sieht er seine Wurzeln. Aufgrund längerer Auslandsaufenthalte in mehreren Nachbarländern verortet er sein großräumigeres Zuhause in Mitteleuropa. Er differenziert damit zwischen verschiedenen Kategorien Europas. Auf das Verhältnis zur EU angesprochen, sieht er sich als Tscheche in einer gewissen Verantwortung, gerade während der zu der Zeit noch bestehenden Ratspräsidentschaft. Er reagierte deshalb sensibel auf Störungen aus dem eigenen Land. Als solche empfand er etwa das Verhalten des Präsidenten Klaus. Er habe seine Kompetenz überschritten und das Land nicht repräsentiert, "wie die Mehrheit denkt, sondern wie er denkt." Er kritisierte in diesem Zusammenhang aber in erster Linie eine Kampagne gegen die Mitte-Links-Partei ČSSD, deren Wahlkampfveranstaltungen durch Eierwerfer gestört wurden. "Das wurde für ein paar Wochen zum Nationalsport." Laut Matej seien aber auch die Parteien und Politiker zu kritisieren. Diese seien vor allem ein paar Wochen vor den Wahlen aktiv. "Leute, die man vier Jahre lang nie gesehen hat und nie von ihnen gehört hat, bis auf ein paar Ausnahmen, kommen plötzlich in die Medien, auf die Plakate, und wollen Stimmen von dir, damit sie wieder ein paar Tausend Euro im Monat verdienen." Dieses Element, das eine politikverdrossene Stimmung produziert, kehrte in mehreren Gesprächen wieder. Der tschechische Regierungschef Jan Fischer, der Mirek Topolanek im April 2009 ablöste, kritisierte: "One cannot complain of the EU being undemocratic and at the same time refuse to go to the polls." Unterstellt man aber obiges Zitat Mateis als Motivation der Abgeordneten, so erklärt das vielleicht das (Nicht-) Wahlverhalten. Matej bemängelt an der EU: "Von den

Ergebnissen ihrer Arbeit weiß ich gar nichts." Er wünsche sich daher mehr Öffentlichkeitsarbeit. Gleichzeitig reflektiert er über die Rolle der Medien und ist skeptisch, ob diese neutral berichten. Mehr noch liege ihm jedoch am Herzen, dass jede Region, also auch Südböhmen, eine direkte Vertretung in Brüssel habe.

Als Möglichkeit, künftig eine bessere Europapolitik zu betreiben sieht Matej die Bekämpfung der tschechischen Korruption an. Er bleibt jedoch skeptisch, ob dies realisierbar ist.

Seine Heimat lokalisiert er in Hluboka, seinem Heimatort, in der Nachbarschaft Budejovices.

#### **Interview 2 mit Anna:**

Anna ist sehr stark in Prag verwurzelt. Mit großer Offenheit begegnet sie Europa als Kulturraum. Mit Europa meint sie in erster Linie die tschechischen Nachbarländer. Sie trennt zwischen dem ihr nahestehenden Westen und dem für sie mit dem Kommunismus verbundenen Osten. Europa ist für sie das kulturelle Umfeld, Tschechien die Persönlichkeit: "Europe: it is like a roof on a house." Verbindendes Element der Länder ist für sie die gemeinsame Geschichte. Aber auch das Temperament oder politische Grenzen bedeuten für sie Gemeinsamkeit. Anna genießt, dass die EU ihre eigene Heimat vielfältiger werden lässt. Sie lobt das Zusammenleben vieler Kulturen.

Zur Europawahl hat sie keinen Bezug. Als Erklärung führt sie ihre Abneigung gegenüber der tschechischen Politik an. Beim Anblick von Wahlveranstaltungen in ihrer Heimatstadt reagiert sie wie folgt: "Oh somebody else wants to get more money. Don't know what to do, so he wants at least candidate for the European Parliament." Dies drückt in erster Linie ihr Misstrauen gegenüber der tschechischen Politik aus. Dennoch empfand sie deutliche Sympathien gegenüber einem Präsidentschaftskandidaten, den sie auch aufgrund seiner höflichen politischen Umgangsformen und seines Fokus' auf Sachkompetenz bezüglich Bildung und Hochschulpolitik unterstützte.

Sie schätzt, dass viele Junge nur wählen gingen, um den Kommunisten nicht die Macht zu überlassen. Sie sieht deren Macht und Einfluss bei den alten Wählern begründet.

Die Europäische Union begrüßt sie aufgrund der Bewegungsfreiheit und des kulturellen Austauschs. Gleichzeitig lehnt sie aber jegliche Vereinheitlichung (wie etwa durch den Euro) ab. Kulturelle Vielfalt und Individualität sollen, so Anna, erhalten bleiben.

Das Europäische Parlament versteht sie als Ort, an dem jedes Land seine Interessen gegenüber anderen verteidigt. Um aber mehr von der Arbeit dort zu verstehen, wünscht sie sich mehr Veröffentlichungen in den tschechischen Medien über die Arbeit der EU.

An einen Wandel, weg von Korruption und hin zu mehr Transparenz und Effizienz der tschechischen Politiker glaubt *Anna* nicht. Ihre Sichtweise gleicht diesbezüglich stark der Ansicht *Iva Bittovás*, einer tschechischen Musikerin und Schauspielerin: "*Tschechische Politiker wollen nichts anderes als berühmt werden.*"

#### **Interview 3 mit Michael:**

Für *Michael* ist Europa der *Background* seiner Kultur. Er empfindet eine von der EU ausgehende integrierende Kraft und schätzt die zunehmende Sicherheit innerhalb der europäischen Länder. Michael kritisiert aber die europäische Bürokratie und fügt als Beispiel die Diskussion um ein tschechisches Nationalgetränk, Slivovice, an. Die EU wolle den

tschechischen Produzenten vorschreiben woraus deren Traditionsgetränk zu bestehen habe; das sei absurd.

Michael beschreibt mehrere Ebenen von Heimat. Die engste lokalisiert er in seinem Geburtsort, dem Wohnort seiner Familie. Etwas weiter gefasst sieht er seine Heimat bei Freunden, Bekanntem und Orten, an denen er sich wohl fühlt. Sein Verhältnis zu Europa beschreibt er so: "On the one hand it is home for me, on the other hand I decided to leave Europe, at least for a certain time- maybe also to understand where I've been living. I have to reflect that. After that -maybe- I'll be able to answer better."

#### Reflexion

Es hat sich in den Gesprächen gezeigt, dass die Kritik an der Europäischen Union oftmals eine Kritik an den eigenen, tschechischen Politikern ist. Diese kamen in allen Gesprächen sehr schlecht weg. Allerdings stellte eine Gesprächspartnerin fest, dass Tschechen mit sich und ihrem Land häufig härter ins Gericht gingen als nötig. Sie empfinde dies als eine Eigenart ihres Landes. Als solche wird aber auch das Korruptionsproblem angesehen. Während meiner Zeit in Prag lese ich in der Prager Zeitung vom 11. Juni 2009 einen Beitrag zum Thema. Korruption spielt in der Wahrnehmung der Tschechen offenbar eine große Rolle. Neben der Kritik an tschechischen Politikern wird aber auch ein Grundproblem der EU kritisiert: seine Komplexität. Dies gilt insbesondere auch für den Vertrag von Lissabon, dessen Inhalte den wenigstens geläufig sind.

### Die tschechischen Wahlergebnisse bei den Europawahlen 2009:

Wahlbeteiligung: 28,2 %

- ODS: 31,4%, konservative, wirtschaftsliberale Partei um Topolanek/ Klaus.
- ČSSD: 22,4 %, Sozialdemokraten um Jiří Paroubek.
- KSČM: 14,2 %, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens.
- KDU- ČSL: 7,6 %, Christdemokraten.
- SZ: 2,0%, Partei der Grünen

Diese Stimmung wird jedoch durch Mitglieder der derzeit stärksten Partei ODS (siehe Kasten) gepflegt. Wie etwa die Aussagen Václav Klaus' oder folgendes Zitat Jan Zahradils (ODS-Europaabgeordneter) belegen: "Das Motto der EU sollte weniger aber besser sein, leider richtet sie sich bis jetzt nach dem Credo mehr aber schlechter." Vielen ist das Geschehen in Brüssel und Straßburg nicht verständlich und man fürchtet sich ein wenig vor diesem großen und mächtigen Apparat. Wie oben erwähnt, sind frühere Erfahrungen aus der tschechischen Geschichte weiterhin prägend. Aus diesem Grund stehen viele einer Abgabe nationaler Kompetenzen an die EU kritisch gegenüber. An dieser Stelle kann noch einmal an František Palacký erinnert werden. Wenngleich ich eingangs seine Bedeutung relativiert habe, so ist dessen Einfluss auf das Deutsch-Tschechische und Europäisch-Tschechische Verhältnis nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Hat er doch 1848 die Unabhängigkeitsbestrebungen Böhmens maßgebend beeinflusst (er bevorzugte dabei eine starke österreichische Monarchie, nicht wie die Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche die Demokratie). Bezüglich der Abneigung gegenüber einer Bevormundung entspricht die heutige Stimmung tatsächlich Palackýs Haltung.

Ob Misstrauen oder Unwissen, Gleichgültigkeit oder Protest - bemerkenswert ist die geringe Wahlbeteiligung in Tschechien allemal. In der gesamten EU gingen 43% der Wahlberechtigten zur Wahl. In Tschechien waren es gerade 28,2%. Vor allem die Frauen wiesen einen extrem niedrigen Wert auf. Sind ihnen Brüssel und Straßburg bislang fremd? Nicht zuletzt seit Schengen fühlen sich die Menschen in (Mittel-) Europa aber einander näher. Der Austausch von Kultur, Werten und Wissen erfolgt in beträchtlichem Maße.

Eine Interviewpartnerin (*Anna*) wies auf einen Alt-Jung-Kontrast hin. Ihrer Meinung nach besteht eine starke Differenz zwischen den geopolitischen Orientierungen der älteren und der jüngeren tschechischen Bevölkerung.

Ein interessantes Objekt für das Verhältnis zwischen der tschechischen Bevölkerung und Europa ist *Entropa* (siehe Foto 16). Das ist ein Kunstwerk des tschechischen Bildhauers *David Černý*. Es stellt die Negativklischees der 27 EU- Mitgliedstaaten dar. Deutschland besteht aus Autobahnen, Italien aus einem Fußballplatz. Die Republik Tschechien ist mit LEDs versehen, auf denen EU-kritische Slogans des Präsidenten Klaus angezeigt werden. Es wurde für die Zeit der tschechischen Ratspräsidentschaft angefertigt und in Brüssel ausgestellt - und sorgte für vielfältige Diskussionen. Nach dem vorzeitigen Ende der Regierung Topolanek entfernte *Černý* das Objekt aus Protest; seit Juni 2009 ist es in Prag im *DOX Centre for Contemporary Art* ausgestellt. Es setzt sich mit der Frage auseinander, was Europa bzw. die einzelnen Länder für die Bewohner und deren Nachbarn bedeutet bzw. bedeuten. *Černýs* Protest kann als Beleg für obige Feststellung gesehen werden: die Auseinandersetzung mit der EU findet häufig innerhalb Tschechiens und zwischen den Tschechen statt.

Nach meiner Rückkehr nach Deutschland interessierte mich nun auch der Vergleich zu den jungen Menschen hier. Aus diesem Grund nahm ich als Praktikant eine Woche am Politikunterricht in den Oberstufen eines deutschen Gymnasiums teil. In mehreren Klassen war die EU das Thema, sodass meine Nachfragen passten. Bemerkenswert war, wie sehr die Schüler die EU mit Demokratie, Sicherheit, Kooperation und Austausch verbanden. Zwischen den Zeilen war erkennbar, dass für sie die Stärkung der EU einer Stärkung der Zivilgesellschaft gleichkam. Es war eine deutliche Identifikation als Europäer/innen erkennbar. Kritik blieb auch an dieser Stelle nicht aus. So wurde etwa die wohlhabende Festung Europa, die ihren ungerechten Reichtum nach außen hin zu verteidigen sucht, kritisiert. Aber auch während meiner Interviews in Tschechien geäußerte Kritikpunkte wie die Vereinheitlichung durch den Euro, kehrten in diesen Gesprächen wieder.

#### Methodenkritik

Es hat sich als problematisch erwiesen, mit den Interviewpartnern bereits im Voraus zu diskutieren und sich auszutauschen. Viel Spannendes wird dann im Interview nicht mehr erwähnt. Darüber hinaus lenkt man unbewusst die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen, deren Bedeutung vielleicht für den Gesprächspartner eher gering ist. Der Interviewer wiederum passt sich dem Wissen des Gesprächspartners an und verfällt dabei schnell in zu komplexe Fragen. Generell sollte darauf geachtet werden, dass der Interviewte nicht zu stark gefordert wird. Der Anspruch Experte sein zu müssen kann lähmend wirken.

Kontakte über die erwähnte Online-Community (siehe Kasten) herzustellen hat sich bewährt. Allerdings weisen deren Mitglieder tendenziell einige Merkmale auf, die bei der Auswertung und Interpretation der Informationen bedacht werden müssen. Es handelt sich in der Regel um sehr mobile Menschen. Viele haben ausländische Partner oder selbst einige Jahre im Ausland verbracht. Dies wirkt sich selbstverständliche auf die geopolitische Orientierung aus. Die besonders aktiven Mitglieder sind etwa 23 bis 30 Jahre alt und daher für die hier angestrebten

Zwecke beinahe zu alt. Besonders praktisch sind dagegen die Sprachkenntnissse, die einen Austausch in mehreren Sprachen ermöglichen.

Die Erwartungen, auf Menschen zu treffen, die Europa und der EU positiv gewogen sind, haben sich generell bestätigt. Allerdings konzentrierte sich diese Einstellung eher auf den sozialen und kulturellen Austausch. Darin sind viele Mitglieder der Community quasi Musterbeispiele für die Bestrebungen vieler EU-Politiker - und in vielem ist man vielleicht sogar ein Schritt weiter. Die politische Ebene liegt für viele Teilnehmenden jedoch eher im Hintergrund. Einige ignorieren auch den Einfluss der EU- Politik auf das alltägliche Leben.

Es ist nicht leicht das richtige Mittel zwischen informellen Gesprächen und eher formalisierten, aufgezeichneten Interviews zu wählen; beide Gesprächsformen liefern unterschiedliche Informationen. Für die spätere Auswertung wären mehr aufgezeichnete Gespräche sicher wertvoll gewesen.

#### **Fazit und Ausblick**

Das Reisestipendium und die damit verbundene Auseinandersetzung mit einem gewählten Thema förderte ein waches Bewusstsein während der Reise. Die Kultur und die Politik unseres Nachbarlandes sind mir dadurch sehr viel näher gekommen. Durch den Aufenthalt in Tschechien gewann ich auch persönliche Erkenntnisse über das Leben in der EU. Darüber hinaus bildeten sich bleibende Kontakt, die für einen dauerhaften Austausch über die Grenzen hinweg bedeutsam sind. Schon vor und während meiner Reise habe ich Kontakt zu politischen Jugendorganisationen gesucht. Auch nach Beendigung dieses Berichts gehe ich der Thematik nach. So stellt sich mir noch die Frage, wie im Juni 2009 speziell die tschechischen Jugendlichen gewählt haben. Welche Rolle spielen die Jugendparteien in Tschechien, wie groß sind deren Mitgliederzahlen?

Außerdem wäre eine größere Datenmenge anzustreben. Sinnvoll wäre es nun, weitere Interviews zu führen oder Online-Fragebögen ausfüllen zu lassen, um so eine weiterreichende Aussage zur geopolitischen Orientierung der tschechischen Jugend machen zu können.

Mein Eindruck war, dass meine Gesprächspartner ein Verhältnis zur EU pflegen, das zu vielfältig ist, um es noch weiter als oben geschehen zusammenfassen zu können. Das Bündnis Visegrad spielt als Institution keine Rolle für die Jugendlichen. Wichtig für deren Orientierung sind dagegen die drei anderen daran beteiligten Nachbarländer Slowakei, Ungarn und Polen. Oftmals schienen meine Gesprächspartner zwischen mehreren Stühlen zu sitzen: Zu- und Abneigung gegenüber den Positionen und dem Gebaren der eigenen Politiker, gegenüber den Institutionen der EU und dem eigenen Land bzw. der Heimatregion. Diese Schwierigkeiten bei der Selbstverortung stiften eine spürbare Verwirrung.

Grund zu Pessimismus besteht jedoch nicht. Die von mir in Tschechien empfundene generelle Offenheit hinsichtlich internationaler Kooperation und regionaler Charakteristika sowie das Interesse an Neuem und Fremden bilden eine fruchtbare Basis für die Bemühungen um ein geeintes Europa.

#### Zbigniew Wilkiewicz

#### Studienfahrt in die Türkei (November 2010)

Meine erste Türkeireise führte uns im November 2010 in das kleinasiatische, geschichtsträchtige, einst griechisch und römisch besiedelte Lykien. In 3,5 Stunden flogen wir von Paderborn nach Antalya und wurden dann mit einem Bus nach Kemer gebracht, wo wir die erste Nacht auf türkischem Boden verbrachten. Wir haben nur vier oder fünf Stunden geschlafen und erwachten in einer schönen Hotelanlage, direkt am Meer gelegen, mit Pool und einem Wellness-Bereich mit zahlreichen deutschen und russischen Aufschriften. Die Russen haben den Deutschen als Touristen inzwischen den Rang abgelaufen und sind beliebte Gäste, auch wenn ihr Auftreten angeblich manchmal Angst und Schrecken auslöst: die auf Stühlen und Liegen während ihrer Abwesenheit ausgelegten Handtücher der Deutschen werden von russischen Touristen nicht als Platzhalter akzeptiert und bei Seite geschoben, die Frühstücksbuffets werden gnadenlos abgeräumt. Die Russen benehmen sich – so unser Reiseleiter – ausgesprochen schlecht, kommen aber millionenfach nach Antalya, konsumieren viel und gut und kaufen Teppiche, Gold und Lederjacken. Im Unterschied zu den satten Deutschen sind sie offenbar noch hungrig und konsumorientiert.

Überall an der türkischen Adria gibt es nun nicht nur Hinweisschilder in deutscher, sondern auch in russischer Sprache. Das beeindruckt mich und macht mir viel Spaß, denn ich kann die Aufschriften nun in drei Sprachen lesen und versuchen, sie aus dem Deutschen oder Russischen ins Türkische rückübersetzen.

Unser Reiseleiter *Ufug* stammt aus Frankfurt am Main, wo er bis zu seinem 16. Lebensjahr aufwuchs, kehrte dann mit seinen Eltern in die Geburtsstadt Edirne zurück, studierte in Ankara und Izmir Germanistik und ist nunmehr seit 22 Jahren als Cicerone für deutsche Gruppen tätig. Er spricht ein ausgezeichnetes, gewähltes Deutsch, ist extravertiert und schauspielerisch begabt.

Er ist mir von Beginn an sympathisch, denn er flirtet mit seiner deutschen Reisegruppe und nimmt uns auch auf den Arm. Das gelingt ihm deshalb so gut, weil er lange in Deutschland gelebt hat, die Mentalität der Deutschen kennt und dauernd mit deutschen Reisegruppen zu tun hat. Er spricht uns durchs Mikrophon ständig mit "Herrschaften" an, ist gut organisiert, sehr auskunftsfreudig und zugänglich. Allerdings auch etwas arrogant und von sich selbst überzeugt, wenn er zum Beispiel äußert, dass er in der Türkei im Grunde genommen alle Probleme regeln könne.

Ufug erzählt viel aus seinem Privatleben, seiner Zeit in Deutschland, seinem liberalen Elternhaus, seine Schwester Gül (Rose), die er noch immer "Rosi" nennt und mit der am Telefon heute noch Deutsch spricht, zumal sie ausgebildete Germanistin ist und an einer türkischen Universität Deutsch lehrt. Er macht sich über das Sicherheitsbedürfnis und die Genauigkeit der Deutschen lustig und hält die türkische Lockerheit dagegen. Er amüsiert sich schadenfroh über das deutsche Novemberwetter, räumt allerdings auch ein, dass es in diesem Sommer in Antalya bei 52 Grad Celsius und hundertprozentiger Luftfeuchtigkeit schier unerträglich war. Viele Bewohner Antalyas seien deshalb in das

einige Hundert Meter höher gelegene Taurusgebirge geflohen, um etwas durchatmen zu können.

Gleichzeitig hält *Ufug* gut strukturierte Kurzvorträge über Land und Leute, türkische Geschichte und Gegenwart, die Rolle Atatürks oder die Bedeutung von Olivenbäumen und Honig. Er beantwortet die ihm gestellten Fragen kompetent und anschaulich, indem er Beispiele aus seiner Familiengeschichte anführt.

Im November ist es an der türkischen Riviera angenehme 23 bis 26 Grad warm und ich tausche meine Jeans die ganze Woche über gegen kurze Hosen, ohne ein einziges Mal zu frösteln. Am zweiten Tag unserer Reise, die uns nach Kumluca, Finike und Myra führt, freunde ich mich mit dem Busfahrer *Deniz* an. Ich bekomme bald heraus, dass er ganz gut Russisch spricht und erfahre einiges über und durch ihn. *Deniz* hat sechs Klassen besucht, er wurde in Urfa an der syrischen Grenze geboren und ist dann mit seiner Familie nach Antalya gezogen. Er hat einen Busführerschein gemacht und arbeitet seit zwölf Jahren als Busfahrer. Er liebt seine Arbeit, obwohl er wochenlang unterwegs ist und seine drei Kinder – einen Jungen und zwei Mädchen – nur selten sieht. Er verdient für türkische Verhältnisse, der Durchschnittslohn liegt im Land netto bei 400 Euro, nicht schlecht, zumal er ab und zu gute Trinkgelder erhält.

Deniz hat sich das recht gute Alltagsrussisch selbst beigebracht. Er ist ein richtiger Kerl, groß, kräftig und von sich selbst überzeugt. Ab und an hat er Krach mit seinem Chef, dem selbstverliebten Ufug, der ihn recht rüde anweist. Ich bekomme das mit, denn ich sitze in der zweiten Reihe hinter dem Fahrer und dem Reiseleiter. Ich grüße und bedanke mich bei Deniz auf Türkisch oder Russisch und behandele ihn nicht wie einen Dienstleister, sondern wie einen gleichberechtigten Pfadfinder, der mir neben dem Reiseleiter einiges Unverständliche erklären kann. Er tut das bereitwillig und freundet sich mit mir an. Meine Frau macht ein Foto von uns beiden, auf dem wir locker und lächelnd nebeneinander stehen. Die übrigen Reisenden sind etwas irritiert und meinen, dass ich Türkisch kann, weil ich mich so oft mit unserem Fahrer unterhalte.

Die an einem Stand gekauften frischen und hervorragend riechenden Feigen teile ich mit Deniz. Auf seine Bitte hin tausche ich sein Euro-Hartgeld in Scheine, denn es ist mir klar, dass er die Münzen auf der Bank nicht in türkische Lira tauschen kann und nicht mit einem Sack voll Kupfermünzen herumlaufen möchte. Ich mag ihn, denn er beherrscht sein Arbeitsgerät ausgezeichnet und bleibt dabei ruhig. Ich rate ihm weniger zu rauchen, da er seine Familie noch viele Jahre zu versorgen habe. Er gibt mir Recht und raucht munter weiter. Beim Tee erläuterte er mir, dass Alkohol und Zigaretten für die Manneskraft nicht gut seien. Ein wenig Alkohol könne aber keineswegs schaden. Deniz hebt also neben seinen erstaunlichen Fremdsprachenkenntnissen nunmehr auch seine männliche Potenz ab. Das kommt mir dann doch etwas südländisch/orientalisch vor.

Von *Ufug* erfahren wir, dass er in zweiter Ehe verheiratet war, soeben geschieden wurde und ein problematisches Verhältnis zu seiner Schwiegermutter hat. Ferner erzählt er uns von seinem schauspielerisch sehr begabten Sohn, der offenbar sein ganzer Stolz ist. Der Filius soll einmal in Österreich studieren und scheint ein echter Draufgänger zu sein.

Der Vater telefoniert während unserer Reise viel mit seinem Sohn, der bei der geschiedenen Exgattin lebt.

Zwischendurch erfahren wir im Zusammenhang mit dem türkischen Gesundheitswesen, dass sich die Verhältnisse in den letzten Jahren in den öffentlichen Krankenhäusern stark verbessert hätten. Man habe für Ärzte und Personal größere Anreize geschaffen und die allwaltende Bestechlichkeit der Ärzte eingedämmt. Allerdings erzählt uns *Ufug* auch, dass er vor einigen Jahren nach einem schweren Unfall aufgrund von Nichtbehandlung in einem öffentlichen Krankenhaus fast verstorben wäre. Freunde retteten ihm sein Leben, indem sie veranlassten, dass er in ein anderes Krankenhaus verlegt und dort aufwändig zusammengeflickt wurde. Nach vielen Monaten der Rekonvaleszenz und Wiederherstellung seiner Gesundheit habe er den verantwortlichen Arzt, der ihn in dem öffentlichen Spital einfach aufgeben hatte und sterben lassen wollte, zur Rede gestellt und – nachdem er eine unverschämte Antwort erhalten habe – verprügelt.

Die Reisegesellschaft hört dieser mit viel Witz und angenehmer Selbstironie erzählten Geschichte aufmerksam zu. Unabhängig davon, ob der verantwortungslose, gleichgültige Arzt tatsächlich Prügel erhielt, wurde deutlich, dass das Leben eines Schwerverletzten in einem türkischen Krankenhaus noch vor ein paar Jahren nicht gerade viel wert war. Um gesund zu bleiben und entsprechend behandelt zu werden, brauchte man offenbar weiterhin das nötige Geld und gute Beziehungen zu guten Ärzten und Krankenhäusern.

Am türkischen Schulsystem lässt *Ufug* kein gutes Haar. Die Kinder und Jugendlichen werden mit viel unnötigem Stoff vollgestopft, die Durchlässigkeit an türkischen Schulen sei nicht gegeben, und um das Abitur ablegen zu können, müssten die Jugendlichen schon Jahre vor der Prüfung private, teure Vorbereitungskurse belegen, um nicht zu scheitern. Kinder und Jugendliche hätten keine Freizeit mehr. Außerdem sei die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch, so dass es für die Absolventen von Schulen und Hochschulen keine echten Zukunftschancen gebe.

Bei einem enorm hohen Geburtenüberschuss, besonders im anatolischen Osten des Landes, seien die zukünftigen Probleme des Landes unabsehbar. Angesichts der enormen sozialen Spreizung des Landes habe die durch *Erdogan* eingeleitete Islamisierung von Politik und Gesellschaft die Funktion, die Regierung und die regierende AKP durch religiöse Volksverdummung – so *Ufug* – an der Macht zu halten. Der Dollarmilliardär *Erdogan* sei durch und durch korrupt, die überall im Lande entstehenden, teilweise überflüssigen Schnellstraßen und Autobahnen würden von dem *Erdogan* gehörenden Baukonzern ausgeführt, echte Ausschreibungen gäbe es nicht.

Dem kemalistisch orientierten Militär habe man den Krieg erklärt, man bekämpfe seitens der AKP den für die Türkei verbindlichen Laizismus. Die Zulassung der Kopftücher an Schulen und Hochschulen sei nur ein bezeichnendes Beispiel für diese Tendenz. *Ufug*, der nach seiner deutschen Schulzeit in einer Zeit der politischen Wirren in die Türkei zurück musste, die dann durch einen Putsch der Generäle beendet wurde, diente als Offizier und Übersetzer in Ankara. Er bezeichnet *Erdogan* während unserer

Busfahrt wiederholt als Unglück für die Türkei und sagt voraus, dass der Ministerpräsident durchaus Opfer eines von Militärs ausgeführten Putschs werden könnte. Erdogan ist für ihn ein rotes Tuch und die von ihm eingeleitete Re-Islamisierung des öffentlichen Lebens hält Ufug für verhängnisvoll. Er ist durch und durch Kemalist und fürchtet um die Laizität und Zukunftsfähigkeit seines Landes.

Dass selbst die aufstrebende Tourismusregion an der türkischen Adria enorme Probleme hat, wird deutlich, wenn man mit dem total überdimensionierten Straßenbau im Taurus-Gebirge und den gewaltigen, leerstehenden Hotel- und Appartementanlagen an den Stränden und auch im Landesinneren konfrontiert wird. Hier handelt es sich ganz offensichtlich um krasse Fehlplanungen, die massiver Spekulation mit den allfälligen Bausünden geschuldet sind. Die gewaltigen, verlassen wirkenden Betonburgen und die in den tiefblauen Herbsthimmel hineinragenden bizarren Leerstände sind zum Teil schon über zehn Jahre alt und symbolisieren den sorglosen Investitionsschlendrian und fehlgeleiteten Turbokapitalismus. Hier wurden ganz offensichtlich Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Geld, das überall dort, wo es dringend benötigt würde, fehlt.

Ufug ist mit 45 Jahren als Lehrer verrentet worden, denn es hat nach dem alten türkischen Rentenrecht 5.000 Arbeitstage versicherungspflichtig durchgearbeitet. Geht man von durchschnittlich 250 Arbeitstagen im Jahr aus, so waren ursprünglich ca. 20 Jahre nötig, um eine Rente beziehen zu können. Das Renteneintrittsalter ist aber inzwischen erhöht worden, es entspricht einem Äquivalent von 7.000 Arbeitstagen. Damit gleicht man sich allmählich europäischen Verhältnissen an. Renten und Pensionen können angesichts der schmalen Löhne und Gehälter allerdings nicht besonders hoch sein.

Ufug spricht im Hinblick auf die soziale Situation der Mehrheit der Türken von einem Wunder, denn er weiß nicht, wie die durchschnittliche türkische Familie eigentlich überleben kann. Er hebt auf die Fleisch- und Spritpreise ab, die höher liegen als in Deutschland, und führt aus, dass sich der Durchschnittstürke weder ein Auto noch Theater, Kino noch eine Tageszeitung leisten könne. Man führe ein überaus bescheidenes Leben, bleibe auf die Hilfe der Familie und nicht selten auf den eigenen Garten angewiesen, um sich und die seinen zu ernähren.

Deshalb gebe es allenthalben auch eine veritable Landflucht, die die Zentren des Landes zum Bersten bringe. Das überforderte Istanbul habe an die 13 Millionen Einwohner, in Antalya, das noch vor 25 Jahren 80.000 Einwohner zählte, lebten heute weit über eine Million Menschen. Zahlreiche Menschen seien auf der Suche nach Arbeit im boomenden touristischen Dienstleistungsbereich und verließen deshalb ihre ostanatolischen Dörfer, um in den Slums der Großstädte nach ihrem Glück zu suchen. Viele suchen weiterhin im Ausland nach Arbeit. Ich überlege nur kurz, was dies bei einem möglichen EU-Beitritt der Türkei für die europäischen Arbeitsmärkte bedeuten könnte, verscheuche diesen Gedanken aber bald, weil ich die Landschaft genießen möchte.

Wie auch immer, nach mehrstündiger Fahrt erreichen wir Emre/Myra, die Stadt des heiligen Nikolaus, in der der frühchristliche Gabenbringer als Bischof wirkte. In der Basilika können wir byzantinische Fresken bestaunen und das Pseudo-Grab des Heiligen bewundern, vor dem eine lange Reihe orthodoxer Russinnen geduldig wartet, sich rechtsherum bekreuzigt und im Vorübergehen den Sarkophag des Heiligen zu berühren versucht. *Ufug* macht sich über den Aberglauben der Russen, die angeblich alles glauben, was man ihnen erzählt, lustig, betont aber auch, dass Myra eines der wichtigsten Ausflugsziele der russischen Touristen sei. Für die orthodoxen Russen habe St. Nikolaus eine ganz besondere Bedeutung und deshalb sei von einem türkischen Sultan sogar einst erwogen worden, das gesamte Gebiet um Emre dem russischen Zaren zu schenken. Davon hatte ich bisher noch nie gehört.

In der Tat gibt es in der Stadt zahlreiche Bildnisse und Statuen des spendablen Heiligen, aus dem Hollywood eine weiß-rote Kitschfigur gemacht hat, die man nebst Rentieren im christlichen Kirchenkalender in den europäischen Winter verlegte. Das Zentrum der Stadt macht einen gepflegten Eindruck, neben dem Nikolaus ist wie in allen türkischen Städten und Orten auf den öffentlichen Plätzen Kemal Atatürk präsent, der in der Regel blauäugig, aber konzentriert und streng auf sein Volk herunterschaut.

Wir trennen uns von der Reisegruppe, betreten touristisch nichterschlossenes Gelände und werden sofort mit ärmlichen Verhältnissen, Unrat und einem prächtigen Hahn konfrontiert, der mitten in der Stadt eine Kreuzung passiert. Wir sind auf der Suche nach einem Postkasten und werden von einem freundlichen älteren Mann in die richtige Richtung geschickt. Wir müssen bis zum Postamt laufen, wo wir neue Briefmarken erwerben und unsere gestern geschriebenen Postkarten abgeben können. Auf dem Rückweg zum Restaurant stolpern wir gegen die extrem hohen Bordsteine, weichen großen und tiefen Löchern in den Fußwegen aus, fotografieren eine Palme, die das Trottoir gesprengt hat und aus ihm herauswächst.

Die Passanten, die ich während unserer Reise in einem Gemisch aus Deutsch, Englisch und Türkisch anspreche, sind überaus freundlich, erteilen bereitwillig Auskunft oder begleiten mich sogar ein Stück des Weges, um sicher zu stellen, dass ich mich nicht verlaufe. Mit etlichen Türken spreche ich Deutsch, besonders während der organisierten Einkaufsevents. Manchmal reden sie mit nordrheinwestfälischem Einschlag (Ruhrpott), zuweilen schwäbelt es erheblich, aber auch der mir sehr vertraute hessische Zungenschlag ist des Öfteren zu hören. Die junge, elegante Ayşe, die mir eine Kette und Ohrringe für meine Töchter verkauft, hat in Frankfurt studiert, arbeitet seit gerade erst zwei Monaten in der halbstaatlichen türkischen Schmuckindustrie und spricht ein gewähltes Deutsch. Ich unterhalte mich über ihr Leben in Deutschland, ihr Studium der Betriebswirtschaft, erfahre, dass sie ein Jahr in Venezuela gearbeitet hat und auch fließend Spanisch spricht. Die Heimat ihrer Eltern, in die sie zunächst für zwei Jahre gekommen ist, um hier berufliche Erfahrungen zu sammeln, kommt ihr noch fremd vor. Sie werde noch recht viel Zeit brauchen, um sich an all das zu gewöhnen. Allerdings plane sie mit ihrem Freund, den sie demnächst heiratet, in ein paar Jahren sowieso in die USA zu gehen. Das Verkaufsgespräch hat sich in ein recht persönliches Gespräch über Zukunftsperspektiven verwandelt und ich hatte Gelegenheit, mit einer exzellent ausgebildeten deutsch-türkischen Emigrantin zu sprechen, offensichtlich ganz oder vorerst den Rücken gekehrt hat.

Ähnliche Gespräche führe ich mit den hervorragend geschulten und perfekt Deutsch sprechenden Verkäufern in einer riesigen Teppichknüpferei und in einem auf Leder spezialisierten Betrieb, dessen Besichtigung durch eine aufwändig inszenierten Modenschau, mit ausgesprochen hübschen männlichen und weiblichen Models, eingeleitet wird.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, wie eng die wirtschaftlichen, touristischen, aber auch zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei inzwischen sind. Hier wie da wimmelt es von Deutsch-Türken und Türkisch-Deutschen, die über ein beträchtliches interkulturelles Wissen verfügen.

Auf unserer Fahrt an der Küste entlang macht uns Ufug auf Orte aufmerksam, die inzwischen fast ausschließlich von deutschen oder englischen Rentnern bewohnt werden. Die fühlen sich in der für sie weiterhin preiswerten Türkei pudelwohl und sind bestens integriert, obwohl sie nur selten Türkisch sprechen. Anscheinend schließen sie sich nicht ganz der türkischen Leitkultur an. Und anscheinend genügt es, über genug Geld zu verfügen, um als integriert zu gelten. Insofern - könnte man im Umkehrschluss annehmen - sind die europäischen/deutschen Integrationsprobleme wohl in der Tat in erster Linie sozial und nicht kulturell oder – Sarrazin lässt grüßen – genetisch bedingt. (...)

Im Restaurant, in dem schon mehrere Reisegruppen versammelt sind, herrscht emsiges Gedränge, denn alles funktioniert über die reichlich bestückten Mittagsbuffets. Außer dem Ausschank von Getränken bedient man sich selbst. Bier, Wein, Wasser und Cola werden zu gesalzenen Preisen angeboten, auch der Rakki, den man uns nach dem Essen lautstark anpreist. Das, was hier passiert, ist eine regelrechte Massenabfertigung, die nicht jedermanns Sache ist. Allerdings schmecken die angebotenen Speisen, vor allem das in allen Variationen zubereitete Gemüse und die süßen Desserts und Kuchen hervorragend.

Der starke schwarze Tee, den ich am liebsten aus den kleinen türkischen Teegläschen trinke, ist ausgesprochen anregend, während man den in Hotels angebotenen europäischen Kaffee vergessen kann. Es sei denn, man bestellt einen türkischen Kaffee, der schmeckt natürlich prima. Allerdings vollzieht sich Essen und Trinken in den vom Reiseleiter vorbestellten, in reizvoller Landschaft gelegenen Restaurants in enormer Eile, zuweilen Hektik, denn die Tische müssen für die nachdrängenden Gruppen neu eingedeckt und fertig gemacht werden.

Das straffe Besichtigungsprogramm lässt überdies nur recht kurze Pausen zu. Reflexion und Aussprache erfolgt - wenn überhaupt - während der Busfahrt oder am späten Abend. Aber da wird man von dem unverwüstlichen Ufug bereits auf die sich anschließenden Sehenswürdigkeiten eingestimmt. Ich bin bester Laune und begeistert, denn neben der zauberhaften Küstenlandschaft mit einem blauen und wolkenlosen Himmel, imposanten Bergkuppen und Schluchten sowie tief eingeschnittenen Buchten nehmen wir im Vorbeifahren großartige Kulturdenkmäler - wie die antiken Felsengräber bei Emre - oder aufwändige Moscheen mit schlanken und spitz zulaufenden Minaretten - wahr. Ufug erklärt uns, dass der Moscheen-Bau seit der Machtübernahme durch die AKP sprunghaft zugenommen habe. Er selbst ist überaus religionskritisch und erweist sich damit als treuer Schüler seines Meisters *Atatürk*.

Während einer unserer kurzen Pausen trinke ich frisch gepressten Saft von Granatäpfeln und lasse den süßsauren Geschmack auf meiner Zunge zergehen. Ich nehme Oliven- und Zitronenbäume wahr, die noch Früchte tragen und staune über die gewaltigen Gemüseplantagen, die in den fruchtbaren Schwemmlandgebieten entlang der Meeresküste entstanden sind. Wie in Spanien sind die Felder kilometerweit mit plastikbespannten Gewächshäusern überzogen. Die weißen Folien glitzern wie Schnee in der Nachmittagssonne. Ein kurioser Anblick. Aufgrund der rigiden Agrarpolitik der EU haben die Türken mit ihren Agrarexporten in die EU allerdings erhebliche Probleme. Nur auf Umwegen gelangen dann türkische Agrarprodukte in die EU.

Am zweiten Tag unserer Rundreise legen wir eine recht lange Strecke zurück, von Kemer über Phaselis, Kumluca und Finike über Emre, Kaş, an Patara, dem Geburtsort des hlg. Nikolaus, vorbei bis nach Fethiye. Dort übernachten wir auch.

Am nächsten Morgen gehen wir in der malerisch gelegenen Bucht von Apollonia an Bord eines Ausflugschiffes und steuern der berühmten versunkenen Stadt Kekova entgegen. Die Bucht liegt unterhalb der gewaltigen Seldschukenfestung Simena, deren Anblick mich tief beeindruckt. Noch eindrucksvoller sind die von mir eifrig fotografierten Überreste der versunkenen Stadt am Nordufer der Insel Kekova, die meine Fantasie erblühen lassen. Da gibt es Türschwellen, Treppen, Portale, Terrassen und Mauerreste, die aus dem Wasser ragen oder sich unter Wasser deutlich abzeichnen. Mitten in einer der kleinen Buchten erblickt man einen Sarkophag. Ich mache zahlreiche Fotos, von denen ich später wieder viele löschen werde.

Bei der Rückfahrt raubt mir der Anblick der Feste Simena den Atem. Das hängt auch damit zusammen, dass wir beim Einlaufen in den Hafen den weit über die Meeresbucht erschallenden Ruf des Muezzins hören, der die Gläubigen zum Nachmittagsgebet ruft. Ich fühle mich tief berührt und quasi in der Türkei angekommen. Im Hafen von Apollonia werden an zahlreichen Ständen billige Textilien und Lebensmittel angeboten, frisch gepresster Orangen- und Granatapfelsaft.

Während dieses Ausflugs habe ich Gelegenheit, mich mit *Ufug* intensiv über die Türkei und die EU zu unterhalten. In der Kurdenfrage zeigt er sich türkisch-konservativ. Die PKK sei eine terroristische Organisation, die systematisch die Destabilisierung des Landes betreibe. Ihr müsse mit äußerster Härte begegnet werden. In Ostanatolien gebe es weiterhin feudale Zustände. Landbesitzer und Clans würden ihre kurdischen Landsleute mehr oder minder wie Leibeigene behandeln. Diese seien von den besitzenden Familien vollkommen abhängig. Auch sei ein Menschenleben sehr wenig wert, Auftragsmorde würden schon für geringe Summen – zum Beispiel 100 Dollar – ausgeführt. Die Regierung habe im Hinblick auf kurdische Sprache und Kultur in den letzten Jahren erhebliche Zugeständnisse gemacht.

Auf die Armenier-Frage angesprochen reagiert *Ufug* überaus empfindlich. Da sei auf beiden Seiten ein unerbittlicher Krieg geführt worden. Die armenische Bevölkerung sei prorussisch eingestellt gewesen, armenische Militärverbände hätten sich mit den Russen

**72** 

0

gegen die Türkei gestellt. Natürlich sei es zu Übergriffen und Verbrechen gekommen, aber von Völkermord (Genozid) könne keine Rede sei, wenn überhaupt, von Pogromen und einer Verkettung unglücklicher Umstände.

Auch im Hinblick auf die ungelöste Zypernproblematik stellt sich *Ufug* vor das türkische Regierungshandeln. Er hält die Politik der EU gegenüber der Türkei insgesamt für verfehlt und ist selbst inzwischen gegen einen EU-Beitritt seines Landes.

Wirtschaftlich habe die Türkei ein enormes Wachstum aufzuweisen und durchaus die Option, sich wieder stärker der arabischen Staatenwelt zuzuwenden. Weitere Optionen seien die Verstärkung der Beziehungen mit den türkischsprachigen mittelasiatischen Staaten aus der Restmasse der Sowjetunion.

Aus seinen Worten hört man die tiefe Enttäuschung heraus, die daraus resultiert, dass man allzu lange auf einen Beitritt und die Aufnahme von Beitrittsgesprächen hat warten müssen. Ich kann das durchaus verstehen, gerade auch auf dem Hintergrund des 2007 vollzogenen Beitritts von Rumänien und Bulgarien.

Außerdem befinde sich die EU wirtschaftlich und politisch in einem beklagenswerten Zustand und in einer Dauerkrise. Entsolidarisierung und Renationalisierung seien in allen EU-Staaten spürbar, die Notwendigkeit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, gegen die man sich so lange gewehrt habe, offensichtlich. Auch fragt mich *Ufug*, wie es denn in der EU selbst mit der Einhaltung von Menschenrechten, der Behandlung von Minderheiten und der Pressefreiheit stehe? Diese Gespräche führen wir immer wieder einmal mehr oder weniger kontrovers während der gesamten Studienreise.

Ist die EU demnach zu einem reinen Eliteprojekt geworden, das auf breiter Linie ihre einstige Attraktivität eingebüßt hat? Ist sie tatsächlich nur die egoistische Festung Europa, die nicht in der Lage ist, eine effektive und zugleich humane gemeinsame Migrations- und Asylpolitik zu entwickeln? Und wie halten wir es mit unseren gesamteuropäischen Werten? Sind das reine Lippenbekenntnisse aus den geschliffenen Sonntagsreden von ansonsten überfordert wirkenden Europapolitikern?

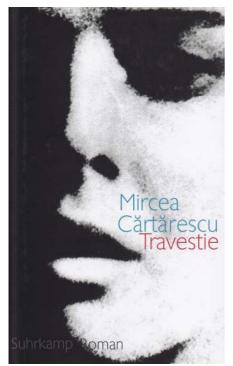
Ich will es nicht hoffen, aber Zweifel überkommen mich schon und finden immer wieder neue Nahrung. Nicht zuletzt hier in der Türkei und durch die durchaus kontroversen, dafür aber spannenden Unterhaltungen mit *Ufug*. Mit einem Brückenmenschen, der nicht nur ein guter Kenner seiner aktuellen Heimat Türkei, sondern auch seiner alten Heimat Deutschland ist.

Ich spüre, dass das Thema "Europa und Türkei" mich weiter beschäftigen wird. Die nur einige Monate später ausbrechenden Unruhen und Revolutionen in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien bestätigen mich darin. Europa muss nun auch politisch Farbe bekennen. Hat es die Kraft dazu?

#### **Buchreport**

#### Gerhard Schüsselbauer

#### Literatur aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa 2011



Mircea Cărtărescu, *Travestie*, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, 171 S.

"Ich mußte verschwinden, mir war klar, daß ich irgendwohin flüchten, mich in ein Loch verkriechen mußte, ihnen nicht mehr im Weg stehen dürfte, und trotzdem prallte diese schon jenseits der Tränen und Worte angelangte Demütigung auf bestürzende Weise gegen den Hochmut dessen, der wusste, daß er im Besitz der Weltwahrheit war, daß gerade das Nichts, Tod und Fäulnis, die Ruinen und Fäkalien und der Schmutz, das Leiden und die Abscheulichkeit die Wahrheit waren, daß die Welt eine Hölle ist, auf der die zarten Schimmelblüten des Paradieses gedeihen, illusorisch wie die weißen Kugeln der Pusteblume."

Im Suhrkamp Verlag erschien nun nach langer Wartezeit Mircea Cărtărescus Frühwerk *Travestie*, ein Kurzroman, der es allerdings wegen seiner Fantastik und Kompaktheit in sich hat. Geboren 1956 in Bukarest, aufgewachsen in der Gehirnwaschanstalt des kommunistischen Diktators Nicolae Ceauşescu ist Mircea Cărtărescu ursprünglich Universitätsdozent für rumänische Literatur, ernährt sich

nach eigenen Aussagen hauptsächlich von Nescafé und lebt in einer Plattenbauwohnung in Bukarest. Von dort bricht er auf, mit unnachahmlich poetischer "Gier" die Welt zu erkennen. Im Kleinen ist die Welt verborgen. Cărtărescu schwebt zwischen Postmodernismus und einer neuartigen magischen Romantik. So nimmt es nicht Wunder, dass Vergleiche mit Proust oder Joyce, was die Verdichtung der Literatur anbetrifft, sowie Kafka, was die Absurdität und Singularität umfasst, schnell zur Hand sind. Allerdings wird dieses vorschnelle Urteil nicht den poetischen Erhabenheiten, die sein Werk erfüllen, gerecht. Cărtărescu ist in erster Linie Lyriker, verkleidet sich zusehends gern ins Gewand der Epik und brachte in den letzten fünfzehn Jahren eine Reihe von aufsehenerregenden Romanen hervor, die in mehrere europäische Sprachen übersetzt wurden. Von seiner grandiosen Trilogie *Orbitor* ist bislang der erste Teil *Die Wissenden* auf Deutsch erschienen. Auch in *Travestie* geht Cărtărescu an die Grenzen des Begreifens und vermischt Gefühls- und Vernunftebenen auf beispiellose Art und Weise.

Cărtărescus 17-jähriger Protagonist und Alter Ego Victor ist an der Grenze zum Erwachsenwerden. Ein Ferienausflug mit Schulkameraden in einen Gutshof bringt ihn an den Rand des Wahnsinns. Das Leben, schwebend zwischen Pubertät und Reife, bekommt für Victor auf einen Schlag Dornen vom Ausmaß ihn durchbohrender Speere. Auslöser ist die Begegnung mit dem Mitschüler "Lulu", dessen intime Berührung ein Gefühlschaos auslöst, das Victor erst Jahre später begreifen und verarbeiten kann. Der

74

0

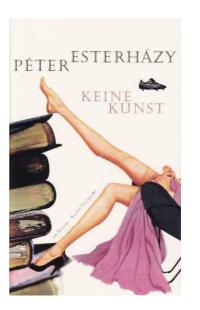
"widerwärtigen, schrecklichen Adoleszenz" und dem "Ekel" vermag er nichts entgegenzusetzen. Das "elende Pseudonym der Einsamkeit" ist eine Marter, ein Dämon ohne gleichen. Er fühlt sich als "Mann und Frau, Kind und alt zugleich, Wurm und Gott" in einem. Viktor erfährt seine Gefühlsverwirrung als eigenen "Turm zu Babel". Cărtărescus Hauptfigur schreibt jahrelang an dem Buch, "in dem die Ruinen und Türme und Plätze der Tagträume in einem gelben Dämmerlicht glitzerten, das nicht bloß dem Verstand entsprungen war, sondern von den Drüsen des Leibes ausgeschüttet, von den Lungen ausgeworfen, den Testikeln entwrungen, aus dem Bauch ausgeweidet, aus den Schlagadern gespritzt war." Mit großer suggestiver Kraft zieht Cărtărescu den Leser in den Bann dieser quälenden Selbstfindung, dieser Täuschung, in der Traumwelten zu einem fantastischen, oszillierenden Flimmern werden und die Ich-Flucht zur beinahen Selbstzerstörung gerät. Seine "Verwirrungen des jungen Zöglings" Victor kreisen permanent um die Frage der Geschlechteridentität, der Kraft der Imagination und verlassen absichtlich oft den sicheren Boden des Realen.

Zwischen all den verköpften und mitunter nervtötenden Prosa-Schreiberlingen ragen in der heutigen europäischen Gegenwartsliteratur einige wenige singuläre Schriftsteller heraus, die etwas wahrhaft Eigenständiges schaffen: der Spanier Javier Marías mit seiner sagenhaften Trilogie *Dein Gesicht morgen*, der Brite Ian McEwan mit seinen unvergleichlichen Charakteristiken des modernen Menschen im 21. Jahrhundert (*Saturday*, *Am Strand*), Jonathan Littells einzigartiger Roman über einen SS-Offizier (*Die Wohlgesinnten*), Orhan Pamuks, Péter Esterházys und Hertha Müllers Lebenswerk und eben die fantastisch fantasiereiche, postmoderne Literatur Mircea Cărtărescus, mit der er die "Tür zum Universum" einen kleinen, aber sehr wohl erkenn- und erfahrbaren Spalt aufstößt.

Péter Esterházy, *Keine Kunst*, Berlin Verlag GmbH, Berlin 2009, 253 S.

## "Ein in der Tiefe des Raumes nunmehr für immer verschwindender Romanheld namens Meinemutter."

Esterházy, Jahrgang 1950 und daher ein Kind des ungarischen Kommunismus, zählt zu den angesehensten europäischen Schriftstellern und erregte vor einigen Jahren großes Aufsehen mit seinem monumentalen Roman *Harmonia Cælestis*, an dem er mehr als ein Jahrzehnt gearbeitet hatte. Die wechselvolle Geschichte des Lebens im Kommunismus griff Esterházy ebenso auf wie die phantastische Herrschaftsdynastie seines Adelsgeschlechts seit dem 16. Jahrhundert. Sein Stil, eine Familiengeschichte zu schreiben, orientiert sich dabei nicht am Genre des bürgerlichen Romans, sondern ist vielmehr eine konsequente Weiterentwicklung von



Robert Musil über James Joyce bis hin zu seinem Landsmann Péter Nádas. Seine Romanmontage ist eine einzige Demontage und ein Entstauben von überlieferten Geschichtsmythen, damit beerdigte Esterházy zugleich auch die klassische literarische

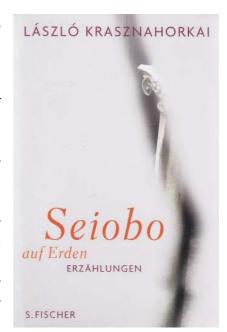
Tradition. Esterházy erliegt nicht der Illusion, Geschichte folge einer linearen Richtung. Im Gegenteil, sie steckt voller Brüche. Sein Werk ist eine postmoderne Epik, um Geschichte zu entrümpeln, die hässlichen Teile unverblümt zu recyceln und die schönen Passagen hervorzuheben, ohne aber dem Trugschluss zu verfallen, ein fertiges, geschöntes Ganzes präsentieren zu müssen. Gleichzeitig strahlt aber sein Werk Größe aus und leuchtet wie ein barocker Kristalllüster in einem der ehemals enteigneten Schlösser der Familie Esterházy.

In seiner jüngsten Erzählung Keine Kunst wirft Esterházy lapidar die Frage auf, wie man seiner Mutter die Abseitsfalle erklären kann. Die allgegenwärtige Präsenz seiner Mutter, der schizophrene Druck aufs Private im vom Kommunismus beherrschten Leben und Fußball in allen Variationen sind die bestimmenden Elemente. Der Verlag suggeriert dem Leser zwar, es handle sich um einen Roman, in Wirklichkeit entwickelt sich ein fein gesponnener Erzählstrom, der gänzlich ohne Handlung auskommt und nur die Sprache in den Mittelpunkt stellt. "Sprache ist einer leichtere Form des Asyls, wäre Gefahr in Verzug, würde sie auch vor nichts schützen können, ein Versteck, ein Unterschlupf, ein Schutzflügel, in den man aber nicht hineinschlüpfen kann." Esterházy entkommt dem "Gefängnis seiner Sprache", indem er seine verstorbene Mutter wieder ins Leben holt, mit ihr jeden Tag zu Mittag isst, ihre fußballverrückten Geschichten und Liebschaften mit dem unsterblichen ungarischen Fußballgott Ferenc Puskás ausbreitet und so ohne Larmoyanz dem Tod Paroli bietet. Gleichzeitig ist Keine Kunst eine Erzählung des Erkennens, warum er überhaupt anfing zu schreiben, nämlich "um aus den rüden und unverständlichen und unannehmbaren Fakten der Wirklichkeit die geheimnisvollen und erträglichen Tatsachen der Wirklichkeit zu fabrizieren". Literatur als Trostspender, Schreiben als Kampfansage gegen die Angst aufgrund der allgegenwärtigen Unterdrückung im kommunistischen System. Bei Esterházy verschmelzen Protagonisten und Wirklichkeit auf unnachahmliche Weise, sein "Romanheldengefühl ist außerhalb des Romans nicht ohne Gefahr, denn man kann der selbstgefälligen Versuchung nicht widerstehen, sich gleichzeitig als den Autor anzunehmen." Und wenn es schon um Fußball geht, darf Esterházy es natürlich nicht versäumen, "die großen Mythen, die Fußballnation, die Wunderelf als Spitze der ungarischen Geschichte, König Mathias Corvinus und die Jungs" zu bemühen und damit radikal aufzuräumen. "Bern, 1954, das ist kein nationales Trauma, sondern ein Nostalgiesumpf ... ein Sentimentalschlick ... die Parodie des Nationentodes, Larmoyanz, Kitsch!"

#### László Krasznahorkai, *Seiōbo auf Erden*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2010, 461 S.

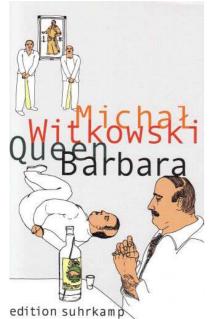
"... zurück zu dem, was nicht ist, in das strahlende Reich des Lichts, die unendlichen Höhen des Himmels, denn das ist der Ort, wo ich existiere, obwohl ich nicht bin, denn das ist der Ort, wo ich die Krone zurück auf meinen Kopf setze und denken kann, Seiōbo weilte auf Erden."

László Krasznahorkai galt schon immer als der eigenwilligste der ungarischen Gegenwartsautoren und ließ sich in kein literarisches Schema pressen. Mönchisches Erscheinungsbild und mystisches Staunen paaren sich bei ihm mit einem ausufernden Detailwissen über Kunsthandwerk, Architektur und Malerei. Seine früheren Romane Melancholie des Widerstands, Satanstango, Der Gefangene von Urga und Krieg und Krieg werfen immer wieder die Frage auf nach der Unfähigkeit des in der Zwangsgemeinschaft lebenden Menschen zur Selbstbefreiung, der Selbstaufgabe verlorener Seelen und den



mangelnden Willen, sich gegen die erdrückende Fremdbestimmung zu stemmen. Im Erzählband *Seiōbo auf Erden* begibt sich Krasznahorkai auf die Suche nach dem Wahren, nach dem Heiligen im Leben – oder nach dem Spirituellen ohne zugleich nach Gott suchen oder ihn gar beweisen zu müssen. Er entfaltet nicht nur aufgrund seiner oft viele Seiten langen Sätze einen schier endlos anmutenden, jedoch sehr rhythmischen Erzählstrom. Die Erzählungen sind in sich wunderbar geschlossen, weisen aber eine große Gemeinsamkeit auf, die Suche nach dem Göttlichen, nach dem divinen Funken in der irdischen Kunst, Musik, Architektur und Malerei. Eine ganz besondere Herausforderung stellten die Erzählungen für die Übersetzerin Heike Flemming dar, da Krasznahorkai eine Fülle von listenreichen Anspielungen und Fachbegriffen aus der Kunst und dem Kunsthandwerk verwendet.

László Krasznahorkai breitet in seinen Erzählungen eine Poesie des Werdens und Vergehens aus, ein Aushauchen des Lebens in der Natur. Schmerz und Tod paaren sich mit göttlicher Weltsicht in ewiger Kunst, dem einzigen, was neben der Natur den Menschen überdauert! Einzig die sakrale Kunst ermöglicht dem Menschen sowohl die Weltschau als auch den Blick ins Göttliche. Ikonenkunst, kunstvoll gestaltete und enthüllte Buddha-Statuen, Renaissance-Malerei, arabische Architektur oder die barocken Kompositionen J. S. Bachs entlocken Krasznahorkai ein unvergleichliches Entzücken. Allerdings bergen die ungezügelte Detailtreue und erzählerische Textverliebtheit die ständige Gefahr in sich, die Suche nach Schönheit und Anmut zu übertreiben. So kreisen die Erzählungen trotz ihrer aufrichtigen Wahrheitssuche sich permanent wiederholend um dieselben Themen: die Suche nach Perfektion im Schönen, das kontemplative Betrachten und Verharren in dem einen, einzigen Augenblick sowie der Bann und Zauber, die von der von Menschen geschaffenen Kunst ausgehen. Die "Eleganz der Schlichtheit, der Schmucklosigkeit und der unendlichen Sorgfalt" des Shintō-Schreins, "die ungeheure, drückende, beängstigende und geheimnisvolle Stille" einer Buddha-Statue oder die "süße, leichte, ewige Melancholie" der Akropolis sind Krasznahorkais Gegengewicht gegen das "ganze hinfällige, sinnlose, öde und überflüssige Leben." Seine Erzählungen sind auch ein Gegengewicht gegen alle vordergründig diesseitige Erzählkunst.



## Michał Witkowski, *Queen Barbara*, edition suhrkamp, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, 255 S.

"Polen, das heißt nirgendwo. Die Pfütze, die den Himmel spiegelt, spiegelt einen Vogelzug … Nirgends eine Menschenseele, der kleine Fiat springt nicht an, Finsternis, keine Ahnung, wo ich bin. Das ist nicht das Revier, eher ein totales Tief, schwere Krakau-Tschenstochau-Depression, slawische Melancholie …"

Michał Witkowski, 1975 in Wrocław geboren und heute in Warschau lebend, zählt neben Mikołaj Łoziński zu den hoffnungsvollen Newcomern in der polnischen Literaturszene. Mit seinem 2005 veröffentlichten Debütroman *Lubiewo*, der nicht nur in der Schwulenszene in Polen große Beachtung fand, gelang es ihm auf Anhieb, sich in der jungen Generation einen gebührenden Platz zu erobern. Nun setzt er mit *Queen Barbara* seine "Tuntenchronologie" fort. In erzkatholischen und nationalkonservativen Kreisen erregen seine Romane besonderes Aufsehen, beobachtet man doch in Polen eine nach wie

vor weit verbreitete Homophobie. Homosexualität und ihr selbstbewusstes Ausleben wird von populistischen, wertekonservativen Kräften vielfach gleichgesetzt mit einer massiven Bedrohung der angeblich homogenen Mehrheitsgesellschaft. Und jetzt kommt ein Autor wie Witkowski als Nestbeschmutzer daher und entehrt in seinem neuen Roman noch dazu die heilige Königin Barbara Radziwiłł, die Königin Polens und Großfürstin Litauens aus dem Goldenen Zeitalter des 16. Jahrhunderts, als Polen eine europäische Großmacht darstellte. Gern würden mächtige nationalorientierte Eliten wieder die Mähr vom katholischen, "sauberen", selbstbewussten und großmächtigen Polen, als Bollwerk der Christenheit mit messianischem Glanz versehen, hegen und pflegen wie den polnischen Urwald und die dort herumstapfenden Wisente. *Queen Barbara* trinkt aber lieber Żubrówka, den berühmten wohlschmeckenden Wodka mit dem Büffelgras.

Die Geschichte von der Drag Queen, dem Schwuchtel-Looser Hubert, spielt im oberschlesischen Pott. Proletarier, Kleinganoven, schräge Außenseiter und ein paar ukrainische Gestalten geben sich hier in den 1980er Jahren die Klinke in die Hand. Äußerst geschickt versteht es Witkowski, anspielungsreich die polnischen Mythen des Mittelalters und vor allem des 19. Jahrhunderts, als Polen von der europäischen Landkarte für mehr als 120 Jahre verschwunden war, zu entlarven und aufs Groteske zu überzeichnen. *Queen Barbara* / Königin Barbara Radziwiłł ist nun im postmodernen, postkommunistischen Polen der Nachwendezeit zur "heiligen Patronin des Geldes" geworden, schlägt sich mit allerlei krummen Geschäften durchs Leben, sorgt jedoch auch fürs leibliche Wohl seiner Kundschaft. Lange bevor der Dönerkebab auch Polen erobert hat, war die Volksrepublik Polen noch dominiert von einer Light-Version, dem "überbackenen Baguette" – außen rot und innen weiß, außen kommunistisch, innen anti-

etatistisch und sich auflehnend gegenüber dem allmächtigen Obrigkeitsstaat. Trotz des Humors und des schwer zu übersetzenden Sprachwitzes bleibt in Witkowskis Roman jedoch eine pessimistische Grundstimmung erhalten. Ähnlich wie Andrzej Stasiuk, der sich eher die Exzesse der geldgeilen Mafiosis zur Brust nimmt, legt auch Witkowski den Finger in die Wunde der Verlierer, die natürlich auch schon während des Kommunismus auf der Schattenseite standen und ein Doktor-Jekyll-und-Mister-Hyde-Leben führten. "Irgendwo weit weg gibt es Highlights, Wunderdinge … hier dagegen: Enddarm der Welt, Müll, Plastikflaschen, Staublunge und Bestäubungsepidemie." Michał Witkowski gelingt es auf geradezu groteske Art und Weise mit der Figur einer verbitterten Tunte, die sich tagsüber als Pfandleiher durchs Leben schlägt und abends den großen Fummel umlegt, Polen den Spiegel vorzuhalten – bonjour tristesse, adieu glamour!

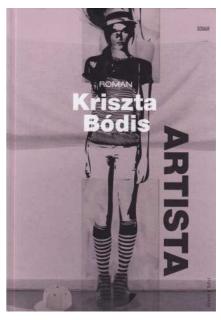
## Krista Bódis, *Artista*, Voland und Quist Verlag, Dresden und Leipzig 2009, 269 S.

"Gefühle huschten durch [Pickler], ohne Worte und Bilder. Vielleicht gab es irgendwo jemanden oder etwas, dachte sie oder spürte es eher, vielleicht einen mächtigen Ort, noch mächtiger als er scheint, und der zerreißt ihr jetziges Leben wie eine Zeltwand, zerschnittene Tiefe und rauschende Höhe, ein Raum ohne Bezugspunkte, so wie ..."

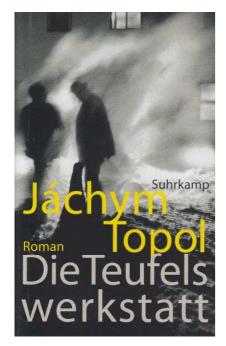
Der kleine Verlag sächsische Voland und Quist versteht sich in seiner Reihe *Sonar* aufs Verlegen von ungewöhnlichen Romanen und Erzählungen aus Kroatien oder Ungarn. Jungen NachwuchsschriftstellerInnen wird so die Möglichkeit eröffnet, einem breiteren Publikum im deutschsprachigen Raum bekannt zu werden. Auch Kriszta Bódis' Roman *Artista* ist ein unkonventionelles, gewöhnungsbedürftiges Buch. Zwischen Romanfragmenten, Sozialreportage und einer Drehbuchvorlage oszilliert der Bericht vom

Heimkind Pickler. Pickler ist ein sprödes, unangepasstes, verstoßenes und nie geliebtes Kind und stirbt tragisch beim Versuch, einen Strommasten zu erklimmen. Nun soll die Psychologin Judit von staatlicher Seite die Zustände im Heim untersuchen und durch Interviews die Aufklärung des Falles voranbringen. Dadurch kommt die gewaltbereite Umwelt des Jugendheimes genauso zum Vorschein wie die Hintergründe der ständigen Ausreißversuche der 14-jährigen Pickler: Flucht vor dem Vater, Gewalt durch den Stiefvater und eine hoffnungslos dahinmarodierende Mutter. Nirgendwo ist Halt, nirgendwo eine emotionale Stütze sichtbar. "Das Leben ist eine einzige Flucht"! Letztendlich zerbricht die "Akrobatin der Freiheit" Pickler genauso wie Ihr Pandon Edgar Wibeau aus Ulrich Plenzdorfs *Die neuen Leiden des jungen W.* einerseits an der brutalen äußeren Welt, andererseits an der inneren Zerrissenheit und Unangepasstheit. Kriszta Bódis merkt man ihre Tätigkeit als Dokumentarfilmerin und Drehbuchautorin

an. Artista kann überall spielen, egal ob in Ungarn, Frankreich, Deutschland oder Russland. Das Schicksal von Heimjugendlichen, deren Gefühlswelt und deren Absturz bietet (leider zu) viel Stoff zur literarischen Aufarbeitung. Das Außenseiterdasein und



die permanente Flucht vor dem gewalttätigen Umfeld lassen keinen Raum für Wärme, Geborgenheit und Zukunft. So reiht sich Bódis' Roman ein in die Schicksale junger Menschen, die selbst nie die Chance hatten, ihr Leben stolz, frei und selbstbestimmt in die eigene Hand zu nehmen. Willian Wharton benutzte den Vogel als Symbol in seinem Kultbuch *Birdy* über einen jungen traumatisierten Soldaten, bei *Artista* ist es der Schmetterling, "der im Feuer verglüht, der schweben, fliegen möchte …" Ein Schmetterling hat ebenso zarte Flügel, wie die Seele eines jungen Mädchens Tiefen hat. Das Eingesperrtsein wird zur seelischen Qual. "Beim ersten Blitz glühten die Gitterstäbe an der Wand des dunklen Flurs auf, sie brannten sich ins Glas ein, ihr Negativ in die Netzhaut, selbst hinter geschlossenen Lidern." Kriszta Bódis ist ein eindinglicher Appell an die Mitmenschlichkeit gelungen, ohne allzu stark das Sozialpathos hervorzuheben.



### Jáchym Topol, *Die Teufelswerkstatt*, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, 201 S.

"Die globalisierte Welt ist schon aufgeteilt: Thailand – Sex, Italien – Meer und bildende Kunst, Holland – Holzschuhe und Käse, na, und Weißrußland, das ist der Horrortrip … Daher bauen wir in Weißrußland einen Jurassic Park des Grauens, ein Freilichtmuseum des Totalitarismus."

Zur jüngeren avantgardistischen Riege tschechischer Schriftsteller, die mittlerweile auch im Ausland bekannt wurden, zählt der 1962 in Prag geborene Jáchym Topol, der schon als Jugendlicher wegen der der Charta 77 mit den Unterzeichnung tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden in Konflikt geraten war. Sein kritisch-rebellischer Ton setzt sich auch in seinem neuen Roman Die Teufelswerkstatt fort. Wie bereits in seinen früheren Romanen Nachtarbeit und Zirkuszone schreckt Topol nicht davor zurück, gewohnte literarische Bahnen zu verlassen. Die Teufelswerkstatt geht gnadenlos ins Gericht mit der Kommerzialisierung der Gedächtniskultur in ehemaligen Nazi-Konzentrationslagern. Er bewegt sich damit naturgemäß

auf sehr dünnem Eis, will er doch die vielen Millionen Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus nicht verhöhnen. Durch sein groteskes Übersteigern gelingt im sogar das Gegenteil: Den pervertierten Zahlenkolonnen über Opfer und der profanen Geschäftemacherei heutzutage wird anklagend der Spiegel vorgehalten. Aus der "noch nicht vollends verwesten Vergangenheit" will Topol auch an die ethischen Grenzen der heutigen Erinnerungskultur gehen. Dominiert von verkopften, aufarbeitungswütigen Akademikern und herumtrampelnden Touri-Horden verkommen die Gedenkstätten zu bloßen "Andenkenstätten", wo iPods, Smartphones, MP3-Player, und Digicams den Zeitgeist bestimmen – der Besuch im KZ im Facebook-Postkartenfomat!

Der junge namenlose Protagonist baut in Topols Roman mit seinem Onkel sowie so genannten "Pritschensuchern" aus der ganzen Welt und Nachgeborenen der Ermordeten einen alternativen Erinnerungsort in Theresienstadt, wo "alte Häuser, zerschlagenes Pflaster, schmutzige Rinnsale aus der lecken Kanalisation, Katzenrudel und Taubennester in zerfallenen Kasernen" herrschen. Anstelle von Aufarbeitung mit

80

**0** 

Zeitzeugen oder Originaldokumenten gibt es in der alternativen Ethno-Gedenkstätte Kafka-T-Shirts und Ghetto-Pizzen. Den "Linien des Untergangs" soll ein ganz neues Bewusstsein, ein "Gedächtnis der Welt", eingehaucht werden. Das Vorhaben ist so absurd und kann den offiziellen Behörden von Theresienstadt natürlich nicht gefallen und wird daher kurzerhand plattgewalzt. Der Ich-Erzähler gerät daraufhin mit den Daten vermögender Holocaust-Überlebender und einem Schließfachschlüssel auf Irrwegen nach Weißrussland. Abseits der "Sonnenstadt Minsk", in der der letzte europäische Diktator Lukaschenko strahlend regiert, soll er mithelfen, der wahren "Geschichte des Grauens" des Zweiten Weltkriegs auf den Grund zu gehen und eine abstruse, komplett überdimensionierte Gedenkstätte mit aufzubauen. Zum Grauen der SS-Herrschaft während des Zweiten Weltkriegs kommen die Verbrechen des NKWD hinzu; offenbar der "Teufel hatte seine Werkstatt" genau dort. "Wühlst Du in einem alten Grab, brichst Du den Lebenden die Rippen." "Wenn wir [in Weißrussland] unsere Vergangenheit verlieren, haben wir auch keine Zukunft."

Topols schonungslose Entlarvung des KZ-Tourismus strotzt nur so vor treffsicherer Boshaftigkeit, schießt manchmal jedoch gewaltig übers Ziel hinaus. Topol verliert sich allzu oft in giftigen, sarkastischen Anspielungen auf die Aufarbeitungs- und Vermarktungswut und lässt nur wenig Raum für stilles Gedenken der tragischen Ereignisse. Allerdings kritisiert er durchaus zurecht, dass sich die internationale Aufmerksamkeit zu sehr auf Theresienstadt, Auschwitz-Birkenau oder andere "bekannte" Konzentrationslager fokussiert und dabei die Gräuel und Tragödien auf weißrussischem Territorium kaum Beachtung finden.

### Vladimir Sorokin, 23~000, Berlin Verlag GmbH, Berlin 2010, $332~\mathrm{S}.$

"Das sind die 23 000 Strahlen des Ursprünglichen Lichtes, die das Universum mit allen Sternen und Planeten hervorgebracht haben und dann versehentlich zu Lebewesen auf dem Planeten Erde wurden, aus denen sich die Menschen entwickelten. 23 000 Geschwister an der Zahl, über alle Welt verstreut, die sich danach sehnen, wieder zu Strahlen des Ursprünglichen Lichtes zu werden … einen Kreis bilden und ihre Herzen miteinander sprechen lassen. Sobald das passiert, verschwindet die Erde."

Der Berlin Verlag macht sich seit Jahren sehr verdient um die Veröffentlichung neuer russischer Literatur, die zu einer eindrucksvollen Stimme der geistigen, seelischen und sozialen Lage des Landes geworden ist. Zu den Protagonisten der russischen Literaturszene zählt unzweifelhaft Vladimir Sorokin,

2300 Parama Berlin Kelaga

Vladimir Sorokin

der spätestens seit seinem in Paris erschienenen Roman *Die Schlange* international bekannt wurde. Sorokin zählt neben Viktor Jerofejew (*Die Moskauer Schönheit, Der gute Stalin*) und Viktor Pelewin (*Generation P, Das heilige Buch der Werwölfe*) zu den Hauptvertretern der neuen postmodernen Schriftstellergeneration in Russland.

2010 erschien der wiederum von Andreas Tretner übersetzte letzte Teil seiner LJOD-Romantrilogie. Nach *LJOD – Das Eis* und *BRO* ist auch der dritte Teil *23 000* ein schwer verdauliches, enorm provozierendes Stück Literatur, das einem Schock des Erwachens in post-kommunistischer Orientierungslosigkeit gleicht. Sorokin konfrontiert die Seelenlosigkeit des gegenwärtigen Daseins mit einer utopischen, zugleich verführerischen Sprache des Herzens und des Gefühls. Seine Trilogie ist wie geschaffen für ein Drehbuch für einen Science-Fiction-Thriller mit überaus fantastischen Actionelementen. Schnelle Schnitte gepaart mit einer knappen, derben Straßensprache wechseln mit detaillierten Handlungsschilderungen ab. *23 000* ist eine rasante Mafia-Verfolgungsjagd, schnell zu lesen wie "Counter-Strike" zu spielen und zugleich ein postmoderner Alien-Alptraum im Romangewand. Ausgeflippte Hollywood-Regisseure wie Quentin Tarantino, die zumeist sinnfreie Filmkost anbieten, hätten ihre helle Freude an der Vorlage, allerdings wohl Schwierigkeiten, die Fülle an feinen literarischen Anspielungen zu erkennen.

Ein 1908 in Sibirien abgestürzter Eis-Meteorit ist der Ursprung für "Ljod, einen idealen kosmischen Stoff, den das ursprüngliche Licht hervorbringt." 23 000 Auserwählte, "Geschwister des Lichts", werden 23 Herzenswörter aussprechen, dann werde sich die Erde in einen kosmischen Glückszustand, das ewigwährende Gute auflösen. So soll das große "metaphysische Loch Russland" gestopft werden, die gnadenlose Sinngebung wird den allergrößten Teil der Menschheit zwar vernichten, dafür wird aber die Kraft des Lichts und der Liebe die triviale Dominanz der "Fleischmaschinen" ein für allemal brechen und den Auserwählten zur endgültigen Macht verhelfen. "Sprechen, sehen, verstehen, fließen, fühlen" – das soll letztendlich in einem apokalyptischen, endzeitlichen Gemälde nur den 23 000 Mitgliedern der Bruderschaft vorbehalten bleiben. In einer pseudo-religiösen Zeremonie gigantischen Ausmaßes kommt es für die beiden Protagonisten Olga und Björn zum großen Show-down.

Vladimir Sorokin persifliert nicht, flieht nicht in sinnentleerte Darbietungen, sondern nutzt die in Russland weit verbreiteten Heilsvorstellungen und utopistischen Theorien, um eine scharfe Trennlinie zwischen Licht und Finsternis, zwischen Körper und Seele, zwischen Erwählten und Dahinvegetierenden zu ziehen. Sorokin gelingt dadurch eine außerordentliche literarische Provokation, da er esoterische Heils- bzw. Wahnvorstellungen mit der Geschichte des Stalinismus und des Nationalsozialismus verknüpft. Auch der im heutigen Russland vorherrschende darwinistische Haifisch-Kapitalismus passt in dieses grandios entworfene Bild einer Welt, die komplett aus den Fugen geraten ist. Irrsinnige Heilsversprechungen und diktatorische Gewalt müssen endgültig einer Kultur der mitmenschlichen Zivilisation weichen. Sorokins Romantrilogie handelt neben seinen Abschweifungen ins Absurde auch von der totalen Umwertung aller Werte – Liebe ist Gewalt, Zuneigung ist Mord, Licht bedeutet Vernichtung!

#### Rezensionen

# Martin Dabrowski, Judith Wolf, Karlies Abmeier (Hg.): Die EU-Erweiterung gerecht gestalten. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn München Wien Zürich 2010, 159 S.

Dieser in der Reihe "Sozialethik Konkret" veröffentliche Sammelband stellt die Dokumentation einer interdisziplinären Fachtagung dar, die im September 2009 durchgeführt wurde. In den vorliegenden Referaten und Korreferaten werden mit Hilfe sozialethischer Prinzipien – durchaus kontrovers – Kriterien für die gerechte Gestaltung der EU-Erweiterung entwickelt. Dabei steht die Frage nach der Verminderung des sozioökonomischen Gefälles zwischen den EU-Altstaaten und den Ländern Ostmitteleuropas sowie den südosteuropäischen Beitrittskandidaten im Mittelpunkt der Erörterungen. Das seit vielen Jahren dafür eingesetzte Instrument ist die EU-Köhäsionspolitik, die sich im Falle der Süderweiterung der EU um die damals noch relativ rückständigen Beitrittsstaaten Spanien und Portugal als probates Mittel zur Minderung der außerordentlich großen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Unterschiede erwiesen hat. Cum grano salis lässt sich dies sicherlich auch für die dynamische Entwicklung in Irland postulieren.

Martin Dabrowski | Judith Wolf | Karlies Abmeier (Hrsg.)

Die EU-Erweiterung

Die sich aus der sehr unterschiedlichen gesellschaftspolitischen

Entwicklung im geteilten Europa ergebenden gravierenden Asymmetrien stellten bei der im Mai 2004 erfolgten Osterweiterung der Union allerdings eine einzigartige Herausforderung dar, die sich ganz grundlegend von den vorangegangenen Erweiterungsprozessen unterschied. In diesem Kontext muss die Frage nach der Ausrichtung der EU-Kohäsionspolitik und der damit verbundenen Gerechtigkeitsdebatte sicherlich neu gestellt werden.

Dementsprechend beschäftigt sich der Sozialethiker *Christof Mandry* mit der Idee der sozialen Kohäsion und der Sozialpolitik der EU. Er fordert in diesem Kontext ein europäisches Bürgerbewusstsein, da dies die Voraussetzung für das solidarische Denken und Handeln der Europäer darstelle. In der offenen Methode der Koordinierung erblickt er ein geeignetes Mittel, um die sozialen Standards in der EU allmählich anzugleichen. Im Zusammenhang mit der EU-Kohäsionspolitik hebt *Mandry* hervor, dass es dabei nicht um die Entwicklung von Regionen, sondern um die Förderung von Menschen gehe.

Der Personalismus steht auch im Vordergrund des Beitrags von *Gerhard Albert*, dem Geschäftsführer von Renovabis. *Albert s*pricht sich dafür aus, dass jeder EU-Partner in seiner Eigenart wahrgenommen und wertgeschätzt werden müsse. Dabei räumt der Autor allerdings mit Blick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise und die schwierige soziale Situation in den ostmitteleuropäischen Ländern ein, dass die

Gestaltungsspielräume der Regierungen und der im Entstehen begriffenen Bürgergesellschaften weiterhin sehr gering seien. Albert gibt auch zu bedenken, dass die in Ostmitteleuropa entstehende Mittelschicht mit gravierenden wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen habe und dass die berufsbedingte Mobilität, zum Beispiel die massive Arbeitsmigration von Polen und Rumänen, die sozialen Bindungen in den Heimatländern gefährde.

Helmut Renöckl versucht, die Frage zu beantworten, was Europa zusammenhalte, wobei er im Hinblick auf die Kohäsionspolitik und die sozialen Standards in erster Linie Mittel-Ost-Europa im Blick hat. Der Autor attestiert den postmodernen europäischen Gesellschaften eine mentale und soziokulturelle Orientierungslosigkeit, die nur durch die konsequente Anwendung der Prinzipien der Nachhaltigkeit und Subsidiarität überwunden werden könne. In der Finanz- und Wirtschaftskrise erblickt Renöckl einen wichtigen Bewährungstest für Europa. Falls dieser misslinge, drohen Abwärtsspiralen und Entsolidarisierung. Wissenschaft, Technik und Wirtschaft müssten dem gemäß wieder auf (christliche) Sinn- und Wertorientierung, auf Gemeinwohl und Lebensdienlichkeit ausgerichtet werden.

In seinem Korreferat setzt der bulgarische Theologe *Kliment Hristov* auf die Botschaft der gemeinsamen christlichen Werte, da mit ihrer Hilfe allfällige Benachteiligungen innerhalb Europas ausgeglichen werden könnten. Von seiner Heimat, in der er weiterhin die alten Seilschaften am Werke sieht, zeichnet der Autor ein recht düsteres Bild.

Der Wirtschaftswissenschaftler *Eric C. Meyer* setzt sich mit den Beziehungen sozialer Standards zur EU-Kohäsionspolitik auseinander. Im Hinblick auf die Angleichung europäischer Sozialstandards spricht sich *Meyer* für eine differenzierte Bewertung aus, da sich eine zu starke Vereinheitlichung als wirtschaftlich schädlich erweisen könnte.

Dem Verhältnis von Arbeitsmarktpolitik zu den Inhalten der Kohäsionspolitik ist der Beitrag des Sozialethikers *Joachim Wiemeyer* gewidmet. Der Autor arbeitet heraus, dass eine lediglich am BIP orientierte Wohlstandserhebung die Einkommensverschiebungen und -verluste der niedrigen Lohngruppen nicht berücksichtige und deshalb sozialethisch fragwürdig sei. Aufgrund der weiterhin bestehenden großen Einkommensunterschiede zwischen Ost und West spricht sich *Wiemeyer* deshalb für eine Verlängerung der Übergangsfristen beim freien Zugang auf den westeuropäischen (deutschen) Arbeitsmarkt aus.

Das Gegenteil behauptet *Matthias Schäfer* von der Konrad Adenauer Stiftung, der gerade in der Freizügigkeit einen Grundpfeiler der europäischen Idee erblickt und sie auch für ethisch vertretbar hält. Auch gibt *Schäfer* zu bedenken, dass Deutschland durch die volle Nutzung der 7-jährigen Übergangsfrist zwar seinen Arbeitsmarkt geschützt, aber dadurch weitere Wachstums- und Angleichungsprozesse in der EU verhindert habe. Ähnlich sieht dies Katharina von Schnurbein als Sprecherin der EU-Kommission. Sie erblickt in der Arbeitnehmerfreizügigkeit das beste Mittel der Kohäsion innerhalb der EU-Grenzen.

Einen ganz anderen Charakter haben die sich anschließenden Beiträge kroatischer Autoren. Die Theologen *Pero Aračić* und *Ivo Džinić* formulieren in einem einseitigen und polemischen Beitrag die Erwartungen des Beitrittslandes Kroatien an die Kohärenzpolitik der EU. In einem aus national(istisch)er kroatischer Opfersicht

85

gehaltenen historischen Überblick, reihen sie die "Sünden" Europas und der EU gegenüber Kroatien und den Kroaten aneinander. Auf die Gegenwart bezogen kommentieren sie parteiisch den territorialen Konflikt mit Slowenien (Seegrenze in der Bucht von Piran), die Minderheitenpolitik der EU gegenüber Kroatien (Rückführung geflüchteter Serben) sowie die zweifelhafte Kooperationsbereitschaft Kroatiens hinsichtlich der Auslieferung kroatischer Kriegsverbrecher (*Ante Gotovina*) und üben massive Kritik an der von der EU betriebenen Kroatienpolitik.

Wesentlich gemäßigter und konstruktiver fällt hingegen das Korreferat des Theologen *Daniel Glunčić* aus, der die Begriffe der Freiheit und Solidarität in den Mittelpunkt seiner Erwägungen stellt und der auf die jetzt schon bestehende Brückenfunktion Kroatiens zu Südosteuropa hinweist.

Schließlich kommentiert der Politologe *Oliver Schwarz* die Beiträge seiner kroatischen Kollegen *Aračić* und *Džinić* angemessen scharf; er verdeutlicht, dass es für Kroatien – wie im Falle Rumäniens und Bulgariens – keinen EU-Beitritt auf Vorschuss gegen werde, und setzt sich intensiv mit den nationalistischen Tendenzen innerhalb der EU (Konflikte zwischen Mazedonien und Griechenland, Slowenien und Kroatien sowie mit der Kontroverse um die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo) auseinander. Der andauernde und nicht lösbare Konflikt zwischen Nation, Staat, Eigeninteresse auf der einen Seite und Gemeinschaft, Solidarität und Partnerschaft auf der anderen sei für die EU charakteristisch und müsse von allen Mitgliedsstaaten ausgehalten werden. Schwarz gibt schließlich zu bedenken, dass das Scheitern des kroatischen Beitrittsprozesses zu einer "handfesten Wertekrise" des gesamten europäischen Integrationsprojekts führen könnte.

Der vorliegende Sammelband spiegelt nur in Ansätzen und überwiegend aus Sicht der katholischen Soziallehre die in der gesamten EU anhaltende Gerechtigkeitsdebatte wider. Die aufgrund der Sparbeschlüsse der einzelnen europäischen Regierungen angefachten nationalen Konflikte sowie die die sozialen Standards betreffenden Auseinandersetzungen und Gerechtigkeitsdebatten in den EU-Mitgliedstaaten stellen ebenfalls nur einen Ausschnitt der Gesamtproblematik dar, in der es um nichts anderes als um die Zähmung des destruktiven und die Lebensverhältnisse zahlreicher Europäer existenziell betreffenden real existierenden Kapitalismus geht. Insofern stellt sich nicht nur die im Buchtitel avisierte Frage nach einer gerechten Gestaltung der EU-Erweiterung, sondern es tut sich insgesamt das Dilemma auf, ob die EU überhaupt in der Lage ist, mit Hilfe ihrer bisherigen Wirtschaftsphilosophie und ihren auf Angleichung der Lebensverhältnisse zielenden Politiken Gerechtigkeit walten zu lassen.



Dieses Buch, das nunmehr in dritter Auflage als Taschenbuch in der "Beck'schen Reihe" erscheint, ist ein zuverlässiger Wegweiser durch die komplexe Landschaft Mittel- und Osteuropas, die durch die epochalen Ereignisse des Jahres 1989 – also vor über zwanzig Jahren -mächtig aufgewühlt und durcheinander gewirbelt wurde. Der seit einigen Jahren in Berlin lebende Schriftsteller Györgi Dalos berichtet dabei aus der Perspektive eines mitfühlenden, aber distanzierten Beobachters über das Ende der Diktaturen in Osteuropa, das sich in den hier präsentierten Ländern und Gesellschaften in der Tat sehr unterschiedlich vollzog. Der Band verfügt über ein schmales Quellenverzeichnis, informative Zeittafeln und ein leider etwas unvollständiges Personenregister. Unangenehm fällt auch auf, dass die im Original in polnischer Schreibung zitierten Orts- und Personennamen fast durchgängig fehlerhaft, mit falsch gesetzten diakritischen Zeichen versehen wurden, oder diese ganz fehlen. Hier hätte sorgfältiger lektoriert werden müssen.

Ansonsten gibt es an diesem spannenden und aus einer humorvollen, zuweilen ironischen Erzählperspektive verfassten Buch nur wenig auszusetzen. Darstellung, Interpretation und Anekdote halten sich die

Waage, und so kommen sowohl Experten als auch Laien auf ihre Kosten.

Im ersten Kapitel, das dem Untergang der UdSSR gewidmet ist, beschreibt der Autor detailliert und etwas spöttisch den Verfall und Niedergang des Sowjetsystems samt seiner nicht mehr geschäftsfähigen Eliten. Dabei wird auch die Rolle des besonders im Westen geachteten und beliebten Reformers *Gorbatschow* durchaus kritisch beleuchtet. Erhellend sind besonders jene Passagen, in denen *Dalos* das Dilemma der tiefen Entfremdung zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten schildert, hier vor allem die harte Kritik *Gorbatschows* an den Betonköpfen *Honecker*, *Kádár* und *Schiwkow*, ganz zu Schweigen von der Einschätzung des eigenwilligen und unberechenbaren Selbstherrschers *Ceauşescu*. Es wird herausgearbeitet, dass die Verbündeten in den von *Gorbatschow* initiierten Reformen in erster Linie die einzigartige Chance erblickten, die Diktatur im eigenen Land loszuwerden.

Das zweite Kapitel, das den treffenden Titel "Die Tafelrunde der Erbfeinde" trägt, ist dem gegenüber dem real existierenden Sozialismus notorisch renitenten Polen gewidmet. Dieser immer wieder aufflammende heftige Widerstand war nicht zuletzt der starken Stellung der katholischen Kirche Polens geschuldet. Im Fokus der Schilderung steht die Entwicklung der organisierten Opposition bis hin zur Massenbewegung "Solidarność" sowie die sich bereits im Vorfeld der Bildung des "Runden Tisches" einstellenden, zum Teil sehr tief reichenden Differenzen zwischen den einzelnen Gewerkschaftsflügeln. Allerdings wird auch auf das lange Zeit einigende, verbindliche Ethos abgehoben, auf den Zusammenhang zwischen Wohlstand, menschlicher Würde

und Integrität, der in der Losung "Kein Brot ohne Freiheit" zum Ausdruck kam. *Dalos* schildert zutreffend, wie die einst sozialistische Orientierung der Gewerkschaft bereits vor und erst recht nach der Wende des Jahres 1989 vollends unter die Räder kam. Das bis heute kontrovers diskutierte Modell des Runden Tisches, an dem die Machthaber, die Oppositionellen und nicht zuletzt kirchliche Vertreter nach einem gesellschaftlich verträglichen Kompromiss suchten, schien damals – auch für die übrigen Volksdemokratien – Modellcharakter zu haben. Die abschließende Einschätzung des Autors, dass die Eliten in Polen wohl kaum an den hohen Preis dachten, den gerade die Ärmsten nach der Wende zahlen mussten, ist nach den leidvollen Erfahrungen der transformationsgebeutelten Menschen in Polen und in anderen ehemaligen Ostblockstaaten durchaus zutreffend. Die so erkaufte Freiheit hatte in der Tat einen bitteren Beigeschmack und produzierte materielle Unsicherheit und geistige Orientierungslosigkeit bei der Masse der Transformationsverlierer, zu denen in erster Linie die Arbeiterschaft gehörte, die sich so vehement für den Systemwandel eingesetzt hatte.

Für sein Heimatland Ungarn charakterisiert Dalos die Wende zu Kapitalismus und Demokratie in ironischer Manier als "gemütlichen Weltuntergang". Dabei hebt der Autor auf die sich nach den traumatischen Erfahrungen des Jahres 1956 herausbildenden Elemente des ungarischen Gulasch-Kommunismus ab, zu dessen Personifizierung der sowjettreue Unterdrücker des Volksaufstands von 1956, Janos Kádár, wurde. Die frühe Westorientierung des Landes sowie die liberalen Ansätze im Ungarn der ausgehenden 1980er Jahre – mit der vorsichtigen Privatisierung staatlicher Betriebe (1987) und der Einführung des Weltpasses (1988) – "wodurch Reisefreiheit gewährt wurde, vermochten das wie auch immer definierte liberal-sozialistische System nicht am Leben zu erhalten. Auch in Ungarn kam es zwischen den zahlreichen Gruppen der Menschenrechtler und den (schwachen) Machthabern zu Rundtischgesprächen, allerdings ohne Beteiligung der Kirche, wie das in Polen der Fall war. Im Unterschied zu Polen - so Dalos - habe man in Ungarn nicht mit "einem zeitnahen Kriegszustand im Hintergrund, sondern aus der zynisch-gemütlichen Atmosphäre der späten Ära Kádár heraus" verhandelt. Überdies sich die ungarische Bürgerrechtsbewegung nach Erreichung grundsätzlichen Ziele selbst überflüssig, während aus der Gewerkschaftsbewegung "Solidarność" im Laufe der Jahre mehrere politische Parteien entstanden.

In einem weiteren, ausführlichen Kapitel beschreibt *Dalos* die Sonderstellung der DDR, die es als sozialistischer "Musterstaat" mit einem übermächtigen kapitalistischen und gegnerischen deutschen Bruderstaat zu tun hatte. Hier stand man im ideologischen Wettstreit, konnte aber aufgrund enormer wirtschaftlicher Probleme, die zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 führten, unter den sich verändernden Rahmenbedingungen der von der Bundesrepublik eingeleiteten Ostpolitik sowie auf wirtschaftliche Unterstützung seitens der kapitalistischen Brüder zählen. Gleichzeitig wurde die DDR nach einem enormen Aderlass an Menschen ab 1961 hermetisch abgeschottet und die Zonengrenze samt Mauer zum Symbol eines unmenschlichen, zutiefst verunsicherten Systems, das – ähnlich wie die übrigen Staaten des Ostblocks – die elementarsten Grundrechte ihrer Bürger mit Füßen trat. Große Teile der Darstellung sind demnach auch dem Phänomen Flucht und Ausbürgerung sowie dem Freikauf

aufmüpfiger DDR-Bürger und ihrer Übersiedlung in die BRD gewidmet. Hierhin die diskret-grenzüberschreitenden, unorthodoxen gehören auch Geldbeschaffungsaktionen eines Alexander Schalck-Golodkowski, die sicherlich auch dazu beitrugen, dass der SED-Staat mit seiner maroden Wirtschaft nicht schon früher implodierte. Bedroht sah sich das Regime aber nicht nur von außen, sondern auch im Innern durch die steigende Zahl von Dissidenten und die im Laufe der Jahre entstehenden Oppositionsgruppen, die durch ein Heer von Stasimitarbeitern und Spitzeln überwacht und verfolgt wurden. Dabei suchte die demokratische Opposition der DDR durchaus nach einem dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus und unterstützte eine gesamtgesellschaftliche Transformation, die durchaus auch die BRD verändern sollte. Angesichts des Beitritts des Landes zur BRD waren diese Träume aber bald verflogen.

Dem Umbruch in Bulgarien attestiert der Autor, dass es sich dabei um einen echten Kollaps und demgemäß lediglich um eine imitierte Revolution gehandelt habe. Lange Passagen sind dem Diktator Todor Schiwkow gewidmet, der für Dalos nur zur zweiten Riege bulgarischer Kommunisten gehörte. Hervorgehoben wird auch die große Nähe zur UdSSR und die Rohstoffabhängigkeit von ihr, wodurch Bulgarien zum Aufbau einer monströsen, umweltvernichtenden, die UdSSR imitierenden Großindustrie verleitet wurde. Dalos erwähnt auch den gefürchteten Geheimdienst, der die Gesellschaft erfolgreich einschüchterte und dessen Verwicklung in das Attentat auf Papst Johannes Paul II nie ganz aufgeklärt wurde. Durch die vom großen Bruder in Gang gebrachte Perestrojka und die damit verbundene Glasnost sei das Regime schließlich in ein tiefes Dilemma gestürzt worden, da man die Folgen dieser Entwicklung nicht kalkulieren konnte. Angesprochen wird auch die repressive Minderheitenpolitik der 1980er Jahre gegenüber Türken und Pomaken (Zwangsbulgarisierung), die das Land viel Ansehen kostete und für veritable Konflikte mit dem Nachbarn Türkei sorgte. Der Mangel an demokratischen Traditionen verhinderte, dass es eine nennenswerte politische Opposition gab. Mit der durch die UdSSR abgesegneten Wende und der nur sehr allmählich einsetzenden Demokratisierung des Landes kam es zu einer tiefreichenden Wirtschaftskrise, an der das Land noch lange zu laborieren hatte. Grundlegende strukturelle Veränderungen erfolgten spät, so dass sich der EU-Beitritt des Landes entsprechend verzögerte.

Systemwende in der ČSSR apostrophiert Dalos als "Revolte mit Samthandschuhen", zumal das Land zu den wirtschaftlich erfolgreichen und sozial sozialistischen ausgeglichenen Staaten zählte. Die kommunistischen Befriedungsversuche nach der Katastrophe von1968 bestanden darin. Grundbedürfnisse halbwegs zu befriedigen und eine die Arbeitskräfte schonende, niedrige Arbeitsproduktivität zu garantieren. Die Bürgerbewegung Charta 77 besaß in der Gesellschaft nur eine schmale Basis; die Menschen blieben passiv. Das Angebot der Opposition an die Gesellschaft war zu schwach. Als es am 21. August 1989 aus Anlass des 21. Jahrestages des Einmarsches der Warschauer Pakt-Truppen zur einer Protestkundgebung auf dem Wenzelsplatz kam, wurde sie von den Machthabern brutal aufgelöst. Allerdings waren die Proteste nicht mehr aufzuhalten. Der für diese Vorgänge häufig verwendete Begriff "Revolution" bleibe aber weiterhin diskutabel, zumal die

89

erneute Wahl *Dubčeks* (zum Parlamentspräsidenten) und des Dissidenten *Václáv Havel* (zum Staatpräsidenten) mit den Stimmen zahlreicher Kommunisten erfolgte. Dieser weitgehend friedlich verlaufende Systemwandel hatte in der einige Jahre später erfolgenden unspektakulären Trennung des Landes in Tschechien und Slowakei eine Entsprechung.

Die Wende in Rumänien charakterisiert Dalos als "Revolution bei Grabeskälte". Der Autor beschreibt mit feiner Ironie den grotesken Realitätsverlust des Diktators Ceausescu, der noch kurz vor seinem Sturz eine Auslandsreise in den Iran antrat und in einem Interview mit den Errungenschaften der rumänischen Industrie und Wirtschaft prahlte. Tatsächlich war Rumänien das einzige sozialistische Land, das durch einen Sparkurs, wahnwitzigen der zu einer regelrechten Verelendung Bevölkerungsteile führte, seine Westschulden fast vollständig tilgte. Geschildert wird die Sonderstellung des Landes im Hinblick auf seine relativ selbstständige, zuweilen eigensinnige Außenpolitik, die zu erheblichen Spannungen mit der UdSSR führte, vom Westen aber entsprechend positiv goutiert wurde. Hervorgehoben werden die grotesken Formen des Personenkults um den Conducator, die in keinem Verhältnis zur Unterdrückung durch den berüchtigten Geheimdienstapparat und zur materiellen Verarmung der Bevölkerung standen. Beachtung findet auch die wahnwitzige Umsiedlungspolitik mit der bewusst in Kauf genommenen Zerschlagung gewachsener Dörfer und Gemeinschaften, die sich zu einer regelrechten Völkerwanderung auswuchs, sowie die staatlich reglementierte Bevölkerungspolitik, die die Mehrung der rumänischen Bevölkerung zum Ziel hatte. Die Brutalität des Diktators und seines als Playboy agierenden Sohnes, mit der die spät ausbrechenden Proteste der Bevölkerung niedergeschlagen wurden, vermochten indes das blutige Ende Ceausescus nicht zu verhindern, der schließlich auch von seinen getreuen Vasallen fallen gelassen wurde. Allerdings stellte der alles andere als rechtsstaatlich gegen ihn durchgeführte Prozess sowie seine Exekution eine düstere Farce dar und diente – so die Vermutung von Dalos - dazu, dem in den Straßen der Städte von wem auch immer angezettelten Terror ein Ende zu setzen.

Der Band schließt mit einem Text, der bereits 1985 entstand und in dem *Dalos* die Utopie der Befreiung der Sowjetunion von ihren Satelliten entwirft. Die darin enthaltenen Konföderationspläne für Ostmittel- und Südosteuropa lesen sich auch heute noch interessant, obschon die Wirklichkeit des Jahres 2011 diese unerhörte Utopie aus der Mitte der 1980er Jahre schon längst überholt hat. Dafür steht die inzwischen als normal geltende Tatsache, dass all diese Staaten mittlerweile Mitglieder der Europäischen Union sind.

ZW

Ralf Elm, Ingo Juchler, Jürgen Lackmann, Siegbert Peetz (Hg.): Grenzlinien. Interkulturalität und Globalisierung: Fragen an die Sozial- und Geisteswissenschaften. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts. 2010, 158 S.



Der vorliegende Band dokumentiert eine im Juni 2008 an der Pädagogischen Hochschule Weingarten durchgeführte Fachtagung. Dementsprechend lehren die meisten der hier versammelten Autoren an dieser Hochschule.

Die Texte dieses interdisziplinär angelegten Projekts kreisen um die Frage der Auswirkungen der Globalisierung auf die Sozial- und Geisteswissenschaften und bemühen sich aus der Sicht des jeweils vertretenen Faches erste Antworten auf das in der Tat komplexe Verhältnis von Globalisierung und Interkulturalität und seiner wissenschaftlichen Reflexion und Behandlung zu geben.

Im ersten Kapitel setzt sich *Christoph Jamme* mit dem schillernden Begriff des Mythos auseinander (kultisch-religiös, historisch-sozial, politisch sowie in seiner lehrhaften und ästhetischen Funktion), diskutiert die Ansätze von *Edmund Husserl, Martin Heidegger, Ernst Cassirer* sowie *Jan Patočka* und hält für die gegenwärtig geführte Diskussion fest, dass der Mythos zum Zeichen einer Selbstkritik moderner Philosophie geworden sei und damit auch den eigenen kulturellen Horizont relativiere. Die Kritik münde in einer Revolte gegen die Vernunft, die mit Herrschaft gleichgesetzt werde.

Auch hebt der Autor unter Berufung auf *Leszek Kołakowski* und *Gerd Brand* hervor, dass allein der Mythos durch die Einbettung der eigenen Geschichte in einen erzählten sinngebenden Zusammenhang über ein soziales und historisches Sinnverständnis verfüge. Insofern seien Mythen ständig präsent und lebensnotwendig und bestimmten in hohem Maße die conditio humana.

Der sich anschließende, sehr ausführliche – weil 35 Seiten umfassende – Aufsatz von *Ralf Elm*, dessen gewinnbringende Lektüre ein solides philosophisches Grundwissen zur Voraussetzung hat, behandelt das Verhältnis von Hermeneutik und Interkulturalität, wobei *Heideggers* Hermeneutik der Moderne sowie *Gadamers* Hermeneutik der Verstehenspraxis der kulturellen Lebensformen im Zentrum der Überlegungen stehen. *Heideggers* Suche nach einem neuen, nicht metaphysischen Anfang und seine Kritik an der neuzeitlichen Modernität führten ihn im Hinblick auf den interkulturellen (planetarischen/globalen) Bildungsprozess zur Überzeugung, dass die Öffnung und der freie Blick auf andere Lebensformen nur möglich sei, wenn man sich auf die eigenen Grenzen und Voraussetzungen besinne. Das Andere soll nicht mehr nach instrumenteller Rationalität und entsprechendem Effizienzdenken bemessen (und vereinnahmt) werden, vielmehr habe man sich (quasi interesselos) auf andere Überlieferungen des Denkens einzulassen und müsse bereit sein, sich im Gespräch etwas sagen zu lassen. (S. 30)

Im Hinblick auf das Denken *Gadamers* geht es *Elm* in erster Linie um den Begriff der wirkungsgeschichtlichen Verflechtung, aus dem – unter Einbeziehung einer intensiven

Diskussion des hermeneutischen Zirkels – resultiert, dass wir umso besser verstehen, je mehr wir um unsere eigene wirkungsgeschichtliche und standortgebende Perspektivität wissen und mit ihr im Kontext an möglichen (fremden) Perspektiven arbeiten. (S.39) Ferner bemüht sich *Elm* um die Herstellung der (fehlenden) Verbindung zwischen hermeneutischer Philosophie und interkultureller Pädagogik. Er kommt dabei nach Rekonstruktion verschiedener – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelter – Ansätze interkultureller Bildung zum Ergebnis, dass die Bildung der Zukunft immer zugleich kulturelle und interkulturelle Bildung sein werde. Dabei dürfe das hermeneutische Wissen keinesfalls vernachlässigt werden, da es aufgrund seiner wirkungsgeschichtlich-kulturellen Vorgaben in besonderem Maße für andere kulturelle Horizonte und für fremdkulturelle Sinnzusammenhänge sensibilisiere. (S. 50)

Mit dem ethischen Trialog zwischen Juden, Christen und Muslimen am Beispiel der biblischen "Gottesbildlichkeit" und der koranischen "Stellvertreterschaft" beschäftigt sich Helmut Rommel. Angesichts der beklemmenden Tatsache, dass in der modernen, neoliberal bestimmten Marktgesellschaft die soziale Ungleichheit zusehends zu eine grundsätzlichen Ungleichwertigkeit werde, könne theologischen Ansätzen eine wichtige Rolle zukommen, indem sie sich von einem durch christlichen und islamischen Fundamentalismus belasteten Konfrontations- zu einem toleranteren Beziehungsdenken hinbewegten. Mit Unterschieden müsse dabei behutsam umgegangen werden; aus hermeneutischer Perspektive sei aber eine sich annähernde Verständigung möglich, ohne den Anderen zu vereinnahmen oder ihn geistig zu enteignen. (S. 65) Am Beispiel der Wertvorstellung vom Menschen als "Abbild Gottes" (hebräische Bibel und christliches Neues Testament) sowie der Vorstellung des Menschen als "Stellvertreter Gottes" im Koran (Khalīfat-Würde) und der hieraus für alle drei Religionen ableitbaren und in die gleiche Richtung weisenden anthropologischen Konvergenzen arbeitet Rommel die Vorzüge eines trialogischen Ansatzes heraus, durch den der theologisch begründete Wert des Menschen vor der ökonomischen Entwertung geschützt werden und die Vertiefung der trialogischen Konvergenz im Hinblick auf die universale Werthaftigkeit des Menschen angestrebte werden könne.

Mit dem Thermopylen-Mythos – als alter und neuer Grenzlinie im Kampf der Kulturen – setzt sich *Ingo Juchler* auseinander, wobei die intensive Diskussion der Überlieferung *Herodots* zunächst im Mittelpunkt steht. Der Autor rekonstruiert den historischen Kontext der Schlacht bei den Thermopylen, behandelt die Instrumentalisierung des Mythos im Zweiten Weltkrieg (*Hermann Görings* Rede vom 30. Juni 1943 und seine Deutung der Schlacht um Stalingrad), geht dann auf *Heinrich Bölls* Kurzgeschichte "Wanderer, kommst du nach Spa..." ein und beschäftigt sich abschließend mit der heutigen Adaption des Mythos in Gestalt des Comics *300* und der entsprechenden Filmversion aus dem Jahre 2007. Ging es in der ersten antiken Mythosvariante um die Auseinandersetzung zwischen Freiheit (Hellenen) und Despotie (Perser), so bemühte *Himmler* über zweitausend Jahre später in grob propagandistischer Weise das Bild vom bedrohten Abendland, das die heldenhafte Wehrmacht in Stalingrad vor den asiatischen Horden der Roten Armee verteidigt habe. In *Bölls* 1950 veröffentlichter Kurzgeschichte, in der die Sinnlosigkeit des Krieges dargestellt wird, ist der Mythos hingegen vollkommen illusionslos und von jeglichem Heldenpathos frei. Anders in dem Comic

und dem gleichnamigen Film 300, in dem die angebliche Differenz zwischen Abendund Morgenland wieder aufgegriffen wird und ein holzschnittartiges Schwarz-Weiß-Schema vorherrscht: das persische Heer als sklavische Vielvölkerhorde versus wohlgestalteten, heldenhaften Hellenen, die ihren Feinden auch unter widrigsten Verhältnissen trotzen. (S. 99) Juchler stellt die Verbindung zum aktuellen Konflikt zwischen den USA und dem Iran her und kommentiert in Anlehnung an eine Rezension des Historikers Stefan Rebenich, dass die amerikanische Filmindustrie den Clash der Kulturen im Jahre 2007 an die Thermopylen verlegt habe. Angesichts dieser im Lichte der Geschichtswissenschaften kaum haltbaren Instrumentalisierungen des gängigen Thermopylen-Mythos scheint – so die gut dokumentierte Auffassung des Autors – eine an Interkulturalität und Globalisierung orientierte Aufklärung sowohl in der schulischen als auch in der außerschulischen politischen Bildung bitter notwendig zu sein. (S. 102) Der Frage, ob die Welt in Kulturkonflikten versinken werde, geht Dieter Senghaas nach. Der Autor erteilt der These kultureller Bruchlinien sowohl auf der Makro- als auch auf der Meso- und Mikroebene eine entschiedene Absage, indem er verdeutlicht, dass Ethnokonflikte im Wesentlichen aus sozioökonomischen Problemlagen entspringen. In die Gesellschaft eingebaute Aufstiegsblockaden könnten - wie an einigen Beispielen gezeigt wird - bei durchgängiger Benachteiligung einer Ethnie zur Politisierung von Kultur und zu entsprechenden Konflikten führen. Ferner zeigt Senghaas auf, dass Menschenrechtsdebatten und die Durchsetzung von Menschenrechten in Zeiten des Umbruchs das Ergebnis öffentlicher Erregungen (colère public) waren und sich auch in Europa nicht aus einer ideengeschichtlichen Logik ergaben. Insofern seien Menschenrechte und deren Gewährung und Einhaltung immer von spezifischen soziopolitischen Konstellationen abhängig; demnach gebe es auch keinen einfachen, linearen Fortschritt bei der Realisierung von Menschenrechten. (S. 116)

Mit dem problematischen Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Globalisierung beschäftigt sich der Beitrag von Jürgen Lackmann. In Übereinstimmung mit der Theorie von John Maynard Keynes geht der Autor davon aus, dass es nicht die angeblich zu hohen Sozialleistungen sind, die die Ursache für die gegenwärtige Krise ausmachen, sondern vielmehr die unrealistischen Renditeerwartungen von Finanzinvestoren. Ferner stellt Lackmann das angloamerikanische Modell vor, analysiert die Folgen der Abschaffung der mittleren Führungsebene in Konzernen und Unternehmen sowie die Konsequenzen, die sich aus der immer schneller werdenden Zeit und dem Umstand ergeben, dass durch den vermehrten Einsatz von Unternehmensführungen nach Topdown-Muster gewachsene Strukturen bewusst zerschlagen werden. Lackmann kommt zu dem Zwischenfazit, dass die institutionellen Strukturen des modernen Kapitalismus das Individuum durchaus nicht stärken – wie gerne behauptet wird – , sondern vielmehr entmachten. (S. 121) Gleichzeitig konstatiert der Autor aber auch die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus, der nicht tot, sondern quicklebendig sei, der aber von einem politisch in Szene gesetzten anti-keynesianischen Kurs konterkariert werde. Dabei werde die wirkliche Krisenursache, die unrealistischen Renditeansprüche der Finanzinvestoren, tabuisiert oder verschleiert. Sicherlich hat Lackmann Recht, wenn er in diesem Kontext feststellt, dass keine demokratisch gewählte Regierung die von neoliberalen Beratern geforderten Kürzungs- und Sparprogramme durchhalten werde.

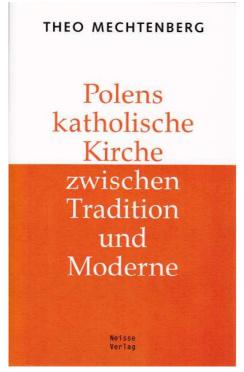
Der Autor spricht sich auch deshalb einerseits für eine größere Verteilungsgerechtigkeit zugunsten kinderreicher Familien aus, andererseits erteilt er nivellierenden Systemen staatlicher Umverteilung eine klare Absage. Insgesamt mahnt *Lackmann* in überzeugender Weise die Ausgewogenheit der Beziehungen von Freiheit und Gemeinschaft an.

Mit der Differenz als Theorieangebot für die Pädagogik setzt sich Gregor Lang-Wojtasik in dem den Band beschließenden Aufsatz auseinander. Indem der Autor eine von Lehramtsstudierenden formulierte Forderung aufgreift, dass man mehr über die Kulturen der Ausländerkinder erfahren solle, wirft er zunächst so fundamentale und nur schwer zu beantwortende Fragen wie "Was sind Kulturen?" oder "Wer ist 'wir'?" auf. Ausgehend von dieser Differenz des "wir" (Inländer) zu "sie" (Ausländer) beschäftigt sich Lang-Wojtasik mit der Differenz in der empirischen Bildungsforschung, wobei er das "Normalitätskonstrukt" der nationalen Schule hinterfragt. Im Anschluss daran behandelt er die Differenz als Kennzeichnung von Gegensätzen (International-Vergleichende Erziehungswissenschaft, Internationale Pädagogik) und die Differenz als Markierung von Unterscheidungen für die Bildung in der Weltgemeinschaft, um schließlich auf die Problematik des globalen Lernens einzugehen, bei der es um die Zuordnung von Fakten, Orientierung und Handlung gehe. Angestrebt werde ein Kompetenzerwerb, der ein verantwortliches Handeln in der Weltgesellschaft ermöglicht und mit dem zur Verwirklichung von Nachhaltigkeit und internationaler Gerechtigkeit beigetragen werden kann. (S. 149) Für die zu Beginn des Aufsatzes aufgestellte Forderung der Studierenden bedeute dies, dass eine Qualifikation anzustreben sei, die sie in die Lage versetze, individualisierte Lebenswege in einer pluralisierten Welt zu fördern. Voraussetzung hierfür sei die Entwicklung einer Pädagogik und Didaktik der Differenz.

Dieses zugegeben schmale Bändchen regt nach intensiver Lektüre zu einem ebenso intensiven Nach- und Weiterdenken an. Die in ihm enthaltenen Überlegungen, Theorieansätze und Desiderate markieren sicherlich nur einen kleinen Ausschnitt einer anhaltenden und spannenden Debatte, die gerade die Sozial- und Geisteswissenschaften besonders herausfordert und in Atem hält. Es ist gut, dass man sich in Weinheim trotz allwaltender Beschleunigungsprozesse die Zeit genommen hat, das Thema interdisziplinär zu behandeln. Dieses fächerübergreifende, entgrenzende Vorgehen sollte fortgesetzt und nachgeahmt werden, nicht nur in Weinheim.

ZW

# Theo Mechtenberg: Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne. Neisse Verlag. Dresden 2011, 265 S.



In seinem konzisen Vorwort schildert Theo Mechtenberg seine persönlichen Beziehungen und Bindungen zu einem Land, das er sich erst nach dem Mauerbau 1961 als ein aus Westdeutschland stammender und seit 1954 in der DDR tätiger katholischer Priester allmählich erschlossen hat. Den Durchbruch stellte für ihn dabei der 1965 aufgenommene Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe dar. In den folgenden Jahren war der Autor als Leiter der Magdeburger Katholischen Studentengemeinde Aussöhnungsprozess mit Polen beteiligt und nahm Kontakt zu den Klubs Katholischer Intelligenz (KIK), zum "Tygodnik Powszechny" in Krakau sowie zu den Zeitschriften "Znak" und "Więź" auf. Er lernte einige führende Vertreter der polnischen katholischen Intelligenz wie Anna Morawska, Jerzy Turowicz, Mieczysław Pszon, Stanisław Stomma. Tadeus<sub>z</sub> Mazowiecki und Władysław Bartoszwewski kennen, die vor und nach der friedlichen Revolution des Schwellenjahres 1980 im geistigen und politischen Leben Polens eine bedeutende Rolle spielten und maßgeblich am Sturz des Kommunismus und an der Aussöhnung mit Deutschland beteiligt waren.

Mechtenberg lebte und arbeitete bis 1979 sieben Jahre in der Volksrepublik Polen, wo er in Breslau als Germanist promovierte. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland hat er als langjähriger Mitarbeiter und Vorstandvorsitzender des Gesamteuropäischen Studienwerks in Vlotho ganz erheblich zum Abbau von Unwissen und Vorurteilen zwischen Deutschen und Polen beigetragen. Er ist ein profunder Kenner Polens und der polnischen katholischen Kirche und versteht sich als Mittler zwischen zwei Kulturen.

Zahlreiche, im Laufe der Jahrzehnte erschienene Bücher, Aufsätze und Rezensionen zum Selbstverständnis und zur Entwicklung der katholischen Kirche Polens, besonders nach 1989, zeugen davon, wie intensiv *Mechtenberg* mit der Materie vertraut ist. Der vorliegende Band stellt eine knappe, beeindruckende, an eine breite deutschsprachige Leserschaft gerichtete Summa dieser Beschäftigung dar.

Das Buch gliedert sich in elf Kapitel, in denen der Autor zunächst Basisinformationen zum religiösen und nationalen Ursprung des polnischen Katholizismus und zur Symbiose zwischen Kirche und Nation liefert. Dabei stellt er einige zentrale polnische Kult- und Wallfahrtsorte wie Gnesen, Tschenstochau und Krakau vor, befasst sich in einem kurzen Exkurs mit Auschwitz (*Maximilian Kolbe*, jüdisch-christlicher Konflikt um den Gedenkort Auschwitz) und charakterisiert dann die für Polen so typische Symbiose von Kirche und Nation.

Nach dieser historischen Hinführung, in der es *Mechtenberg* überzeugend gelingt die historischen Bedingtheiten und Besonderheiten der polnischen katholischen Kirche und

des polnischen Katholizismus herauszuarbeiten, schildert der Autor die Entwicklung nach 1945 und den in der VR Polen einsetzenden Kirchenkampf. Die katholische Kirche und ihr nahestehende Intellektuelle und Politiker standen in klarer Opposition zur sozialistischen Staatsräson und setzten sich vehement für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Symbolisch für diese hart geführten Auseinandersetzungen um die politische Zukunft Polens und die Haltung der Polen steht die Gestalt des unbeugsamen Kardinalprimas *Stefan Wyszyński*, der sich dem totalitären Anspruch des Staates erfolgreich widersetzte, ohne dabei die Interessen der Kirche Polens und der polnischen Nation aus den Augen zu verlieren.

Mit der im Oktober 1978 erfolgten Wahl des Krakauer Kardinals *Karol Wojtyła* zum Papst begann für Polen und die übrigen sowjetisch dominierten Länder eine neue Ära, die den Beginn des Anfangs vom Ende des Kommunismus markierte. Dementsprechend widmet der Autor die nächsten Abschnitte den Pilgerfahrten Johannes Pauls II nach Polen und dem Freiheitskampf der "Solidarność". Zentrale Ereignisse und Entwicklungen, wie die Ermordung des Priesters *Jerzy Popietuszko* durch den polnischen Geheimdienst sowie die Rolle der katholischen Kirche Polens bei der Überwindung des Kommunismus bis hin zum "Runden Tisch" werden differenziert analysiert und dargestellt

Viel Raum widmet *Mechtenberg* der nach Etablierung der Demokratie veränderten Rolle der katholischen Kirche Polens, deren Auseinandersetzung mit dem Liberalismus und der Tatsache, dass sie sich nunmehr nicht mit einer totalitären, sondern mit einer pluralistischen Gesellschaft auseinanderzusetzen hatte. Weitere Abschnitte behandeln die Einmischung der Kirche bei drängenden sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Verarmung und Korruption sowie die Versuche polnischer Parteien und Regierungen, die Kirche für sich und ihre Zwecke zu vereinnahmen. *Mechtenberg* schildert auch die erst sehr spät aufgedeckte skandalöse Kollaboration zahlreicher Priester mit dem kommunistischen Staatsicherheitsapparat und kritisiert, dass die Kirchenführung es versäumte, diese Fälle schon frühzeitig zu klären.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Ausführungen über die Haltung der polnischen Bischöfe zum EU-Beitritt Polens, die zwischen Skepsis und Zustimmung oszillierte, sowie über die Säkularisierungstendenzen in Polen, die von der Kirchenführung als besondere Herausforderung angesehen werden, besonders im Hinblick auf die "schleichende Laisierung" des Klerus. Ein kontrovers diskutiertes Thema, das weit in die Zwischenkriegszeit zurückreicht, als weite Kreise des polnischen Klerus der antisemitisch orientierten Nationaldemokratie nahe standen, bildet der Komplex des Antisemitismus, insbesondere der umstrittene Umgang der Kirchenführung mit den Pogromen der Nachkriegszeit und einem weiterhin weit verbreiteten Antijudaismus. Bekanntlich kam es erst nach der leidenschaftlich geführten und öffentlich ausgetragenen Debatte um das Massaker von Jedwabne seitens der katholischen Kirche Polens zum Eingeständnis eigener Schuld. Mit dem Hinweis auf eine verstärkte, wenn auch verspätete Rezeption von "Nostra aetate" gibt *Mechtenberg* seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Belebung des christlich-jüdischen Dialogs in Polen auch zukünftig Bestand haben werde.

Das letzte und längste Kapitel dieser insgesamt faktenreichen und abgewogenen Darstellung ist dem in der Tat langen Weg der Versöhnung zwischen Deutschland und Polen gewidmet, der vom Autor behutsam rekonstruiert wird. Schwerpunkte sind hier unter anderem die Beschreibung früher Versöhnungsaktivitäten – besonders seitens der kirchlichen Basis in der DDR – sowie die Darstellung der kirchlichen und politischen Rahmenbedingungen des Briefwechsels polnischer und deutscher Bischöfe aus dem Jahre 1965, die die Voraussetzungen für den nach der Wende von 1989/90 einsetzenden Dialog zwischen dem deutschen und polnischen Episkopat schufen. Neben kontroversen, ungelöst bleibenden Fragen ,wie die Beurteilung Vertreibung/Aussiedlung der Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten, werden auch einvernehmliche Initiativen – wie die Entschädigung von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen oder das Engagement von Renovabis in Polen – beleuchtet. Mechtenberg kommt in seiner Schlussbetrachtung zum Ergebnis, dass sich die katholische Kirche Polens weiterhin im Spannungsverhältnis von nationaler Tradition und einem nach der Wende des Jahres 1989/90 einsetzenden Prozess notwendiger Modernisierung befindet. Nicht nur die Ereignisse und die bis heute anhaltenden Debatten um das tragische Flugzeugunglück vom 10. April 2010 sowie der kompromisslos geführte Streit um das Kreuz vor dem Präsidentenpalast zeigen, dass sich Polens katholische Kirche und weite Teile der polnischen Katholiken nur sehr allmählich von der über Jahrhunderte gehegten und gepflegten Symbiose von Kirche und Nation zu lösen beginnen.

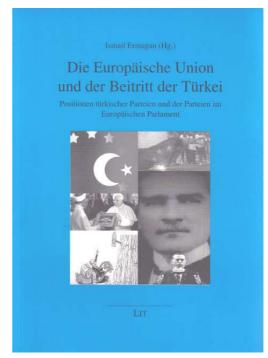
ZW

# Ismail Ermagan (Hg.): Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. Positionen türkischer Parteien und der Parteien im Europäischen Parlament. LIT Verlag. Berlin 2010, 289 S.

Der vorliegende Sammelband vereinigt die Beiträge von 15 Autoren, die die Positionen von politischen Parteien in der Türkei hinsichtlich der EU-Perspektive des Landes sowie europäische Parteioptionen im Hinblick auf die EU-Integration der Türkei widerspiegeln. Der Herausgeber hat für sein Projekt sowohl in der Türkei als auch in der EU mit Parteivertretern, die maßgeblich in die EU-Prozesse der Türkei involviert sind, ausführliche Interviews geführt und sie für die Veröffentlichung aufbereitet.

Überdies wurden in einigen Abschnitten des Buches die selbst verfassten Beiträge einiger Parteivertreter abgedruckt.

In einer ausführlichen, sehr nützlichen Einleitung beleuchtet *Ermagan* die Positionen türkischer und im Europäischen Parlament (EP) vertretener Parteien, wobei er sich in erster Linie mit den außenpolitischen Programmen auseinandersetzt. Er stellt zunächst fest, dass im Hinblick auf ihre offizielle Programmatik sowohl die seit 2002 amtierende AKP (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt) als auch die derzeit



oppositionellen Parteien CHP (Republikanische Volkspartei), MHP (Partei der Nationalen Bewegung) und DTP (Bewegung der demokratischen Gesellschaft) den EU-Beitritt der Türkei grundsätzlich befürworten. Dabei wird allerdings der regierenden AKP nicht nur seitens der EU, sondern auch seitens der türkischen Opposition der Vorwurf gemacht, seit 2005 die für den Beitritt notwendigen Reformen zu verzögern und eine islamistische Politik zu betreiben.

Im zweiten Teil des Buches, das aus Interviews und Beiträgen führender türkischer Politiker besteht, wird die Position der AKP durch zwei programmatische Beiträge von *Haluk Özdalgu* und *Özlem Turköne* detailliert vorgestellt. Beide hochrangigen Politiker der Regierungspartei polemisieren mit den europäischen Gegnern eines Beitritts der Türkei und gehen davon aus, dass die Türkei weiterhin eine reale Beitrittsperspektive habe (S. 35-57).

Die CHP, Urgestein der türkischen Parteienlandschaft und Gründerin der 1923 ausgerufenen türkischen Republik, versteht sich selbst als kemalistisch, laizistisch, aufklärerisch und der westlichen Zivilisation zugewandt. Ihre Repräsentanten werfen der AKP deshalb immer wieder vor, dass die Regierungspartei die von ihr halbherzig betriebenen EU-Reformen lediglich dazu benutze, ihrem eigentlichen Ziel, der Islamisierung der Türkei, näher zu kommen. Seit Anfang 2009 fährt die CHP einen ausgesprochen EU-freundlichen Kurs.

Yilmas Ateş, der Vizevorsitzende der CHP, gibt in einem ausführlichen Interview über die Position seiner Partei Auskunft und spricht sich eindeutig für die Vollmitgliedschaft

der Türkei in der EU aus. Gleichzeitig kritisiert er jedwede engstirnige, nationalistische Positionierung – sowohl in der Türkei als auch in der EU (S. 58-75).

MHP und DTP, beides Parteien, die sich in ihren Programmen einer ausgesprochen nationalistischen Diktion bedienen, haben ihre Positionen hinsichtlich des EU-Beitritts mehrmals geändert. Die MHP hat als an der Regierung beteiligte Partei zwischen 1999 und 2002 den EU-Prozess zwar unterstützt, lancierte allerdings gleichzeitig die These, dass die nationalen Werte der Türkei durch einen EU-Beitritt verloren gehen könnten. Im Fokus ihrer nationalistischen Kritik stehen dabei die ungeliebten "liberalen Kopenhagener Kriterien".

Osman Çakir, Vizepräsident der MHP, gibt zunächst einen historischen Überblick über die Entwicklung seiner Partei und kommt zum vorläufigen Ergebnis, dass ein Zusammengehen der Türkei mit der EU dafür sorgen könnte, dass Eurasien zu einer Insel des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands werde. Allerdings sei die Haltung der EU gegenüber der Türkei weiterhin von Misstrauen und Überheblichkeit geprägt, besonders im Hinblick auf die Kurdenfrage und die Bewertung der Terrororganisation PKK. Çakir wirft der EU hinsichtlich der mit Griechenland bestehenden Zypern- und Ägäisproblematik zudem Einseitigkeit und Scheinheiligkeit vor. Auch meint der Autor, dass die EU die Türkei im Kontext der "angeblichen Massaker an den Armeniern" bewusst verleumde. Eine gedeihliche Kooperation mit der EU könne es deshalb nur dann geben, wenn die Beziehungen zur Partei neu definiert würden (S.76-91).

Die DTP, die im Kontext der religiös und ethnisch besetzten Diskurse der 1990er Jahre gegründet wurde, war die erste Partei, die die EU-Integration der Türkei uneingeschränkt unterstützte. Mit ihren kurdischen Abgeordneten setzt sie sich weiterhin für die Erweiterung der Rechte der Kurden ein und vertritt die Auffassung, dass in der Türkei Demokratie und Freiheit weiter ausgebaut werden müssen. Man hebt vor allem auf die Umsetzung der Kopenhagener Kriterien ab, befürwortet aber auch die Stärkung der Regionen innerhalb der EU. Dadurch setzt sich die Partei bei ihren türkischen Gegnern dem Vorwurf aus, eine extremistische, ethnisch orientierte Politik zu verfolgen und sich nicht klar genug von der PKK abzugrenzen.

Ahmet Türk, ehemaliger Vorsitzender der DTP, fordert die nationale Anerkennung der Kurden ein. Dabei wird von seiner Partei eine erweitere Autonomie, nicht aber eine – wie auch immer geartete – Eigenstaatlichkeit der Kurden angestrebt. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei könne es nur geben, wenn sich die Kurdenfrage auf einem demokratischen und friedlichen Lösungsweg befinde. Türk kritisiert aber gleichzeitig, dass sich die EU kaum für den legalen und demokratischen Widerstand des kurdischen Volkes interessiere und dass sie sich immer stärker als eine Union von Nationalstaaten verstehe (S. 110-127).

Die übrigen drei Parteien, SP (Glückseligkeitspartei), BBP (Partei der großen Einheit) sowie TKP (Kommunistische Partei der Türkei) sind weder in der Regierung noch in der Opposition vertreten. Trotz ihrer geringen Stimmanteile finden ihre Thesen – so die Einschätzung *Ermagans* – aber immer wieder Beachtung. Alle drei Parteien vertreten die Auffassung, dass ein EU-Beitritt der Türkei dem Land mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Während SP und BBP vor allem auf die unüberbrückbaren Unterschiede zwischen dem "christlichen Klub" EU und der islamischen Türkei verweisen, lanciert

die leninistische TKP die These, dass die EU durch ihre wirtschaftsliberale Integrationspolitik die imperialistischen Wünsche und Ziele der westlichen Staaten vertrete.

Der Vizevorsitzende der SP, *Temel Karamollaoĝlu*, übt zunächst massive Kritik am Westen, der sich trotz einer Rhetorik des Friedens und sozialen Ausgleichs durchgängig der Unterdrückung, der Doppelmoral und Ausbeutung bediene. Dementsprechend spricht sich seine Partei auch deutlich gegen einen EU-Beitritt des Landes aus, da man nicht bereit sei, auf die eigene kulturelle und religiöse Identität zu verzichten (S. 92-109).

Eine ähnliche Position vertritt *Bilal Habesi Özkaynar* als Berater der BBP, der sich einem türkischen Streben nach dem EU-Beitritt widersetzt, da man Unterwerfung und Zugeständnisse, zum Beispiel bei der Kurden-Problematik, nicht akzeptiere. Massive Vorwürfe richtet *Özkaynar* gegen *Merkel* und *Sarkozy*, die bei Staatsbesuchen gerne die Kurdenhochburg Diyarkabar aufsuchen und von "Kurdistan" sprechen. Auch seien die Forderungen der EU im Hinblick auf die Lösung des Zypernkonflikts für die Türkei nicht zumutbar. Der Autor erblickt im sog. "Kaspischen Gemeinschaftsprojekt", bei dem die Türkei einen Brückenkopf zwischen Zentralasien, dem Mittleren Osten und Europa bilden könne, eine Alternative zum EU-Beitritt des Landes. Dies schließe eine freundschaftliche und vertrauensvolle Kooperation auf Augenhöhe zwischen der EU und der Türkei durchaus nicht aus (S. 148-170).

Die Position der TKP gegenüber der EU referieren die beiden Journalisten *Galip Munzam* und *Emre Zeybek*. Sie beziehen dabei eine strikt leninistische Position. Der EU wird ebenso wie der USA eine imperialistisch-kapitalistische Grundhaltung und Politik unterstellt. Die TKP ist aus historischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die EU. Die beiden Journalisten gehen davon aus, dass die USA und die EU daran interessiert seien, die Türkei als Staat zu schwächen (S.128-147).

Nach diesem durch die ausführlich wieder gegebenen Aussagen der beteiligten Politiker gut belegten, informativen Überblick über die grundsätzlichen Positionen türkischer Parteien zum EU-Beitritt ihres Landes charakterisiert der Autor die Haltung der im EP vertretenen Parteien zur EU-Integration der Türkei. Zunächst wird hervorgehoben, dass die potentielle Mitgliedschaft der Türkei in jedem einzelnen EU-Staat unterschiedlich bewertet werde und dass es diesbezüglich keine einheitliche Position der EU gebe.

Nach den letzten Erweiterungsrunden (2004, 2007) tritt die größte der im EP vertretenen Parteien, die aus Christdemokraten und Konservativen bestehende Europäische Volkspartei (EVP), für eine Vertiefung und nicht unbedingt für eine Erweiterung der Union ein. Mehrheitlich spricht man sich in der EVP gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei aus, da es zwischen der EU und der Türkei zu große kulturelle und soziale Unterschiede gebe. Die Türkei als großes, armes, an der europäischen Peripherie gelegenes Land mit hoher Bevölkerungszahl und Geburtenrate könne bei einem Beitritt die Integrationsfähigkeit der EU ernsthaft in Frage stellen. Als NATO-Mitglied und angesichts großer türkischer Bevölkerungsanteile in den Staaten der EU gebühre ihr aber eine Sonderstellung. Insofern sei eine möglichst enge Zusammenarbeit (privilegierte Partnerschaft) anzustreben. Diese Position wird im zweiten Teil des Bandes ausführlich vom MEP Kurt Lechner von der EVP erläutert (S. 173-188).

Die SPE, bestehend aus Sozialdemokraten und Sozialisten, unterstützt größtenteils den EU-Beitritt der Türkei. Der Türkei müsse nach mehreren Jahrzehnten Wartezeit eine EU-Perspektive gegeben werden, denn als islamisches Land mit einer funktionierenden Demokratie könne sie für andere islamische Gesellschaften zum Modell werden. Dies könne die Beziehungen der EU zu anderen islamischen Staaten positiv beeinflussen. Allerdings müsse die Türkei sich noch stärker "europäisieren" und die begonnenen Reformen noch tatkräftiger umsetzen. Der Stellvertretende Vorsitzende der SPE, *Hannes Swoboda*, spricht sich im Interview mit *Ermagan* deshalb für die Konsolidierung der Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei aus (S. 189-202). In gleichem Sinne argumentiert der Politikberater der SPE, *Rob van de Water*, wobei er allerdings betont, dass er von der Türkei einen erheblichen Modernisierungsschub erwarte (S. 203-216).

Die ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa) geht davon aus, dass die EU-Mitgliedschaft der Türkei wirtschaftlich und strategisch, aber auch im Hinblick auf die Verbreitung westlicher Werte von Vorteil sein könnte. Allerdings postulieren auch die Vertreter der ALDE, dass die Türkei die Anforderungen der EU vollständig zu erfüllen habe. Hierbei wird in erster Linie auf die Kopenhagener Kriterien abgehoben und angesichts eklatanter Versäumnisse massive Kritik geübt.

Dies ergibt sich aus dem Interview mit der Vorsitzenden der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformpartei (ELDR), *Annemie Neyts-Uyttenbroeck*, die überdies betont, dass die eingeleiteten Reformen nicht nur den EU-Beitritt der Türkei beschleunigen können, sondern auch der türkischen Bevölkerung nutzen werden (S. 217-228).

Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) befürwortet den EU-Beitritt der EU grundsätzlich und setzt sich sowohl mit den türkischen als auch mit den europäischen Gegnern eines Türkeibeitritts auseinander. Allerdings wird von der Türkei die strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien (Frauenrechte, Minderheitenrechte der Kurden) eingefordert. Die Türkei bedeute für die EU einen Zugewinn, und für die islamische Welt könne mit dem EU-Beitritt der Türkei ein Zeichen gesetzt werden. Den einseitigen islam- und türkenfeindlichen Positionen anlässlich der Beitrittsdebatte treten die Repräsentanten der europäischen Grünen entschieden entgegen.

*Ali Yurttagül*, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion Die Grüne/EFA, erläutert die Haltung seiner Fraktion ausführlich in einem eigens für diesen Sammelband verfassten Artikel (S. 229-247).

Die Europäische Linke (EL) sprach sich im Oktober 2004 klar für die EU-Mitgliedschaft der Türkei aus. Die EL geht davon aus, dass Demokratisierung und Menschenrechte in der Türkei besser verwirklicht werden können, wenn das Land EU-Mitglied ist. Hinsichtlich der Kurdenfrage fordert man eine politische Lösung und tritt dafür ein, die Verhandlungen auszusetzen, falls die Türkei Beitrittsbedingungen verletze. Der Vorsitzende der EL, *Lothar Bisky*, sieht die Türkei deshalb auf einem guten Weg, vorausgesetzt sie achte die Menschenrechte (S. 248-258).

Den Abschluss des zweiten Teils des Bandes bildet ein Interview mit dem einstigen Vorsitzenden der EU-Kommission, *Romano Prodi*, der sich für eine stärkere Solidarität innerhalb der EU und für den Beitritt der Türkei ausspricht, da er sich hiervon eine

100

0

Stärkung der EU erhofft. Allerdings plädiert Prodi angesichts der aktuellen massiven Probleme der EU für mehr Geduld. Auch hebt er hervor, dass die Türkei mehr für den Schutz christlicher Minderheiten tun müsse und die 35 Kapitel des aquis communautaire der EU zu erfüllen habe.

Insgesamt lässt sich nach gründlicher Lektüre dieses informativen Buches resümieren, dass jene europäischen Parteien - wie Linke, Sozialdemokraten, Grüne und Liberale und diejenigen Länder – wie Großbritannien, Italien, Spanien und Schweden – , die den EU-Beitritt der Türkei befürworten, diesen grundsätzlich von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien abhängig machen. Die konservativ-rechten Parteien vertreten hingegen die Auffassung, dass ein Beitritt der Türkei das Wirtschaftsmodell der EU sowie deren kulturelle Identität gefährden könne.

In der Türkei nimmt die Unterstützung der Bevölkerung für den EU-Beitritt seit 2005 spürbar ab. Dennoch hält eine Mehrheit der Bevölkerung, trotz erheblicher Kritik an der Hinhaltetaktik der EU, weiter am Ziel eines Beitritts fest. Insofern scheint die vom Autor zitierte Formulierung von Hakan Yilmaz, dass das türkische Volk radikal zu denken, aber moderat zu wählen scheint, durchaus zutreffend zu sein.

Die Türkeiskepsis eines Großteils der europäischen Bevölkerung wird von der Furcht gespeist, dass es mit einem EU-Beitritt des Landes zu negativen wirtschaftlichen Effekten und aufgrund der demografischen Entwicklung der Türkei zu grundlegenden machtpolitischen Veränderungen in der EU kommen könnte. Nicht zu unterschätzen sind ebenfalls die Befürchtungen eines radikalen Islamismus und der damit verbundenen terroristischen Bedrohung.

Ermagan empfiehlt der Türkei in diesem Kontext, rational und diplomatisch zu agieren. Nicht verbalradikale Entrüstung, sondern eine "Politik der ruhigen Hand" seien die angemessene Reaktion, zumal man konstatieren könne, dass es neben den ausgesprochenen Beitrittsgegnern wie Merkel und Sarkozy durchaus auch europäische Parteien und Länder gebe, die den EU-Beitritt der Türkei befürworten.

Die Zukunft wird zeigen, welche Tendenzen sich letztendlich in der Türkei und in der EU durchsetzen werden. Die in diesem Buch vertretenen Positionen verdeutlichen ein weiteres Mal, dass es auf beiden Seiten gute Argumente gibt, die sowohl für als auch gegen einen EU-Beitritt der Türkei sprechen.

ZW

### **GESW – Treffpunkt EUROPA**



# Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho Südfeldstr. 2 – 4 32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 - 0 I Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 - 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 - 47

www.gesw.de | info@gesw.de